Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Nr. 14 – 7. April 2017
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Ablehnung, die ansteckt: Linke protestieren gegen die Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit Bild: Imago

Wir machen uns erbärmlich

Die Türkei-Kontroverse bringt die Misere der Integrationsdebatte ans Licht

Integrieren die Deutschen ausländische Neubürger nicht genug? Oft ist dieser Vorwurf absurd, doch in einem Punkt trifft er ins Schwarze.

Der türkische Präsident Erdogan wirbelt Deutschland kräftig auf. Doch es ist nicht sein forsches Auftreten an sich, das für Nervosität sorgt. Verwirrung stiftet vor allem die durchschlagende Wirkung, die der Machthaber mit seinem Wüten bei der millionenstarken türkischen Gemeinde in der Bundesrepublik erzielt.

Erdogan hat auf diese Weise viel von den Fehlurteilen und dem Selbstbetrug bloßgestellt, welche die Diskussion um „Multikulti“, um „Integration“ und nationale Identität bislang verdunkelt haben. Die Illusion, dass es in unserer „globalisierten Welt“ belanglos sei, welcher Nation man angehöre oder welche und wie viele Staatsangehörigkeiten man besitze, ist geplatzt. Die Junge Union muss diese Wendung geahnt haben, als sie bereits auf dem CDU-Parteitag im Dezember das Aus für die doppelte Staatsbürgerschaft als Dauerzustand forderte und zum „Optionsmodell“ zurückkehren wollte. Indes: Obwohl die Delegierten der Parteijugend folgten, zeigte sich CDU-Chefin Merkel völlig unbeeindruckt.

> Das negative Selbstbild hält andere auf Distanz

Millionen Türken, die mit und ohne deutschen Pass seit Jahrzehnten hier leben, oft längst hier geboren sind, sehen die Türkei, nicht Deutschland als ihr Heimatland. Wer nach den Gründen fragt, bekommt meist die immergleiche Antwort, sie seien nicht hinreichend integriert worden. Soll heißen: Die Deutschen sind schuld. Absurd, denn es ist und war immer in allen Ländern der Welt die Bringschuld der neu Hinzugekommenen, sich einzufügen.

Und doch gibt es eine deutsche Mitschuld an der Nicht-Integration, welche in der Debatte kaum je angesprochen wird. AfD-Vize Alexander Gauland hat sie im *PAZ*-Interview am 24. März benannt: Er glaube nicht, dass man ein furchtbares Verbrechen wie Auschwitz zur Staatsräson eines Landes machen und dann noch Menschen dazu bewegen könne, dieses Land zu lieben.

Das ist der Punkt, dem fast alle Diskussionen um die Assimilierung von Ausländern schamvoll ausweichen. Wo andere Länder ihre positiven Leistungen in den Mittelpunkt ihrer Selbstbetrachtung stellen, kreist Deutschland einseitig um den dunkelsten Fleck seiner Geschichte als Basis seiner heutigen Identität. Damit aber macht es sich selbst erbärmlich unattraktiv für potenzielle Neumitglieder dieser Nation.

Wer Deutschland in seiner historischen Gänze nicht vorrangig als Chance und Grund zum Stolz, sondern als Abgrund und Anlass zu Angst und Sorge darstellt, der ist der wahre „Ausgrenzer“, nicht der Patriot, wie gern behauptet wird. Die Frage nach Integration und Assimilierung wird so zur Frage nach unserem Umgang mit uns selbst. Fest steht: Aus negativen Bezügen lässt sich auf Dauer keine positive Identität schöpfen. Dem Ja der Einwanderer zu Deutschland muss das Ja der Deutschen vorangehen. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Fadenscheinig

Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz muss weiter um den Welfenschatz bangen (die *PAZ* berichtete mehrfach). Ein US-amerikanisches Bundesgericht hat eine Klage auf Herausgabe von 42 Objekten aus dem Kirchenschatz für teilweise zulässig erklärt. Es ist bedauerlich, dass das Gericht weder die unlauteren Motive der beiden Kläger noch die Rechtslage erkannt hat. Dabei war doch die Aussage der Anwälte der beiden Kläger entlarvend genug: Sie hätten sich gezwungen gesehen, vor einem US-Gericht zu klagen, weil das deutsche Zivilrecht „nach wie vor keine ausreichende Handhabe zur Wiedergutmachung von NS-Unrecht“ biete. Das ist schlicht falsch. Doch Recht bekommt vor einem deutschen Gericht eben nur der, der auch im Recht ist. Die Kläger spekulieren offensichtlich darauf, dass das vor einem US-Gericht anders ist.

In der Hoffnung, dort zudem einen Opferbonus zu bekommen, schrecken sie auch vor Unverschämtheiten nicht zurück. Nachdem die „Beratende Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter, insbesondere aus jüdischem Besitz“ keine Gründe für eine Restitution erkennen konnte, lamentierten sie, dies sei ein „Scheinprozess“ gewesen und sie hätten 2014 „die gleiche Diskriminierung erfahren wie ihre Verwandten in der Nazi-Zeit“.

Nicht jede Eigentumsübertragung in Zeiten des „Dritten Reiches“ erfolgte unter staatlichem Druck, im Rahmen der „Arisierung“ oder ist dem Komplex der „Raubkunst“ zuzurechnen. Auch die des Welfenschatzes nicht. Den beiden Klägern geht es offensichtlich einzig und allein darum, mit fadenscheinigen Argumenten an ein dreistelliges Millionenvermögen zu kommen.

Putin in Nöten

Terroranschlag und Massendemonstrationen

Kaum hatte die Moskauer Regierung den Schock über den wiederaufkeimenden und völlig unerwarteten Massenprotest einigermaßen verdaut, kam es in St. Petersburg zu einem Terroranschlag in der Metro just an dem Tag, an dem Präsident Wladimir Putin sich mit seinem weißrussischen Amtskollegen Alexander Lukaschenko dort traf, um den schwelenden Gasstreit beizulegen. Erste Ermittlungsergebnisse weisen darauf hin, dass es sich um einen islamistischen Terroranschlag handelt. Von dem mutmaßlichen Attentäter Akbarschon Daschalilow, ein 1995 geborener Kirgise mit russischer Staatsbürgerschaft, kursieren in sozialen Netzwerken wie „VKontakte“, der russischen Analogie zu Facebook, die ersten Fotos. Blogger werfen dem Geheimdienst vor, sich mehr mit der Verfolgung friedlich demonstrierender Schüler und Studenten befasst zu haben als mit der Sicherheit der Bürger.

Die Ereignisse der letzten Wochen haben gezeigt, dass gerade junge Menschen in Russland von der Regierung eine Antwort auf die sie drängenden Fragen und Sorgen erwarten (siehe Seite 6). Auch Rentner und Menschen mittleren Alters sind bereit, trotz drohender Verhaftung auf die Straße zu gehen (siehe Seite 13). Ein allzu brutales Vorgehen der Sicherheitskräfte könnte für Putin gefährlich werden. *MRK*

Griff in Görings Trickkiste

AfD-Kandidat soll nach »bewährter« Methode als Alterspräsident verhindert werden

Die Koalitionsfraktionen wollen auf Initiative von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) einen Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung des Bundestages einbringen, wonach künftig nicht mehr der lebensälteste, sondern der dienstälteste Abgeordnete Alterspräsident des Bundestags sein soll. Der Alterspräsident müsse Erfahrung bei der Leitung von Sitzungen haben, sagten die beiden Fraktionsvorsitzenden, Volker Kauder (CDU/CSU) und Thomas Oppermann (SPD). Nach der Geschäftsordnung wird Alterspräsident das älteste Mitglied des Bundestages, dem die Aufgabe zukommt, die konstituierende Sitzung nach einer Bundestagswahl zu eröffnen und zu leiten, bis die Wahl des neuen Bundestagspräsidenten vollzogen ist und dieser sein Amt antreten kann.

Ein sachlicher Grund für die geplante Änderung ist nicht erkennbar. Denn bisher waren alle Alterspräsidenten dieser Aufgabe ohne jede Einschränkung gewachsen, auch wenn sie, wie in jüngerer Zeit beispielsweise Stefan Heym und Fred Gebhardt, erst mit Beginn der betreffenden Legislaturperiode ins Parlament eingezogen waren. Die Fraktion der Linkspartei unterstützt das Vorhaben und sagt wenigstens offen und ehrlich, worum es dabei einzig und allein geht: Es soll verhindert werden, dass der dann 77-jährige AfD-Politiker Wilhelm von Gottberg, der einen als sicher geltenden Platz auf der niedersächsischen Landesliste seiner Partei hat, Alterspräsident wird und die Eröffnungsrede hält. Sollte das gelingen, würde Finanzminister Wolfgang Schäuble die konstituierende Sitzung eröffnen.

Von Gottberg hingegen wäre als unliebsamer politischer Gegner mit einem Trick über die Geschäftsordnung ausgebootet. Das indes ist nicht neu, sondern wurde so ähnlich schon einmal praktiziert. Das war allerdings zu Zeiten, von denen auch Lammert, Kauder und Oppermann sich zu distanzieren nicht müde werden. Zu Beginn der konstituierenden Sitzung des 8. und zugleich letzten demokratisch gewählten Reichstages am 21. März 1933 nämlich gab Hermann Göring, dessen NSDAP mit Abstand stärkste Partei geworden war, als Präsident des vorherigen Reichstages bekannt, dass „nach einstimmigem Beschlusse in der Fraktionsführerbesprechung“ der Paragraf 13 der Geschäftsordnung über die Eröffnung der ersten Sitzung durch den Alterspräsidenten „außer Kraft treten“ und er selbst als geschäftsführender Präsident die Sitzung eröffnen werde.

Es ist befremdlich, dass sich Lammert und Mitstreiter einer Methode bedienen, die einer derjenigen ähnelt, mit der die Nationalsozialisten die Gleichschaltung des Parlaments vorangetrieben haben. *J. Heitmann*

MELDUNGEN

Juncker schürt Kriegsängste

Brüssel – Dem EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker ist jedes Mittel recht, um die Auflösungstendenzen in der EU zu bekämpfen. Dazu malt er sogar ein unwahrscheinliches Kriegsszenario an die Wand. Den US-Vizepräsidenten Mike Pence hat er in einem Gespräch vor einer Destabilisierung der EU gewarnt. Sollten die USA weiterhin EU-Mitglieder zu einem Austritt aus der Gemeinschaft bewegen, drohe deren Zerfall und in der Folge ein neuer Krieg auf dem Balkan. Man müsse den Ländern in der Region einen EU-Beitritt in Aussicht stellen, so Juncker: „Wenn wir sie im Stich lassen – Bosnien-Herzegowina, die Republika Srpska , Mazedonien, Albanien, all diese Länder – wird es wieder Krieg geben.“ *J.H.*

Bundeswehr bleibt in Mali

Berlin – Die Bundeswehr soll sich ein weiteres Jahr im Rahmen der EU-geführten Ausbildungsmission in Mali beteiligen. Die Bundesregierung will weiterhin bis zu 300 Bundeswehrsoldaten entsenden. Zu deren Aufgaben gehört vor allem die Beratung des malischen Verteidigungsministeriums und die Ausbildung malischer Sicherheitskräfte und solcher der G5-Sahel-Staaten, zu denen Mauretanien, Mali, Niger, Burkina Faso und der Tschad gehören. Ziel der Mission ist es, „das malische Militär zu befähigen, künftig selbst für Stabilität und Sicherheit im Land zu sorgen“. Der Einsatz erfolgt laut Bundesregierung „auf Ersuchen der malischen Regierung sowie auf Grundlage entsprechender Beschlüsse des Rates der Europäischen Union in Verbindung mit sechs Resolutionen des UN-Sicherheitsrates“. Das Mandat der Mission ist befristet bis Ende Mai 2018. Die Kosten beziffert die Bundesregierung auf knapp 24,4 Millionen Euro. *J.H.*

»Unbequemer Seliger«

Rom — Erstmals ist ein zwangsverpflichtetes Mitglied der Waffen-SS in der katholischen Kirche seliggesprochen worden. Es handelt sich um den Südtiroler Josef Mayr-Nusser, der jetzt in Bozen in Anwesenheit des Präfekten der römischen Heiligsprechungskongregation, Kardinal Angelo Amato, zum Seligen der katholischen Kirche erklärt wurde. Papst Franziskus hatte ihn 2016 als Märtyrer anerkannt und damit den Weg freigemacht für seine Seligsprechung. Pater Josef Innerhofer, der Postulator im Verfahren zur Seligsprechung, sagte in einem Interview mit der Grünen Welle Südtirol: „Mayr-Nusser ist ein unbequemer Seliger, der auch heute noch die Menschen herausfordert, sich zum Christentum zu bekennen und es zu leben.“ Der Selige Mayr-Nusser ist ein „Stachel im Fleische, der uns immer wieder aufrüttelt, was eigentlich im Christentum wichtig ist“, sagte der Postulator. Der 1910 geborene Mayr-Nusser war seit seinem 22. Lebensjahr Mitglied der St. Vinzenz Konferenzen, die sich um Arme und Ausgegrenzte Menschen kümmerte. 1937 wurde er Diözesan-Leiter dieser Konferenzen in Bozen. 1944 wurde er zur Waffen-SS eingezogen. Nachdem er den Führereid verweigert hatte, wurde er zum Tode verurteilt und starb auf dem Weg ins KZ Dachau am 24. Februar 1945 an den Haftfolgen. *B.B.*

Schwarzer-Peter-Spiel um Amri

Nordrhein-Westfalen und Berlin schieben sich gegenseitig die Schuld für Versäumnisse und Fehler zu

Die Aufklärung im Fall des Tunesiers Anis Amri, der im Dezember ein Attentat auf einen Berliner Weihnachtsmarkt verübte, entwickelt sich immer mehr zu einem Schwarze-Peter-Spiel zwischen Nordrhein-Westfalen und Berlin.



Bild: Imago

Hätte der Anschlag verhindert werden können? Die Antwort auf das „Warum“ bleiben die Verantwortlichen bislang schuldig

Bereits Ende März hat der Strafrechtsprofessor Bernhard Kretschmer das Ergebnis seiner Untersuchung zum Fall Amis Amri im Düsseldorfer Landtag vorgelegt. Im Auftrag der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen (NRW) hatte Kretschmer etwaige Versäumnisse von Behörden in NRW untersuchen sollen. Das Ergebnis kann die rot-grüne Koalition wenige Wochen vor den Landtagswahlen erst einmal beruhigen: Der Gießener Rechtsgelehrte konnte keine wesentlichen Versäumnisse der Behörden des Landes feststellen. „Da ist nichts, womit man ihn strafrechtlich hätte fassen können“, so Kretschmers Einschätzung zu Amri.

Zumindest momentan wächst damit der Druck auf die Berliner Behörden. Schon jetzt schält sich als zentraler Punkt immer mehr die Frage heraus, warum die Führung des Berliner Landeskriminalamts im Sommer 2016 eine weitere Observierung Amris abgelehnt hat. Nach Darstellung von Berlins neuem Innensenator Andreas Geisel (SPD), hat Amri seinerzeit nicht mehr „dem Bild des islamistischen Überzeugungstäters“ entsprochen. Hinweise, die auf eine Vorbereitung oder die konkrete Durchführung einer gravierenden Straftat hätten schließen lassen, sollen nicht vorhanden gewesen sein. Amri habe sich zudem auch nicht mehr im Umfeld radikaler Islamisten aufgehalten.

An dieser Einschätzung ist Kritik laut geworden. So sollen sich die zuständigen Ermittler für eine Fortsetzung der Überwachung Amris ausgesprochen haben. Dies würde auch zu den Erfahrungen passen, die Sicherheitsbehörden in Frankreich und Belgien gesammelt haben. Dort ist schon länger aufgefallen, dass radikale Muslime ganz bewusst im kriminellen Milieu Anhänger rekrutieren. Bei Amri lagen zudem mehrere frühere Hinweise von V-Leuten zu Anschlagsplänen, aber auch zu Erkenntnissen aus technischen Überwachungsmaßnahmen, vor. Zudem haben deutsche Sicherheitsbehörden bis Herbst 2016 auch Hinweise des marokkanischen Geheimdienstes zu Amri erhalten.

Auch die Bewertung von Amri als „Kleinkriminellem“ muss hinterfragt werden. Sieht man sich allein den gut anderthalbjährigen Aufenthalt Amris in Deutschland an, dann fällt auf, dass der Tunesier erstaunlich häufig im Verdacht stand, straffällig geworden zu sein. Bereits für den Herbst 2015, liegt ein Bericht vor, wonach Amri auf dem Gelände des Berliner Lageso einen Wachmann brutal ins Gesicht geschlagen hat. Im darauffolgenden Sommer soll Amri einem Libyer mehrfach mit einem Fliesenleger-Gummihammer auf den Kopf geschlagen haben. Hinzu kommen Ermittlungen in Nordrhein-Westfalen wegen Sozialleistungsbetrugs. Berliner Ermittler hatten zudem Kenntnis davon, dass Amri harte Drogen wie Kokain selber konsumiert und auch verkauft hat. Allein diese Auflistung lässt Zweifel an der Aussage des NRW-Innenministers Ralf Jäger (SPD) aufkommen, bei Amri sei man „bis an die Grenze des rechtlich Möglichen“ gegangen.

Inzwischen scheint bei den Strafverfolgungsbehörden ein Umdenken eingesetzt zu haben. Laut Medienberichten wollen die Behörden künftig notfalls auf das „Al-Capone-Prinzip“ zurückgreifen, wenn sie gegen fundamentalislamische Gefährder sonst keine Handhabe finden. Gemeint ist damit der Umstand, dass der amerikanische Unterwelt-Boss seinerzeit nicht wegen schwer zu beweisender Mafia-Aktivitäten ins Gefängnis wanderte, sondern wegen Steuervergehen. Im Umgang mit islamischen Gefährdern könnte dies bedeuten, dass künftig Verfahren wegen Sozialleistungsbetrugs oder Drogenhandels eben nicht eingestellt, sondern bis zum Prozess gebracht werden.

Im Fall Anis Amri sind allerdings Hinweise aufgetaucht, die nahelegen, dass Ermittlungsverfahren möglicherweise ganz bewusst nicht betrieben wurden. Der „Münchner „Merkur“ zitiert in seiner Online-Ausgabe zum Beispiel die NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) mit den Worten, beim Umgang mit Amri sei es „auch darum gegangen, mehr Erkenntnisse über mutmaßliche Terrorzellen zu erlangen. Ich glaube, das ist eine Abwägung, die die Behörden treffen müssen“. Bereits Ende Dezember 2016 hatte zudem der „Spiegel“ berichtet, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) habe auf Bitten der Sicherheitsbehörden Amri in dem Glauben gelassen, dass dessen richtiger Name nicht bekannt sei. „Die Ausländerbehörde in Kleve stellte daraufhin eine Duldungsbescheinigung aus – auf Ahmed Almasri“, so das Nachrichtenmagazin. Hintergrund dieser Schritte könnte das Ziel gewesen sein, Amri unbehelligt zu lassen, um so seine weitreichenden Kontakte in die radikalislamische Szene aufklären zu können. *Norman Hanert*

Asylkrise noch so akut wie vor zwei Jahren

Vergangenes Jahr wurden in der EU mit 1,2 Millionen fast genauso viele Asylanträge gestellt wie 2015

Das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) hat die Asylsucherzahlen für das Jahr 2016 bekanntgegeben. Demnach wurden im Jahre 2016 mehr als 1,2 Millionen Asylanträge innerhalb der EU gestellt. Damit wurde die Zahl des Rekordjahres 2015 als 1,26 Millionen Asylanträge eingegangen waren, faktisch eingestellt. Von einem Rückgang der Asylsucherzahlen, wie er gemeinhin für 2016 von Politikern allenthalben herbeigeredet worden war, kann die Statistikbehörde noch nichts vermerken.

> Syrien hält mit rund 330 000 Anträgen vor Afghanistan und dem Irak weiterhin unangefochten die Spitzenposition

Für das Jahre 2014, also vor Beginn der großen Asylsucherwelle, hatte die Statistikbehörde noch 562 000 Asylanträge gezählt, weniger als die Hälfte des derzeitigen Standes. Die Verteilung der Anträge auf die einzelnen Länder im Jahre 2016 bietet das übliche Bild. Deutschland, das gerade einmal 15 Prozent der EU-Bevölkerung ausmacht, hat wiederum 60 Prozent aller Asylanträge, das heißt 722 000 angenommen. An zweiter Stelle folgt Italien mit 121 000 vor Frankreich und Griechenland.

Auch bezüglich der Herkunftsländer lieferte das Jahr 2016 ein ähnliches Bild wie das Jahr zuvor. Syrien hält mit 334 800 Anträgen vor Afghanistan mit 183 000 und dem Irak mit 127 000 Anträgen weiterhin unangefochten die Spitzenposition.

Im Jahre 2016 ist lediglich die Zahl der in Griechenland angelandeten Asylsucher, die per Boot kamen, zurückgegangen, nach der Schließung der Balkanroute und dem Abkommen mit der Türkei im Februar/März. Die Zahl der Bootsasylsucher hat im Jahre 2016 363 000 betragen. Im Jahr zuvor waren es noch über eine Million gewesen.

Zum Teil sind die hohen Zahlen für 2016 darauf zurückzuführen, dass in vielen Ländern, vor allem in Deutschland, die Asylverfahren im Durchschnitt wieder länger dauern, sodass viele Asylanträge von 2015 erst im darauf folgenden Jahr registriert wurden. Auch der Asyltourismus hat im Jahre 2016 deutlich zugenommen. Viele Asylsucher stellen keine Anträge mehr in dem Land ihrer Erstaufnahme und warten immer längere Zeiträume in Transitländern ab, bis sich eine Gelegenheit bietet, ins Land ihrer Wünsche, das immer noch Deutschland ist, weiterzureisen. Dass während der Transitzeiten keine Versorgung auf Staatskosten stattfindet, bedeutet, dass die Eigenmittel der Asylsucher, mit denen sie sich selbst versorgen, größer werden.

Die andauernd hohe Zahl von Asylanträgen im Jahre 2016 könnte auch auf eine rasant gestiegene Zahl von Mehrfachanträgen zurückzuführen sein. Experten gehen mittlerweile davon aus, dass bis zu zehn Prozent aller Asylsucher sich in mehreren Ländern registrieren lassen, denn infolge des Wegfalls der Grenzkontrollen innerhalb der EU ist das problemlos möglich. Auch die sinkende Zahl von Asylsuchern mit Identitätspapieren – in Deutschland ist es nur noch jeder Vierte – könnte damit zusammenhängen. Hintergrund könnte Sozialleistungsbetrug sein, da bei Mehrfachanträgen auch mehrmals Sozialleistungen gezahlt werden. Eine offengehaltene Weiterwanderung in ein angebliches besseres Land könnte ebenfalls der Hintergrund sein.

In Bezug auf das Verhältnis zwischen der Anzahl an Asylsuchern und der Bevölkerungszahl hat sich für Deutschland keine Änderung ergeben. Wegen seiner immer noch sehr großzügigen Asylgesetze blieb die Bundesrepublik auch 2016 das Land mit dem höchsten Wert. Lediglich bei den weiteren Plätzen haben sich Änderungen ergeben. War 2015 noch Schweden an zweiter Stelle, so konnte das skandinavische Land dank einer erfolgreichen Abschottungspolitik aus den Oberen Zehn verschwinden. Die weiteren Plätze hinter Deutschland nehmen jetzt die beliebten Erstankunftsländer Griechenland und Malta ein, vor Österreich und Luxemburg, die wegen ihrer großzügigen Asylgesetze nun ins Vorderfeld aufgerückt sind.

> Erstankunftsländer Griechenland und Malta werden bei Asylsuchern als Aufnahmeländer immer beliebter

Die hinteren Plätze mit den wenigsten Asylsucheraufnahmen nehmen weiterhin mittel- und osteuropäische Länder wie die Slowakei, die Tschechische Republik, Rumänien und Estland ein. Allerdings konnte mit Portugal ein westeuropäisches, sogar von Sozialisten regiertes Land erstmals in die Top Ten auf der Liste der Verweigererstaaten aufsteigen. Ungarn hat im vergangenen Jahr trotz seiner äußerst restriktiven Abschottungspolitik mehr Asylsucher aufgenommen als manch ein westeuropäisches Asylsucher-Vorzeigeland, in dem großzügige Aufnahme zwar vollmundig zugesagt wurde, aber trotzdem nicht stattgefunden hat. *Bodo Bost*

Bittere Lehre von der Saar

Walhniederlage ist für FDP und Grüne wie ein Menetekel für die Bundestagswahl

Das Saarland ist eine Region voller Besonderheiten. Kleine Parteien hatten es dort schon immer schwer. Aber für FDP und Grüne ist das Superwahljahr 2017 mit dem Ausgang der Landtagswahl im Saarland denkbar schlecht gestartet. Und das hat nicht nur regionalpolitische Gründe.

Wer den Wahlkampf an der Saar miterlebt hat, der musste den Eindruck gewinnen, es handele sich um eine vorgezogene Bundestagswahl. Nicht nur die großen Parteien, auch die „Kleinen“ boten alles an bundespolitischer Prominenz auf, was zu bieten war. FDP-Chef Christian Lindner tourte ein halbes Dutzend Mal durch das kleinste Flächenland der Republik. Der Kieler Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki kam ebenfalls. Und auch die Grünen legten sich schwer ins Zeug. Cem Özdemir, Toni Hofreiter, Simone Peter – aber am Ende gingen beide Parteien leer aus.

Entsprechend groß war die Enttäuschung. Für die politische Kultur sei das kein gutes Ergebnis, monierte der saarländische FDP-Spitzenkandidat Oliver Luksic. Das „Modell Große Koalition“ sei eine „lethargische Blockade der Demokratie“, schimpfte FDP-Parteichef Christian Lindner mit Blick auf die Bundestagswahlen im September. Ähnliche Töne kamen von den Grünen. Für das schlechte Abschneiden ihrer Partei machte die Bundesvorsitzende Simone Peter auch das zuletzt offen erscheinende Rennen zwischen CDU-Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer und ihrer SPD-Herausforderin Anke Rehlinger verantwortlich. „Das hat uns nicht genutzt“, sagte sie. Für die Saar-Grünen sei es außerdem schwer gewesen, im Wahlkampf mit ihren Themen durchzudringen. Sie hätten versucht, konkrete Umweltprobleme anzusprechen, aber viele Leute hätten sich stärker für Arbeitsplätze interessiert.

Nun ist die Saar-Wahl vorbei und die Augen der Strategen richten sich auf den hohen Norden und den Westen. In Schleswig-Holstein wird am 14. Mai gewählt, eine Woche später ist Nordrhein-Westfalen dran. Die beiden kleinen Parteien sind in beiden Bundesländern traditionell stark, die Grünen sogar an den Landesregierungen beteiligt. Vor fünf Jahren erzielten die Ökopartei an Rhein und Ruhr ein zweistelliges Ergebnis, die FDP unter Führung ihres Vorsitzenden Lindner immerhin 8,6 Prozent. In den Umfragen liegen die Grünen nur noch bei sechs Prozent, die FDP immerhin bei neun.

Drittstärkste Kraft will Lindner mit seinen Mannen werden. Doch eine Lehre aus der Saar-Wahl ist bitter: Um eine linke Regierung sicher zu verhindern, hätten die Wähler die Union der FDP vorzogen, sagte Lindner. Dabei hatte sein Saar-Statthalter Luksic in der letzten Wahlkampfwoche die Plakate mit Zusatzaufklebern mit dem Text „Nur die FDP verhindert Rot-Rot“ versehen lassen. Genutzt hat es nichts. „Der Ruf nach mehr FDP erklingt auch ein halbes Jahr vor der wichtigsten Abstimmung quer durch die Republik nur verhalten. Weil es den Unternehmen gut geht und Arbeitsplätze wie von selbst entstehen, scheint die Wirtschaftskompetenz und der durchaus noch vorhandene Wettbewerbsgeist der FDP vielen entbehrlich“, analysiert die bürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und kommt zu dem Schluss: „Sollte es trotz prominentem Personal in beiden Ländern Verluste geben, könnte es für die FDP bei der Bundestagswahl eng werden.“



Foto: SZ Photo

Erklärungsversuche: Die Grünen Barbara Meyer-Gluche und Katrin Göring-Eckardt nach der Saar-Wahl

> Kubicki: FDP wird in Schleswig-Holstein stärker als die Grünen: »Danach läuft die Sache von alleine«

Gleiches gilt für die Grünen. Für sie ist die Wahl im hohen Norden fast schon eine Abstimmung über das eigene Schicksal. Mit 13 Prozent liegt sie in den Umfragen in etwa so wie vor fünf Jahren. Angesichts des bundespolitischen Trends ist dies beachtlich. „Die Themen, mit denen wir derzeit draußen sind, werden nicht gerade so wahrgenommen, dass es der heiße Scheiß der Republik ist“, erklärte Katrin Göring-Eckardt, grüne Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl, vor einer Woche drastisch. In Schleswig-Holstein ist die Partei aber vergleichsweise gut aufgestellt. Dabei steht Spitzenkandidatin und Finanzministerin Monika Heinold im Mittelpunkt der Wahlkampagne, Umweltminister Robert Habeck unterstützt sie. Er kandidiert nicht für den Landtag, hatte sich als Spitzenkandidat der Grünen bei der Bundestagswahl beworben, war hier allerdings knapp gescheitert. Nach der Wahl möchte er aber als Minister weitermachen.

Ausgerechnet Habeck könnte zum Retter der Grünen werden. Der stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Energie, Landwirtschaft und Umwelt passt in keine der üblichen grünen Schubladen und kommt auch außerhalb des eigenen Milieus an. Habeck ist 47, Typ Draufgänger und beherrscht harte linke Töne genauso wie die ökokonservativen. In der Bundespartei gilt er als Besserwisser, der vielen auf die Nerven geht. In Schleswig-Holstein finden ihn gerade jüngere Menschen „cool“. Bei der Abstimmung über die Spitzenkandidatur im Bund unterlag er nur ganz knapp Özdemir, es war dennoch ein Achtungserfolg. Bei einem guten Abschneiden in der Heimat wird er zwangsläufig auf der bundespolitischen Bühne stehen.

Dahin zieht es FDP-Altmeister Wolfgang Kubicki nicht mehr. Der ist kürzlich 65 geworden und hat nach eigener Aussage „noch einmal tierisch Bock auf Wahlkampf“. Der Fehlstart schockiert ihn dabei nicht. „Es hat vor fünf Jahren in Schleswig-Holstein keinen beeindruckt, wie im Saarland gewählt worden ist. Das wird es dieses Mal auch nicht machen.“ Seiner Partei prophezeit er, dass sie stärker werde als die Grünen: „Danach läuft die Sache von alleine“, ist sich Kubicki sicher. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

SPD will weiter zahlen

Berlin – Die SPD hat den von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) vorgelegten Gesetzentwurf zur Kürzung des Kindergeldes für den in der Heimat lebenden Nachwuchs von EU-Ausländern blockiert. Deshalb beschließt das Kabinett lediglich Eckpunkte für eine spätere gesetzliche Regelung. Zur Begründung führt die SPD an, Schäubles Entwurf verstoße gegen Europarecht, das voraussichtlich auch nicht geändert werde. Schäuble hatte geplant, diesen erst in Kraft zu setzen, wenn die EU-Kommission das EU-Recht entsprechend geändert hätte. Sein Entwurf lief auf eine Kürzung des Kindergeldes für Bürger aus 15 EU-Staaten hinaus. Die Zahlungen sollten an die Lebenshaltungskosten im Herkunftsland gekoppelt werden. *J.H.*

AfD-Initiative für Vertriebene

Berlin – Mitglieder der Alternative für Deutschland (AfD) haben eine bundesweite Vertriebeneninitiative gegründet, die „Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten in der AfD“ (VAdM). Die VAdM ist keine Untergliederung der AfD, sondern ihre Mitglieder streben die Form eines eigenständigen Vereins an, dessen aktive Mitglieder auch Mitglied in der AfD sind. Die VAdM will sich dafür einsetzen, „die Vertreibung der Deutschen nicht zu vergessen, das kulturelle Erbe der Vertriebenen zu bewahren, die in der Heimat verbliebenen Deutschen bei der Bewahrung ihrer Identität zu unterstützen, die Aussiedler zu integrieren und den Schüler- und Jugendaustausch vor allem mit den Regionen zu fördern, in denen noch heute deutsche Minderheiten ansässig sind“. Die VAdM will dem Vergessen über die deutschen Ostgebiete mit einer Bildungspolitik entgegenwirken, die das kulturelle Erbe aus den Vertreibungsgebieten hervorhebt *J.H.*

»Wir brauchen lebendiges Geschichtsbewusstsein«

Bundeskanzlerin Angela Merkel zu Gast beim Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen

Sechzig Jahre Bund der Vertriebenen (BdV) — „60 Jahre Einsatz für Menschenrechte, Heimat und Verständigung“. Unter diesem Motto stand der Jahresempfang des BdV am Dienstag vergangener Woche in Berlin. Als „besondere Ehre“ und als „Zeichen der Wertschätzung unserer Arbeit als deutsche Heimatvertriebene, als Aussiedler und Spätaussiedler“ bezeichnete BdV-Präsident Bernd Fabritius die Anwesenheit von Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Jahresempfang. Die Kanzlerin lobte er als eine „verlässliche Partnerin“ des BdV und dankte ihr „ausdrücklich ganz persönlich und auch im Namen der Mitgliedsverbände“.

Fabritius erinnerte an den 27. Oktober 1957, als durch den Zusammenschluss des Bundes der vertriebenen Deutschen und des Verbandes der Landsmannschaften der Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände entstanden sei. Dieser genieße „heute als einziger repräsentativer Verband“ derjenigen, die als Folge von Flucht und Vertreibung in der Bundesrepublik Aufnahme gefunden hätten und vereinzelt noch finden, eine „herausragende Sonderstellung“.

Erst die Aufarbeitung der Vergangenheit schaffe Raum für Versöhnung und Vertrauen, so Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrer Ansprache vor den Gästen des Jahresempfangs. Dies sei ein wesentlicher Kern der europäischen Idee, die seit Jahrzehnten „den Frieden und die Freiheit, die wir leben können“, ermögliche. Die Vergangenheit anzunehmen schaffe Raum für eine gute gemeinsame Zukunft, sagte Merkel. Bereits in ihrer Video-Botschaft im Vorfeld der Veranstaltung hatte sie hervorgehoben, dass Flucht und Vertreibung ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Geschichte seien. „Wir können unsere Zukunft nur dann gut gestalten, wenn wir uns auch unserer Geschichte bewusst sind“, so Merkel. Zu dieser Geschichte gehöre das Unrecht des Nationalsozialismus, aber auch die Vertreibung aus den früheren deutschen Gebieten, von der Millionen Menschen betroffen gewesen seien.

Wie die Kanzlerin versicherte, unterstütze die Bundesregierung deshalb Gedenkstätten, Ausstellungen und Projekte, „die immer wieder vor Augen führen, was einst geschah, welches Leid von Deutschland im Zweiten Weltkrieg und mit dem Zivilisationsbruch der Shoa ausgegangen ist und welches Schicksal auch die vielen Millionen Heimatvertriebenen gegen Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg zu ertragen hatten.“



Traf den Nerv ihrer Gastgeber: Angela Merkel beim BdV Bild: BdV/Peter-Paul Weiler

Die Zahl derer, die Zwangsarbeit, Vertreibung oder Flucht erlitten und überlebten, sinke von Jahr zu Jahr, so die Kanzlerin weiter. „72 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs leben immer weniger Zeitzeugen unter uns. Umso wichtiger ist es, dass wir immer wieder darüber nachdenken, Formen zu finden, mit denen ihr Schicksal in unserem gemeinsamen nationalen Gedächtnis verankert bleibt.“ Der deutsche Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung trage diesem Anliegen Rechnung: „Wir begehen ihn am 20. Juni schon zum dritten Mal. Auch hierfür musste lange gekämpft werden.“

Die Vergangenheit anzunehmen, sie aufzuarbeiten, Leid und Unrecht zu benennen – erst dadurch werde laut Merkel der Raum für Versöhnung, für Verständnis und für Vertrauen geschaffen. „Und das wiederum schafft Raum für eine gute gemeinsame Zukunft“, bekräftigte die Bundeskanzlerin.

„Genau das ist ein wesentlicher Kern der europäischen Idee, und dieser europäischen Idee verdanken wir ja nun seit Jahrzehnten den Frieden und auch die Freiheit, die wir leben können. Das ist aber damit verbunden, dass wir ein lebendiges Geschichtsbewusstsein brauchen, um auch immer wieder ein feines Gespür für aktuelle Geschehnisse entwickeln zu können“, betonte Merkel weiter.

An die Vertriebenen und ihre Nachkommen gerichtet sagte Merkel: „Sie haben Großes für unser Land und für ihre ehemalige Heimat geleistet.“ Auch in Zukunft brauche es solche Brückenbauer, die sich in der Heimat ihrer Vorfahren engagieren: „Sie helfen mit, dass die Erinnerung an die Vergangenheit nicht verblasst.“

In Zusammenhang mit der Pflege des deutschen Kulturerbes kam die Kanzlerin auch auf die Vorbereitungen zum Kant-Jahr 2024 zu sprechen: „Dann feiern wir den 300. Geburtstag von Immanuel Kant, dem herausragenden Philosophen der Aufklärung, der in Königsberg lebte und lehrte. Von seiner Heimatstadt aus hat er das Denken in ganz Europa und darüber hinaus geprägt. Seine Ausführungen über, wie er es formulierte, die reine und die praktische Vernunft und einen sogenannten ewigen Frieden können uns auch und gerade in unruhigen Zeiten wie den heutigen immer wieder als Kompass dienen. Die Vorbereitungen für das Kant-Jahr haben schon begonnen.“ Und weiter betonte die Kanzlerin: „Es ist wichtig, dass die deutschen Minderheiten und Spätaussiedler ausdrücklich mit einbezogen sind.“ *E.B.*

Zeitzeugen

Joachim Gauck – Während der zehnjährigen Amtszeit des einstigen Rostocker Pfarrers und späteren Bundespräsidenten als Beauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR arbeiteten mindestens elf hochrangige frühere Stasi-Offiziere in der sogenannten Gauck-Behörde. Darunter Oberst Gerd Bäker und Oberstleutnant Bernd Hopfer von der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS.

Helmut Rauer – Vom MfS-Offizier zum Multi-Geschäftsmann und Sponsor des Fußballvereins Energie Cottbus: Das ist die Nachwendekarriere dieses Stasi-Angehörigen, der schon im Juli 1990 125 000 Mark in die Gründung von drei Firmen investieren konnte und inzwischen an einem Dutzend Unternehmen beteiligt ist.



Bernd Brückner – Der gelernte Rinderzüchter diente von 1976 bis 1989 als Leibwächter Erich Honeckers. Er betreibt heute das „Bildungsinstitut Brückner“ mit Fachschulen für Sicherheit und Altenpflege. In der letzteren werden Vietnamesen auf den Einsatz in deutschen Heimen vorbereitet – deshalb auch die Außenstellen in Da Nang, Hanoi und Saigon. Außerdem ist das Institut des ehemaligen Stasi-Majors ein vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zugelassener Träger für Integrationskurse.

Hashim Y. – Nachdem der libanesische Asylbewerber im Sommer 2013 in einem Sanitärraum der Leipziger Flüchtlingsunterkunft Torgauer Straße infolge Drogenmissbrauchs gestorben war, blieb seine Leiche sechs Wochen lang unentdeckt. Als Betreiber des Heimes fungierte die Sicherheitsfirma A&S Laval, die viele ehemalige Stasi-Leute beschäftigte.



Bodo Ramelow – Von August bis Oktober 2014 fungierte der Politiker der Partei Die Linke und nunmehrige Ministerpräsident von Thüringen als Co-Geschäftsführer der Grundstücksgesellschaft Franz-Mehring-Platz 1 mbH in Berlin, welcher das Verlagsgebäude der Zeitung „Neues Deutschland“ gehört. Ihm zur Seite stand Matthias Schindler, ein früherer MfS-Hauptmann und Referatsleiter in der Stasi-Auslandsspionage.

Nichts mit Produktion

Viele Mitarbeiter des MfS machten in der Bundesrepublik lukrative Karriere

Eine der am häufigsten skandierten Parolen der Bürgerrechtsbewegung in der Endphase der DDR lautete: „Stasi in die Produktion!“ Doch landeten die 91 000 hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) nach der Auflösung des Mielke-Imperiums zum 31. März 1990 tatsächlich dort?

Wie die Entwicklung der vergangenen 27 Jahre zeigt, war dies nicht der Fall. Zwar mussten sich manche der entlassenen Stasi-Leute später als Gebrauchtwagenhändler, Versicherungsvertreter oder Wachmann durchschlagen, jedoch verdiente wohl keiner der ehemaligen „Tschekisten“ sein Geld im Tagebau oder mit Fließbandarbeit. Manche wechselten sogar in die Geheimdienste der alten Kameraden im Osten oder des früheren Gegners im Westen – letzteres besonders, als im „Krieg gegen den Terror“ das Stasi-Wissen über die islamische Welt an Bedeutung gewann. Ansonsten nutzten die MfS-Veteranen die Ausbildung, die sie erhalten hatten, um im Nachwende-Deutschland Karriere zu machen. So wurden aus den Absolventen der Juristischen Hochschule der Staatssicherheit in Potsdam Rechtsanwälte oder Notare. Ebenso ließen sich einige der „Vernehmer im weißen Kittel“, die an den „Befragungen“ von Häftlingen beteiligt gewesen waren, als Ärzte nieder.

> Keiner der »Tschekisten« musste auf den Bau oder ans Fließband

Andere frühere Mitarbeiter von „Horch und Guck“ wiederum reüssierten in der Wirtschaft. Ein Musterbeispiel hierfür ist Matthias Warnig, einstiger Hauptmann in der Hauptverwaltung Aufklärung, der im Aufsichtsrat deutscher und russischer Banken sowie Energiekonzernen saß und als Geschäftsführer der Pipeline-Gesellschaft Nord Stream AG fungierte. Gleichermaßen stiegen ehemalige Stasi-Angehörige in die Immobilienbranche ein oder gründeten Sicherheitsfirmen, wobei das Startkapital wohl nicht selten aus „verschwundenem“ MfS-Vermögen stammte.

Darüber hinaus kamen auch bemerkenswert viele Ex-DDR-Bürger mit nachgewiesener Stasi-Vergangenheit im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik unter – und zwar keineswegs nur in der Behörde des „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ (BStU), sondern ebenso in der Verwaltung: Dort arbeiteten 2010 noch mehr als 10 000 ehemalige MfS-Mitarbeiter. Andere gehörten nun dem Bundesgrenzschutz beziehungsweise dem Bundeskriminalamt oder den Polizeien der Länder an. Besonders extrem ging es dabei in Brandenburg zu, in dessen Landeskriminalamt sich zeitweise mehr als 100 frühere Unterstellte von Erich Mielke tummelten und regelrechte Seilschaften bildeten – selbst innerhalb des Staatsschutzes übrigens. Zwei dieser weiterbeschäftigten Stasi-Mitarbeiter bewachten sogar das Wochenendgrundstück der Bundeskanzlerin in der Uckermark.

Des Weiteren agierten manche von denen, die einstmals als „Schild und Schwert“ der diktatorisch herrschenden SED fungiert hatten, später im Auftrag der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) beziehungsweise der Linkspartei. Und der gewesene Stasi-Hauptmann Matthias Schindler, der kurz vor dem Mauerfall zum Referatsleiter in der Auslandsspionage-Abteilung des MfS aufgestiegen war, sichert sogar noch heute über seine Communio Beteiligungsgenossenschaft e.G. die Finanzierung der früheren SED-Zeitung „Neues Deutschland“, die jetzt als Sprachrohr der Linkspartei dient.

Mit harter Arbeit in der Produktion hat das alles nicht das Geringste zu tun.

Wolfgang Kaufmann



Bild: action press

Kam als Geschäftsführer bei Gazprom unter: Matthias Warnig (l.), hier mit Gerhard Schröder und Gazprom-Chef Alexej Müller

Für den »Sieg des Sozialismus« in den Tagebau

Während nach der Wende in der DDR kaum einer der ehemaligen Stasi-Mitarbeiter in die Produktion wechselte, entsandte das MfS seine Leute zu Honeckers Zeiten relativ oft in die Betriebe. So waren viele der rund 2000 „Offiziere im besonderen Einsatz“ (OibE) in der Wirtschaft tätig – vor allem dort natürlich, wo man Rüstungsgüter herstellte, was die Beschäftigten allesamt zu Geheimnisträgern machte, die es scharf zu überwachen galt. In solchen sensiblen Bereichen konnte schon der Fund von „Hetzlosungen“ an der Wand einer Toilette für erheblichen Wirbel sorgen.

Manchmal warteten auf die „Tschekisten“ aber auch noch deutlich unangenehmere Aufgaben. Wenn nämlich die marode Volkswirtschaft der DDR wieder einmal unter den Unbilden einer der vier Jahreszeiten ächzte, mussten Mielkes Untergebene die Kartoffeln aus dem Feuer holen und zum Beispiel in der „Ernteschlacht“ oder im verschneiten Braunkohlentagebau an vorderster Front kämpfen,

> Schadenfreude bei den »Kollegen«

um den „Sieg des Sozialismus“ sicherzustellen. Das galt besonders für all jene Geheimdienstler, die kein Studium absolviert hatten, sondern aus den Reihen des „Proletariats“ kamen.

Für eine der größten Herausforderungen in diesem Zusammenhang sorgte die große Amnestie von 1987 aus Anlass des 38. Jahrestages der DDR und der 750-Jahr-Feier Berlins. Damals kamen fast 30 000 politische, aber auch ganz normale kriminelle Häftlinge frei, von denen die meisten in der Industrie eingesetzt gewesen waren. Manche Gefängnisse, wie das in Brandenburg, hatten sogar angeschlossene Betriebe. Und den plötzlichen Wegfall so vieler Arbeitskräfte dort zu kompensieren, mussten ebenfalls „freigestellte“ Stasi-Leute in die Bresche springen. Dabei hatten einige auch das „Vergnügen“, für die Dauer des Produktionseinsatzes in den spartanischen Zellen der Haftanstalten zu kampieren, was bei ihren zivilen Kollegen auf Zeit erhebliche Schadenfreude auslöste. *W.K.*

Profiteure der Asylkrise

Gemeinschaftsunterkünfte bieten Betätigungsfeld für Ex-Stasi-Leute

Mittlerweile ist hinreichend bekannt, in welch großem Ausmaß Wohlfahrtsverbände wie die Caritas von der Asylantenwelle profitieren. Allerdings gehören auch ehemalige Mitarbeiter des MfS zu deren Gewinnern. Schließlich haben viele Stasi-Veteranen nach der Wende Wach- und Sicherheitsfirmen gegründet, die nun gutes Geld mit dem Schutz von Asylantenheimen verdienen – pro Objekt kommen da schnell einige 10 000 Euro im Monat zusammen. Und manche Ex-„Tschekisten“ betreiben sogar selbst Herbergen für „Geflüchtete“.

Ein typisches Beispiel hierfür ist der frühere Vernehmoffizier im Dresdner Stasi-Untersuchungsgefängnis Wilfried Pohl. Der zählt mit seinen beiden Firmen ITB Dresden GmbH und S&L Betreibergesellschaft GmbH & Co. KG zu den größten privaten Anbietern von Unterkünften für Asylbewerber überhaupt. Zeitweise gehörten ihm acht Heime in Hessen, Sachsen und Thüringen, in denen 1500 Menschen untergebracht waren. Und zwar oft auf menschenunwürdige Weise, wie die Presse aufdeckte.

> In Wach- und Sicherheitsaufgaben erfahren

Ähnlich kritikwürdig ging es in den Leipziger Flüchtlingsunterkünften zu, die in der Vergangenheit von der Firma A&S Laval Sicherheit + Dienstleistung GmbH betreut wurden, als deren Geschäftsführer Gerhard Straßenburg fungiert. Dieser Mann war unter Honecker Generalmajor sowie Chef der Leipziger Volkspolizei und verschaffte nach seinem Wechsel in die Wirtschaft zahlreichen Stasi-Offizieren lukrative Posten. Darunter auch Karlheinz P., Geschäftsführer der SDS Detektiv- und Sicherheitsbüro GmbH, einer 100-prozentigen Tochter von A&S Laval, die ebenfalls massiv ins Asyl-Geschäft drängte. Die einschlägige Berufserfahrung von P. bestand dabei darin, dass er zu DDR-Zeiten Internierungslager für politische Gefangene projektiert hatte. Ungeachtet dessen und aller bisherigen Skandale beschloss die SPD-geführte Leipziger Stadtverwaltung Ende 2015, das Unternehmensgeflecht Straßenburgs mit dem Betrieb des neuen Asylbewerberheims am Brühl zu beauftragen und es damit vor der drohenden Pleite zu retten. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

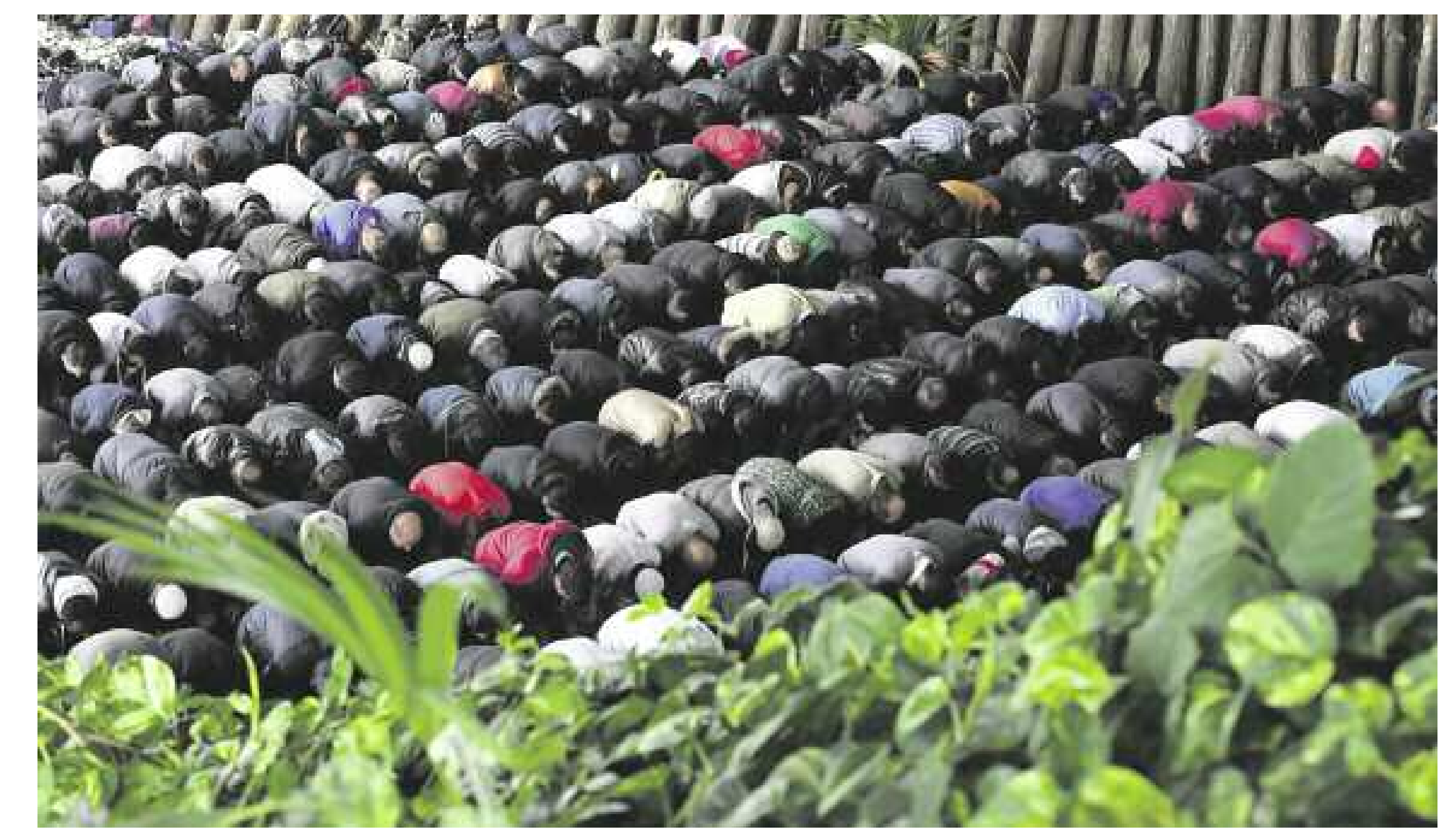
Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Steuergeld für radikale Parolen

Potsdam: Spektakuläre Recherche löst Kontroverse um staatlich geförderten Moschee-Verein aus



„Sehr traditionelle Predigt“: Freitagsgebet in der „Biosphäre Potsdam“

Bild: pa

Der Fernsehjournalist Constantin Schreiber hat Moscheen in ganz Deutschland besucht. Ausgerechnet das muslimische Freitagsgebet in Brandenburgs Landeshauptstadt hat dabei einen ganz besonderen Eindruck hinterlassen.

In Erinnerung geblieben ist Schreiber von seinem Potsdam-Besuch ein bizarrer Kontrast. Die Predigt hielt ein Imam in traditioneller Kleidung, auch der Inhalt des Gesagten entsprach offenbar einem sehr traditionellen Islamverständnis. Gehalten wurde die Predigt allerdings in der modernen Atmosphäre eines Tropen-Erlebnisparks samt Palmen und einer großen Glasfront.

Tatsächlich nutzt der örtliche Islam-Verein für seine Freitagsgebete seit vergangenem Herbst die Orangeriehalle der „Biosphäre Potsdam“. Eine Kleine Anfrage der AfD in der Stadtverordnetenversammlung hat unlängst an die Öffentlichkeit gebracht, dass die Stadt Potsdam im Vorjahr die Kosten von 1500 Euro pro Woche für die Gebete in der Biosphären-Halle übernommen hat (siehe *PAZ* 11/2017).

Infolge von Schreibers Recherchen wird inzwischen nicht nur die Frage diskutiert, ob sich die Kostenübernahme durch das Potsdamer Rathaus mit dem Neutralitätsgebot vereinbaren lässt. Im Fokus steht nun überdies die Frage, welche Botschaften bei den Gebeten auf Steuerzahlerkosten verbreitet werden. In der Vergangenheit ist über die Berichterstattung lokaler Medien oftmals der Eindruck entstanden, in der Al-Farouk-Gemeinde würde eine eher moderate Form des Islam praktiziert. Nach Schreibers Beobachtungen herrscht in der Potsdamer Gemeinde aber eine fundamentalistische Strömung vor. Syrische Flüchtlinge hätten sich von den Predigten irritiert gezeigt. Sie seien deutlich fundamentalistischer, als das, was sie aus ihrer Heimat kannten. Schreiber hat seit seiner Jugend längere Zeit in Syrien und anderen orientalischen Ländern gelebt und gearbeitet, er spricht Arabisch und ist für deutsche wie arabische Medien (ntv, NDR sowie ein ägyptischer Sender) tätig.

> Syrische Flüchtlinge sind irritiert über Fundamentalismus

Bei der Predigt, der er lauschte, soll auch ein starker Missionierungscharakter erkennbar gewesen sein. Gleichzeitig kann die Forderung, nur mit „rechtschaffenen Glaubensbrüdern“ Freundschaften zu schließen, als ein Aufruf zur Abgrenzung von der deutschen Gesellschaft gesehen werden.

Bestätigt fühlen kann sich damit Brandenburgs CDU. Bereits im Januar hatte der Landesverband der Union in einem Sicherheitspapier zum Umgang mit radikalen Moslems die Forderung erhoben, dass in den Moscheen Brandenburgs nur noch auf Deutsch gepredigt werden solle. Ebenso bestätigt fühlen kann sich die AfD, die Probleme mit radikalen Moslems in Brandenburg oder den Umgang der Stadtverwaltung mit der Al-Farouk-Gemeinde schon länger thematisiert.

Potsdams Sozialdezernent Mike Schubert (SPD) hat inzwischen angekündigt, dass die auf Arabisch gehaltenen Predigten künftig „nach einer gewissen Vorbereitungszeit“ ins Deutsche übersetzt und im Internet veröffentlicht werden sollen. Schubert hat sich nach eigenen Worten darauf mit dem Vorstand der Gemeinde bei einem Gespräch geeinigt.

Der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag, Thomas Jung, sieht dieses Ergebnis allerdings skeptisch: „Wir haben mit unserer Forderung, dass auf Deutsch gepredigt werden muss, einen kleinen Teilerfolg erzielt. Die SPD hat jedoch nur wachsweiche Zusagen erhalten, denn es ist in keiner Weise mit einer klaren Frist vereinbart worden, bis wann die Übersetzungen erfolgt sein müssen. Außerdem finde ich es unglaublich, wie der eher radikale Imam der Moschee, Kamal Mohamad Abdallah, die Stadt unter Druck setzt. Wir reden hier von einem Imam, der Frauen immer noch nicht die Hand gibt. Seine Drohung, auf dem Gehweg zu beten, wenn er kein Geld mehr bekommt, ist mehr als dreist.“

Laut der „Märkischen Allgmeinen Zeitung“ hält Potsdams Sozialdezernent Mike Schubert (SPD) an der Zusage fest, dass die Stadt dem Islam-Verein bei der Suche nach neuen Moscheeräumen behilflich sein will.

Bei seinen Recherchen hat Schreiber insgesamt 13 Freitagsgebete besucht. Neben Moscheen in Hamburg, Leipzig, Magdeburg, Karlsruhe und Potsdam hat sich der Grimme-Preisträger auch in Berlin mehrere Predigten von Imamen angehört. Auch die dabei gesammelten Eindrücke sind bemerkenswert: Anlass für das Projekt zu dem eben erschienenen Buch „Inside Islam“ war offenbar ein Erlebnis in Deutschlands ältester Moschee.

Bei seinem Besuch in der Lahore-Ahmadiyya-Moschee in Berlin-Wilmersdorf stieß Schreiber auf eine englischsprachige Broschüre mit dem Titel „Verheißung Islam“. Beim Blättern fielen ihm Aussagen auf, wie „Der Koran schließt das parlamentarische demokratische System aus“ oder „Die Gemeinschaft gründet nicht auf eine Erklärung der Menschenrechte“.

In Berlins Vorzeigemoschee, der Sehitlik-Moschee in Neukölln, war laut Schreiber wiederum der Einfluss des türkischen Behördenablegers Ditib unüberhörbar. In der Predigt, die er dort gehört hat, sei es nicht nur um die „Feinde der Religion“, sondern überdies um die angeblichen „Feinde des (türkischen) Staates“ gegangen.

Norman Hanert

Schrottkultur

Von Vera Lengsfeld

Das Maxim-Gorki-Theater, das kleinste Staatstheater Berlins, war seit seiner Gründung 1952 umstritten. Es durfte nicht mit dem „Nachtasyl“ des Namensgebers starten, sondern mit einem heute vergessenen Stück eines sowjetischen Gegenwartsautors. Es sollte dem Publikum sowjetische Theaterkunst nahebringen, das ging aber lieber mit Heiner Müllers „Die Korrektur“ und „Lohndrücker“.

Gegen Ende der DDR wurde das Haus für die Öffentlichkeit ein wichtiger Ort. Aufsehen erregte 1988 die DDR-Erstaufführung der „Übergangsgesellschaft“ von Volker Braun. Regisseur war Thomas Langhoff, der das Stück als Abgesang auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR inszenierte.

Seine Schwiegertochter Shermin Langhoff ist seit 2013 Co-Intendantin des Theaters. Laut Konzeption soll „der produktive Umgang mit gesellschaftlicher Heterogenität, der nicht das Einverständnis kleiner Grüppchen, sondern die Auseinandersetzung in der Gesamtgesellschaft im Blick hat“, eines der Ziele des Theaters sein. Schwerer verständlich ist schon, was mit „Der Schwerpunkt liegt auf den Spannungen zwischen Verantwortung und Schuld, innen und außen“ gemeint ist. Hinter solch verschwurbelten Formulierungen steckt meist nichts Gutes. Langhoff hat das Theater öfters mit zweifelhaften Aktionen ins Zwielicht gebracht.

Kurz vor dem 25. Jahrestag des Mauerfalls unterstützte sie die Schändung der Gedenkstätte für die Mauertoten am Reichstagsufer. Das linksradikale „Zentrum für politische Schönheit“ montierte die Kreuze ab und brachte sie an die bulgarische Grenze. Die Polizei ermittelte wegen schweren Diebstahls, Langhoff entschuldigte sich. 2016 wurden Tiger in einen Käfig vor dem Theater gesperrt, die zum Höhepunkt der „Kunstaktion“ eine Schauspielerin fressen sollten, die sich ihnen angeblich zum Fraß vorwerfen wollte. Damit sollte die Einreise von 100 syrischen „Flüchtlingen“ ohne Papiere erzwungen werden – eine verlogene PR-Aktion, die allerdings blutig hätte enden können. Zwar hatte die Schauspielerin gar nicht vor, sich zur Märtyrerin machen zu lassen, aber es wurden Freiwillige gesucht, die dazu bereit gewesen wären. Nun will das Theater die Schrottbusse von Dresden, eine Kopie des Kampfsymbols der „Ahrar ash-Sham“ in Aleppo, vom Verfassungsschutz als „Terroristische Vereinigung“ eingestuft, nach Berlin holen. Langhoff stört sich auch nicht an der Gedankenwelt des „Künstlers“ Manaf Halbouni, der sich im Netz einem anderen Verlauf der Weltgeschichte ausmalt:

„Bei meinem Kartenprojekt ‚What if‘ stelle ich mir den Ablauf der Weltgeschichte anders vor. In der fiktiven Welt, die ich erschaffen habe, hat die Industrie-Revolution im Arabischen so wie Osmanischen Reich stattgefunden ... Auf der Suche nach Ressourcen und Absatzmärkten begann man mit der Kolonialisierung Europas.“ Ist dem Gorki-Theater nicht klar, wen es unterstützt?

Vegan-Essen in Kantinen

Kreuzberger Initiative prescht mit Bürgerbegehren vor

Der Verein VEBU will per Bürgerbegehren durchsetzen, dass in den stadteigenen Kantinen von Friedrichshain-Kreuzberg grundsätzlich auch veganes Essen angeboten wird. Der Verein glaubt, die erste Hürde sicher nehmen zu können. 9500 Unterschriften, die noch geprüft werden müssen, sind vorhanden.

Ein Bürgerbegehren in Kreuzberg-Friedrichshain benötigt zunächst nur 6000 Unterschriften, damit die Bezirksverordnetenversammlung sich mit dem Thema beschäftigen muss. Sofern das Bezirksparlament dem Ansinnen nicht nachkommt, werden 20000 Unterschriften (mindestens zehn Prozent der im Bezirk Wahlberechtigten) für die Durchsetzung eines Bürgerentscheids benötigt.

Ob die grün dominierte Bezirksverordnetenversammlung dem Ansinnen dann nachkommt, ist eine ganz andere Frage. Denn dass die um den Wiedereinzug in den Bundestag kämpfenden Grünen sich ausgerechnet jetzt auf das Thema einlassen wollen, wo im Bezirk das bislang von Hans-Christian Ströbele souverän gehaltene Direktmandat wackelt, darf bezweifelt werden. Selbst die linksalternative „Taz“ ließ eine „Pro-“ und eine „Kontra“-Meinung publizieren. Das den Grünen nahestehende Blatt scheint den Proteststurm im Hinterkopf zu haben, den ähnliche Forderungen der damaligen Grünen Bürgermeisterkandidatin Renate Künast verursacht hatten.

> Grünes Lager fürchtet Wirkung auf den Wahlkampf

Vegan ist eine extremere Form der vegetarischen Ernährung, die nicht nur um Fleisch und Fisch einen großen Bogen macht. Veganer wollen überhaupt keine Tierprodukte auf dem Speisezettel haben, also auch Eier oder Milch nicht.

Anna Klöpper von der „Taz“ warnt vor dem Bürgerbegehren und dessen Umsetzung ohne Akzeptanz: „Ansonsten produzieren die Caterer das Sojaschnitzel nämlich für die Tonne. Rund 300000 Euro kostet das vegane Essen den Landeshaushalt pro Jahr. Also uns alle.“ Ihr Kontrahent Bert Schulz setzt hingegen auf Zwang. Er zieht als Vergleich die Frauenquote heran.

Das Bürgerbegehren zielt neben der Rathauskantine auch auf die rund 60 Schulmensen. Ob die oftmals moslemischen Schüler die Begeisterung der Vegan-Aktivisten teilen, ist eine spannende Frage. Die Aktivisten hoffen auf eine „konstruktive und einvernehmliche Lösung“ mit dem Bezirk. Mit anderen Worten: Die 6000 Unterschriften sollen bereits als Drohkulisse Vegan für alle durchsetzen.

Hans Lody

»Andere Welt«

Moslem-Eltern gegen schwulen Kita-Erzieher

In Berlin-Reinickendorf haben Eltern aus dem arabischen Bereich, Russland, der Türkei und Rumänien dagegen protestiert, dass ihre Kinder von einem schwulen Erzieher betreut werden. Der Erzieher war nach einer erfolgreichen Hospitanz in der Kita angestellt worden. Die Geschäftsführerin und die übrigen Mitarbeiter fanden den Neuling kompetent. Auch die meisten Kinder mochten ihn. „Die Kinder streiten sich, wer mit mir an der Hand gehen darf,“ sagte er.

Das sahen die Eltern anders: „Für einige von ihnen ist ein Homosexueller automatisch ein Kinderschänder“, befürchtet die Geschäftsführerin, die aber standhaft blieb: „Die sexuelle Orientierung eines Menschen hat niemanden zu interessieren. Für mich zählt seine Arbeit.“ Der Erzieher fühlt sich verstärkt beobachtet: „Eltern schauen ständig: Fasst der mein Kind richtig an? Tut er ihm auch nichts? ... Wir können uns ja schon gar nicht mehr normal um die Kinder kümmern. Wir nehmen denen die Chance, sich normal zu entwickeln.“

> »Wir sind doch im 21. Jahrhundert«

Die aufgebrachten Eltern meldeten ihre Kinder ab: „Sie sagten, sie würden nicht mehr kommen, wenn man einen Homosexuellen einstelle“, erklärte die Geschäftsführerin.

Deren Kinder besuchen nun eine andere Kita. Der Vorgang beleuchtet nach Auffassung der Geschäftsführerin offenbar auch, inwieweit die Welt des Islam mit der Gesellschaft Deutschlands kompatibel ist. Sie gibt zu bedenken: „Die kommen aus einer anderen Welt ... Wir sind doch in Berlin, wir sind doch im 21. Jahrhundert, da geht doch so etwas nicht.“

H.L.

»Wolfswachen« in Brandenburg

Der märkische Landesbauernverband, der Bauernbund und Jäger haben am 31. März an mehreren Orten Brandenburgs erstmals sogenannte Wolfswachen aufgestellt. Ziel der Aktion ist es, auf die steigenden Verluste von Landwirten durch eine zunehmende Zahl von Wolfsangriffen aufmerksam zu machen und Solidarität mit den betroffenen Tierhaltern zu zeigen. Bundesweit sind derzeit 46 Wolfsrudel bekannt. Die sind keineswegs gleichmäßig verteilt: Mit 22 Rudeln lebt fast die Hälfte der Raubtiere auf dem Boden Brandenburgs. Laut Landesumweltamt rissen im vergangenen Jahr Wölfe in der Mark mindestens 143 Schafe und 19 Kälber. Brandenburgs Landesregierung hat für den 26. April in Potsdam ein Plenum angekündigt, auf dem über Verbesserungen beim „Wolfsmanagement“ diskutiert werden soll. Ab Mai sollen zwei Wolfsbeauftragte des Landes ihren Dienst aufnehmen und bei Konflikten vermitteln.

N.H.

MELDUNGEN

Österreich wird Burka-frei

Wien – Die österreichische Bundesregierung hat ein Verbot der Vollverschleierung im öffentlichen Raum beschlossen. „Wir wollen Symbole der Gegengesellschaft wie zum Beispiel die Vollverschleierung oder Koran-Verteilaktionen durch Salafisten, verbieten", begründete Sebastian Kurz, Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres, die Entscheidung. Dazu hat die Bundesregierung ein neues Integrationsgesetz beschlossen. Die sozialdemokratisch-konservative Koalition hat sich darüber hinaus geeinigt, dass Asylberechtigte künftig Deutsch- und „Wertekurse" besuchen sowie gemeinnützige Arbeit leisten müssen. *J.H.*

Ukip hat »Job erledigt«

London – Der letzte Abgeordnete der EU-kritischen United Kingdom Independent Party (Ukip) im Londoner Unterhaus hat seinen Parteiaustritt erklärt. Unter der Überschrift „Job erledigt" kündigte der Abgeordnete Douglas Carswell in seinem Internet-Blog an, er werde künftig als Parteiloser seine Arbeit im Parlament fortsetzen. Nach dem Votum der Briten für den EU-Austritt ihres Landes sei dieser inzwischen „gesichert", erklärte Carswell. „Wir haben das erreicht, wozu wir ins Leben gerufen wurden", schrieb Carswell. „Damit haben wir den Lauf der Geschichte unseres Landes zum Besseren gewendet." Carswell war im Sommer 2014 von der Konservativen Partei zur Ukip übergewechselt. Im Oktober 2014 war er der erste Abgeordnete, der für die Ukip ins Unterhaus einzog. Sein Verhältnis zur Parteiführung war seit längerer Zeit gespannt. Der Ukip-Gründer Nigel Farage forderte Carswell im Februar sogar auf, die Ukip wegen „Parteischädigung" zu verlassen. *J.H.*

Die »Generation Putin« begehrt auf

Proteste trafen die russische Regierung völlig unvorbereitet – Massenverhaftungen statt Antworten

Russlands Opposition wurde schon oft für tot erklärt. Deshalb sorgen Massenproteste wie die in 80 russischen Städten am 26. März für Verblüffung. Für Putin und seine Regierung wird der Umgang mit diesem neuen, und vor allem jungen Protest, zum Prüfstein.



Auf dem Moskauer Puschkinplatz: Jung und Alt protestieren gegen das System Putin Bild: Imago

Sie alle eint eine große Unzufriedenheit. Schüler und Studenten in 80 Städten des Riesenreichs Russland folgten einem Aufruf des Internetbloggers und Oppositionspolitikers Alexej Nawalnyj und gingen am 26. März auf die Straße, um gegen Korruption zu protestieren. Nawalnyjs Enthüllungsfilm über die angeblichen Reichtümer von Premierminister Dmitrij Medwedjew, die er durch korrupte Machenschaften erworben habe, verbreitete sich wie ein Lauffeuer. Innerhalb kürzester Zeit wurde das Video 13 Millionen Mal auf YouTube angeklickt. Zirka 60000 junge Menschen zogen mit selbstgebastelten Plakaten, auf denen sie den unbeliebten Regierungschef verhöhnten, auf öffentliche Plätze. Doch an Medwedjew, der während seiner Zeit als russischer Präsident den Liberalen und Korruptionsbekämpfer gemimt hatte, und der weder das eine noch das andere erreicht hat, entlud sich lediglich die Wut der Demonstranten. Medwedjew wurde zum Symbol einer arroganten Staatsmacht. Die Ursachen des Protests liegen tiefer. Die „Generation Putin" (so genannt, weil die um das Jahr 2000 Geborenen nur Putin bewusst erlebt haben) protestiert, weil sie sich von der Regierung betrogen fühlt. Die Jugendlichen wollen keine weiteren Einschränkungen des Internets. Sie begehren gegen die Indoktrinierung in Schulen und Unis auf. Das bekennen sie auch offen in Interviews.

Sie müssen erleben, dass sie als Otto Normalverbraucher kaum noch eine Chance auf ein normales Leben in Russland haben. Die Sorge um ihre Zukunft ist es, die sie auf die Straße treibt. Sie demonstrieren nicht für Nawalnyj, nicht für eine politische Partei oder Ausrichtung, sondern gegen das System Putin.

Kinder von Eltern der Mittelschicht, die sich nach dem Zerfall der Sowjetunion in Russland erst zu bilden begann, indem diejenigen, die noch jung genug waren, Berufe mit Zukunft in einer gewinnorientierten Wirtschaft erwarben, müssen mit ansehen, dass ihre Mütter und Väter in der anhaltenden Krise arbeits- und damit einhergehend oft mittellos werden. Sie können sich keine gute Bildung mehr für ihre Kinder leisten. Auch der so lieb gewonnene Mittelmeerurlaub ist für sie zum Traum geworden. Und selbst, wenn ein Jugendlicher es in eine höhere Bildungsanstalt schafft und einen Abschluss macht, drohen Arbeits- und Perspektivlosigkeit. Nicht selten findet ein Hochschulabgänger auch ein Jahr nach dem Studienabschluss keine Stelle. Kinder von Oligarchen betrifft das nicht. Die müssen sich im korrupten russischen Staatssystem keine Sorgen machen.

Jugendliche, die erkennen, dass der Staat seine Versprechen gebrochen hat, vertrauen dessen Darstellung in der Öffentlichkeit nicht mehr. Sie beziehen ihre Informationen aus dem Internet. Soziale Medien, Facebook und YouTube liefern schnellere und glaubwürdigere Nachrichten, das Staatsfernsehen konsumieren sie erst gar nicht mehr. Denn das werde von Sowjet-Menschen für Sowjet-Menschen gemacht, so ein Soziologe, und richte sich an die Generation 50 Plus. Die ist es auch, die Putins-Resowietisierungsversuche begrüßt.

> Vertrauen in Facebook und Youtube, nicht in das Staatsfernsehen

Für ein bisschen Wohlstand und vermeintlich lebenslange Sicherheit haben sie ihre Bürgerrechte eingetauscht. Das muss jedoch nicht so bleiben. Wenn die Russen in mittlerem Alter ihre erworbenen Annehmlichkeiten verlieren, könnten auch sie ungemütlich werden.

Wie der Teufel das Weihwasser fürchtet Putin eine Farbrevolution oder eine Protestbewegung wie die des Arabischen Frühlings. Das erklärt die überstürzte Vorgehensweise mit bis zu 1000 Verhaftungen in der Hauptstadt und den Versuch, die Ereignisse unter Verschluss zu halten, was trefflich daneben ging: Während die öffentlichen Rundfunksender tagelang über die Protestkundgebungen schwiegen, verbreiteten sich Informationen darüber in Sekundenschnelle im weltweiten Netz. Die Empörung über die brutale Vorgehensweise der Spezialeinheit OMON im In- und Ausland folgte auf dem Fuß.

Regierungssprecher Dmitrij Peskow beschuldigte in der ersten Stellungnahme der Regierung indirekt Nawalnyj, unerfahrene und unschuldige Kinder für seine politischen Zwecke missbraucht zu haben. Nebulös sprach er von Kräften, die den Jugendlichen Geld angeboten haben sollen, um sie zu einer Straftat anzustiften. Diese bestand darin, an einer behördlich nicht an zentralem Ort genehmigten Demonstration teilzunehmen.

Noch ist nicht absehbar, wie Putin mit den größten Protestaktionen nach den Massenprotesten von 2011/2012 umgehen wird. Sollte er noch stärker die Knute schwingen, wird die Unzufriedenheit wachsen und auch die Eltern gegen ihn aufbringen. Schon jetzt sind diese erbost über den verordneten Hurra-Patriotismus an den Schulen. Über die Strafverfolgung von Minderjährigen dürften sich sehr viel mehr Russen empören. Auch solche, die sich bis jetzt nicht getraut haben, ihre Meinung öffentlich zu äußern. Entgegen der Pressemeldungen hatten am 26. März nicht nur Jugendliche an der Protestaktion teilgenommen, sondern auch zahlreiche Menschen mittleren Alters. Es dürften diejenigen gewesen sein, die sich seit der Wirtschaftskrise abgehängt fühlen.

Die „Generation Putin" hat der Regierung einen gehörigen Schrekken eingejagt, galt sie doch bislang eher als unpolitisch und spaßorientiert. Der Zeitpunkt kommt dem Präsidenten denkbar ungelegen, will er doch im kommenden Jahr für eine weitere Amtszeit gewählt werden. Dass er im Amt bleiben wird, daran besteht kein Zweifel. Für Putin zählt das Ergebnis, und das könnte bei einer neu aufkeimenden Oppositionsbewegung deutlich schlechter ausfallen als in früheren Jahren. Nun wird das „System Putin" seinen Zöglingen Antworten geben müssen, denn die haben ihm und seinen Oligarchen deutlich zu verstehen gegeben, dass sie ein Stück vom Kuchen abhaben wollen.

Manuela Rosenthal-Kappi

Ideologische Kampflinien

Frankreichs politisch-mediale Elite macht sich für Macron stark

Im diesjährigen französischen Präsidentschaftswahlkampf streiten nicht Kandidaten unterschiedlicher politischer Strömungen um die Gunst der Wähler, sondern die politisch-mediale Elite versucht mit allen Mitteln, die Wähler dahingehend zu manipulieren, dass sie ihre Stimme dem neuen Systemliebling Emmanuel Macron geben. Zuvor hatte die rechte Basis dem Establishment durch die Eliminierung des „rechten" Kulturmarxisten Alain Juppé bei den Vorwahlen der Rechtsparteien im vergangenen November eine herbe Niederlage zugefügt.

Seitdem konzentrieren sich die Hoffnungen der Polit- und Medienelite auf den ehemaligen Rothschild-Banker und Kurzzeitwirtschaftsminister des sozialistischen Präsidenten François Hollande. Der Chef der Ein-Mann-Bewegung „En Marche" (auf dem Marsch" oder auch vorwärts"), der sich auf seinen Veranstaltungen von bestellten Claqueuren erlösungsgleich in Christus-Pose feiern lässt, hat die Unterstützung aller großen Medien, die sich in den Händen von hauptsächlich zwei Personen konzentrieren. Das sind der LGBT-Aktivist und notorische Katholikenhassers Pierre Bergé (unter anderem „Le Monde", „La Vie") und Patrick Drahi (BFM-TV und Radio, „L'Express"), zu dessen Gunsten Macron den Streit um den Kauf des Mobilfunkanbieters SFR entschied. Im offiziellen Paris ist es ein offenes Geheimnis, dass Macron im Einvernehmen mit Hollande nach außen hin mit den unpopulären Sozialisten brach, um sich als „unabhängiger" Kandidat zum Präsidenten wählen zu lassen – mit dem Ziel, die gesellschaftspolitische Dekonstruktion der Sozialisten fortzusetzen, ohne dass es die Wähler vor der Wahl bemerken. Aus ideologischer Nähe und in der Hoffnung auf einen Posten laufen inzwischen viele Zentristen und „linke" Rechte zu Macron über.

Der Kandidat der bürgerlichen Rechten, François Fillon, der bis Mitte Januar noch als eindeutiger Sieger aus den Wahlen hervorzugehen schien, kämpft derweil gegen eine parteiische Justiz, die im Auftrag der sozialistischen Regierung versucht, sein zweifellos ungeschicktes, aber nicht illegales Verhalten zu kriminalisieren. Entgegen rechtsstaatlicher Prinzipien verweigert die Justiz Fillons Verteidigung bis heute Einsicht in ein Dossier und spielt statt dessen den Mainstreammedien gezielt Informationen zu nicht bewiesenen Anschuldigungen zu. Fillon, ein bisher eher konformistischer Apparatschik, soll abgeschossen werden, weil er von „Sens Commun" (Gesunder Menschenverstand), einer politischen Gruppierung junger rechter Katholiken, die aus der Protestbewegung gegen die Homoehe hervorgegangen ist, und von einigen rechten Freigeistern ohne Berührungsängste mit dem Front National unterstützt wird. Seit den Massenprotesten gegen die Homoehe befindet sich das französische kulturmarxistische Establishment in einem Schockzustand, denn eine hochmotivierte junge rechte Garde ohne Komplexe beweist seither, dass sie willens ist, die 68er Revolution rückgängig zu machen. Diese französische „Tea Party" ermöglichte Fillon seinen Sieg bei den Vorwahlen, und sie rettete ihn durch ihre massenhafte Mobilisierung am Trocadéro vor dem parteiinternen Putsch.

Fillon geht gegenwärtig Kompromisse mit dem „linken" Rand seiner politischen Familie ein, der gegen ihn geputscht hatte, und hofft so, das rechte Lager zusammenzuhalten. Doch sollte er zu viele politisch korrekte Zugeständnisse machen, wird sich ein Teil seiner rechten Basis dem Front National zuwenden und Fillon in der ersten Wahlrunde scheitern lassen.

Eva-Maria Michels

Für den Mittelstand wird's teuer

Familienunternehmer: Reform der Erbschaftsteuer bedroht die Basis der sozialen Marktwirtschaft

Dass die neue Erbschaftsteuer zu Mehrbelastungen für Firmenerben führt, wurde allgemein erwartet. Dass Deutschland im Ländervergleich aber noch schlechter abschneidet als erwartet, zeigt nun eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung. Es hat die Belastung für einen typischen größeren Betrieb mit gut zehn Millionen Euro Gewinn im Jahr durchgerechnet.

Nach dem Gutachten kann sich die Erbschaftsteuer bei der Vererbung einer Kapitalgesellschaft an ein Kind verdreifachen. Sie steige von 13,7 Millionen Euro auf 43,4 Millionen Euro, heißt es in der Studie, welche die Stiftung Familienunternehmer in Auftrag gegeben hat. Unter Berücksichtigung des speziellen Bewertungsabschlags für Familienunternehmen sinke die ermittelte Steuerbelastung für den Alleinerben in dem untersuchten Fall auf 30,4 Millionen Euro. „Im Ranking der 18 betrachteten Länder nimmt Deutschland bei der Erbschaftsteuer die Schlussposition ein", schreiben die Autoren: „Berücksichtigt man zusätzlich den Vorwegabschlag für Familienunternehmen, ist in Deutschland immer noch die zweithöchste Erbschaftsteuerbelastung festzustellen." Damit würden Unternehmen hierzulande stärker belastet als im Hochsteuerland Belgien.

Allein sieben der untersuchten Länder – fünf davon in der direkten Nachbarschaft Deutschlands – haben die Erbschaftsteuer abgeschafft oder erheben beim Übergang an Ehegatten oder Kinder keine Steuer, moniert die Stiftung der Familienunternehmer. „Angesichts dieses objektiven Befundes sollten unsere politischen Meinungsführer bei allen derzeit vorschnell ausgesprochenen Forderungen nach einer höheren Substanzbesteuerung die Folgen bedenken", so Stiftungsvorstand Rainer Kirchdörfer. „Nicht nur die Trump-USA, sondern auch Großbritannien und Frankreich beneiden Deutschland um seine weltweit einmalige Unternehmenslandschaft mit vielen großen Familienunternehmen und einem wesentlichen industriellen Sektor, der ebenfalls von Familienunternehmen getrieben wird." Verliere man diese Unternehmenslandschaft durch politische Fehlentscheidungen, so werde man eine Basis der sozialen Marktwirtschaft kaum mehr zurückholen können.

Um die Reform der Erbschaftsteuer hatte es einen jahrelangen Streit gegeben. Nach der vom Bundesverfassungsgericht festgestellten Verfassungswidrigkeit einzelner Regelungen hatte der Gesetzgeber im Herbst des vergangenen Jahres weitreichende Änderungen des deutschen Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes hinsichtlich der Vererbung von Betriebsvermögen beschlossen.



Spitzenreiter Deutschland: Erben von Familienbetrieben müssen hohe Steuern berappen Bild: Imago

Bei der Beurteilung der steuerlichen Rahmenbedingungen für Familienunternehmen kommt der Erbschaftsteuer eine bedeutende Rolle zu, da sie im Erbfall zu erheblichen Belastungen führen kann. „Bei einem Vergleich der Rechtsformen wird deutlich, dass nach der Reform die Erben von Personenunternehmen nicht mehr durchweg besser gestellt sind als die Erben von Anteilen an Kapitalgesellschaften", heißt es in der Analyse. Damit werde die Tradition der Familienunternehmen ad absurdum geführt und infrage gestellt. Gewollt war dies vom Gesetzgeber offenbar allerdings nicht. Steuerrechtsexperten von Legal Online hatten errechnet, dass vor allem „qualifizierte Familienunternehmen" von den Regelungen profitieren würden. Diese Unternehmen können in bestimmten Fällen zusätzlich einen Vorwegabschlag von bis zu 30 Prozent des Unternehmenswerts erhalten. „Großerwerbe" seien dagegen härter getroffen.

Belastung in Deutschland mit am höchsten

Kommentatoren sprachen im vergangenen Herbst sogar davon, dass der Gesetzgeber vor der „Lobby der Familienunternehmer" eingeknickt sei. Davon ist nun keine Rede mehr. Mit der im Herbst vergangenen Jahres beschlossenen Neuregelung ist zwar der aus dem Gewinn abgeleitete Unternehmenswert geringer als vorher, aber dafür ist eine Reihe von Vergünstigungen für die Betriebserben weggefallen. Dies war eine Auflage des Bundesverfassungsgerichts. Vermögen in Höhe von mehr als 26 Millionen Euro können nicht einfach mehr so an Erben überschrieben werden. Der Betriebserbe hat zwei Möglichkeiten. Er kann die sogenannte Bedürfnisprüfung wählen, dann muss er die Hälfte seines privaten Vermögens für die Steuer aufbringen. Oder er wählt das Abschmelzmodell. Mit wachsendem Unternehmensvermögen muss dann ein größerer Teil des Betriebsvermögens versteuert werden. Im Extremfall würde es gar keine Verschonung geben. Wie die Gutachter nun herausgestellt haben, kommt der Erbschaftsteuer daher eine bedeutende Rolle bei der Beurteilung der steuerlichen Rahmenbedingungen für Familienunternehmen zu, „da sie im Erbfall zu signifikanten Kapitalabflüssen führen kann. Vor allem das Abschmelzmodell treibt die Steuerlast in die Höhe". Die sonstigen Änderungen wirkten demgegenüber nur geringfügig entlastend oder belastend.

Die Autoren kommen allerdings auch zu dem Schluss, dass es sich nur um eine vorrübergehende Bewertung handelt. „Die tatsächliche Erbschaftsteuerbelastung ist aber stets einzelfallabhängig. Unter Umständen können einige mit dem neuen Gesetz einhergehende Mehrbelastungen durch Nutzung von anderen Verschonungsmöglichkeiten wie der Verschonungsbedarfsprüfung vermieden oder zumindest abgemildert werden", schreiben sie. Die Familienunternehmer sind allerdings alarmiert. Und sie fürchten, dass es noch schlimmer kommen könnte. Sollte im Herbst nach der Bundestagswahl ein Bündnis aus SPD und Linkspartei an die Macht kommen, könnten den Unternehmern noch höhere Belastungen drohen. Bereits bei der Beratung des aktuellen Erbschaftsteuer-Kompromisses im Bundesrat hatten mehrere SPD-Finanzminister gefordert, die Erbschaftssteuer weiter zu erhöhen. *Peter Entinger*



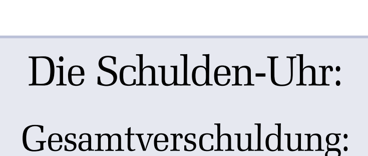
MELDUNGEN

Luftfahrtbranche im Aufwind

Berlin – Die deutsche Luft- und Raumfahrtbranche hat im Jahre 2015 mit einem Umsatz von 34,7 Milliarden Euro ihr bisher bestes Ergebnis erzielt. Das geht aus dem aktuellen Bericht der „Koordinatorin für die Deutsche Luft- und Raumfahrt" hervor. In dem Jahr wurden demnach weltweit rund 1700 Passagierflugzeuge hergestellt, wobei an allen Jets deutsche Unternehmen beteiligt waren. Somit steckt in jeder 2015 auf der Welt gefertigten Passagiermaschine deutsche Technologie. In Deutschland wurden knapp 300 Flugzeuge endgefertigt. Das entspricht 17 Prozent der weltweiten Flugzeugproduktion. *J.H.*

EU verbietet Börsenfusion

Brüssel – Die EU hat die Megafusion von Deutscher Börse und London Stock Exchange verboten. Der geplante Zusammenschluss hätte den Wettbewerb bei der Abwicklung von Anleihegeschäften erheblich eingeschränkt, sagte EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager in Brüssel: „Es wäre ein De-facto-Monopol beim Clearing festverzinslicher Finanzinstrumente entstanden." Damit ist die Fusion der deutschen und der britischen Börse schon zum fünften Mal gescheitert. *J.H.*



Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.006.532.801.071 €
Vorwoche: 2.032.466.259.789 €

Verschuldung pro Kopf:
24.416 €
Vorwoche: 24.733 €

(Dienstag, 4. April 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Rohrpost statt Fliegen

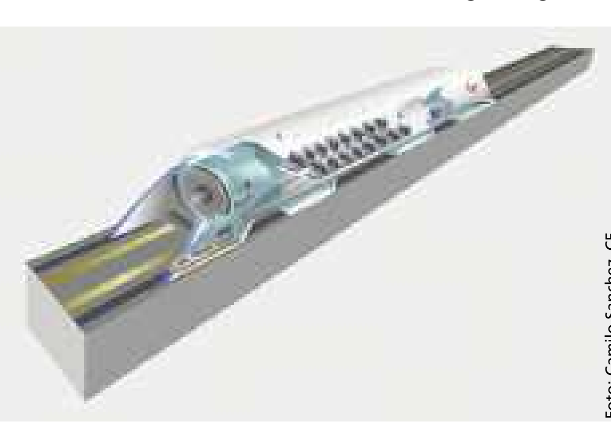
Futuristisches Luftkissen-System soll Fluglinien ersetzen

Die Lufthansa prüft, ob sich die sogenannte Hyperloop-Technik zum Einsatz auf innerdeutschen Strecken eignet, die bisher von Fluglinien bedient wurden. Die Idee für den Hyperloop geht ursprünglich auf den kanadisch-US-amerikanischen Milliardär Elon Musk zurück. Musk ist Gründer des kommerziellen Raumfahrtunternehmens SpaceX und des Bezahlsystems PayPal. Ziel des Hyperloop-Projekts ist es, eine Art von Rohrpost zu entwickeln, die Passagiere oder Lasten in einer nahezu luftleeren Röhre mit einer Geschwindigkeit von bis zu 1200 Kilometern pro Stunde befördert.

Die Technologie wird derzeit von mehreren Firmen entwickelt, unter anderem von der kalifornischen Hyperloop Transportation Technologies (HTT) und Hyperloop One. In einem Bericht der „Bild am Sonntag" wurden die Strecken von München nach Hamburg, nach Düsseldorf oder nach Berlin sowie von Berlin nach Köln als mögliche Verbindungen genannt, auf denen Flugverbindungen ersetzt werden könnten.

Bislang sind allerdings viele technische Fragen des Hyperloop-Konzepts noch ungeklärt. Einige Kritiker bezweifeln generell die Machbarkeit und einen rentablen Betrieb. Erst im vergangenen Jahr wurde öffentlich ein Motor für den Hyperloop getestet.

Eine erste Röhre für einen Testbetrieb wird derzeit in Nevada gebaut. Die erste kommerzielle Hyperloop-Strecke der Welt könnte möglicherweise zwischen Dubai und Abu Dhabi entstehen. Autos benötigen für die 159 Kilometer lange Strecke gut zwei Stunden, der Hyperloop soll die Fahrtzeit auf zwölf Minuten verkürzen. Die Baukosten werden mit 30 Millionen US-Dollar pro Kilometer angegeben.



Hochgeschwind zum Ziel: Hyperloop-Projekt Foto: Camilo Sanchez, CF

Bereits im vergangenen Jahr wurde ein Kooperationsprojekt zwischen der HTT und der Deutsche Bahn-Tochter DB Regio zur Entwicklung einer neuen Zuggeneration bekannt. Die beiden Unternehmen wollen dabei den Fahrgastraum eines normalen Doppelstockwagens für den Regionalverkehr mit digitalen und technischen Neuheiten ausstatten. Neben Ruhezonen soll es in den Zügen auch Arbeits- und Telefonbereiche geben. Auch „digitale Fensterscheiben", die ebenfalls für den Hyperloop geplant sind, könnten bei dem Innonvationszug zum Einsatz kommen. Direkt auf die Zugfenster könnten dabei dann Informationen zu Sehenswürdigkeiten oder zum Reiseverlauf projiziert werden.

Laut einem Bericht der „Wirtschaftswoche" analysiert in einem anderen Projekt die Deutsche Bahn-Tochter DB Engineering & Consulting für das Unternehmen Hyperloop One, ob sich auf der Arabischen Halbinsel Fracht wirtschaftlich per Hyperloop befördern lassen könnte. *Norman Hanert*

Osteuropa holt auf

Wettbewerbsfähigkeit und Einkommen steigen

Eine Statistik der EU weist zum Teil drastisch gestiegene Lohnkosten in Mittel- und Osteuropa aus. Verglichen wurde dabei die Lohnentwicklung im vierten Quartal 2016 mit den Werten des Vorjahreszeitraums. EU-weit stiegen die Lohnkosten um 1,8 Prozent, in der Eurozone waren es lediglich 1,6 Prozent. Deutlich über dem Durchschnitt lag Deutschland, für das ein Plus von drei Prozent ermittelt wurde. In Italien oder Spanien gab es dagegen keine oder nur sehr geringe Lohnkostensteigerungen, für Griechenland wird sogar ein Rückgang von einem halben Prozent angegeben.

Ganz anderes sieht die Entwicklung im Osten des Kontinents aus: Besonders stark stiegen die Löhne in Rumänien (12,3 Prozent), Litauen (10,7 Prozent), Lettland (8,1 Prozent) und Bulgarien (8 Prozent). Allerdings auch in der Slowakei (4,8 Prozent), Slowenien (5,8 Prozent), Polen (5,4 Prozent), Ungarn (6,3 Prozent) und Estland (5,7 Prozent) lagen die Lohnzuwächse deutlich über den Werten für die Euro-Zone.

Mit dieser Entwicklung können sich die Ökonomen des „Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche" (WIIW) bestätigt fühlen. Diese hatten bereits im letzten Herbst eine Studie zur wirtschaftlichen Lage in Osteuropa veröffentlicht, die den Titel „Arbeitskräftemangel als Wachstumsmotor?" trug. Die Wiener Forscher prognostizierten für die Region Mittel-, Ost- und Südosteuropa in den nächsten zwei Jahren ein Wirtschaftswachstum von rund drei Prozent pro Jahr. Als „Wachstumsmotor" machte die Studie in diesen Ländern eine stärkere private Nachfrage infolge steigender Löhne aus. Als Triebkraft hinter den Lohnsteigerungen sehen die Forscher wiederum eine Verknappung der Arbeitskräfte durch die demografische Entwicklung und durch Auswanderung. Zudem ist die Inflation in vielen Ländern der Region trotz der höheren Löhne gering.

Deutschland fördert über EU-Zahlungen eigene Konkurrenz

Als Ursache sieht das Wiener Institut, dass mit den Löhnen auch die Arbeitsproduktivität gestiegen ist. Die Lohnstückkosten sind dadurch weniger stark gestiegen als die Löhne. Mit der These vom „Arbeitskräftemangel als Wachstumsmotor" nimmt es eine Gegenposition zu Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) ein. Beide Institutionen haben gewarnt, dass Abwanderung und Arbeitskräftemangel das Wirtschaftswachstum in Zentral- und Osteuropa spürbar bremsen würden.

In seiner Frühjahrsprognose hat das WIIW seine Voraussage von einem durchschnittlichen Wachstum in Osteuropa von drei Prozent bestätigt und spricht sogar von einer steigenden Tendenz. Damit würden die Volkswirtschaften der östlichen EU-Staaten auch in den nächsten Jahren durchschnittlich um rund 1,5 Prozentpunkte schneller wachsen als die alten EU-Länder. Es wird allerdings auch damit gerechnet, dass der Austritt Großbritanniens aus der EU eine starke Auswirkung auf die Transferzahlungen nach Osteuropa haben wird. Diese Zahlungen aus den Brüsseler Töpfen sind in den letzten Jahren stark angestiegen und haben eine treibende Wirkung auf das Wirtschaftswachstum in den neuen EU-Ländern entfaltet. Vor allem aus den europäischen Struktur- und Kohäsionsfonds, die gut ein Drittel des gesamten EU-Budgets ausmachen, fließt das meiste Geld nach Ost- und Mitteleuropa. *N.H.*

Versuch gescheitert

Von Eberhard Hamer

Schon länger wird von der Finanzelite die Bargeldabschaffung als „3. Stufe der Entmaterialisierung des Geldes“ gefordert. Erst wurde Metallgeld (Gold und Silber) durch Papiergeld ersetzt, nun soll dieses durch Buchgeld – Kontengeld – ersetzt werden, nachdem die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes durch hemmungslose Papiergeldvermehrung (und Wertverminderung) ohnehin verloren ist. Dass eine gezielte Strategie gegen das Bargeld läuft, haben wir daran gemerkt, dass beispielsweise die EZB die 500-Euro-Scheine aus dem Verkehr ziehen will, weil angeblich „diese Scheine vor allem in Schwarzarbeit und Kriminalität genutzt würden“ und der Handel eine Bargeldabschaffung damit begründe, dass sie „Transaktionskosten“ ersparen würde. Tatsächlich ist Bargeld aber eine Freiheitskategorie der Bürger, welche die Finanzindustrie einschränken will. Gibt es kein Bargeld mehr, ist jeder Bürger unter Totalkontrolle und kann jederzeit willkürlich aus dem Zahlungsverkehr ausgeschlossen werden. Inzwischen ist auch bekannt geworden, dass die Notenbanken der USA, der Euro-Zone, Großbritanniens, Schwedens und Kanadas an eigenen Modellen einer digitalen „Krypto-Währung“ arbeiten. Auch hier wird als Begründung die Ersparnis von „Transaktionskosten“ und die bessere Überwachungsmöglichkeit der Bürger angeführt.

Als Versuchsfeld für die Abschaffung von Bargeld wurde 2016 Indien ausgewählt. Dort wurde das umlaufende Bargeld verboten, konnte man es nur bei den Banken gegen Guthaben einzahlen. Dadurch waren 85 Prozent des Bargeldbestandes entwertet worden. Neue Scheine wurden nur begrenzt und nur unter der Voraussetzung von Einzahlungen auf ein Konto ausgegeben. So sollte der Geldverkehr gläsern und total kontrollierbar werden. Der indische Ministerpräsident hat dem US-Finanzsyndikat dann gemeldet, die Abschaffung von Münzen und Scheine zum Zwecke der Übertragung auf rein virtuelles Geld funktioniere prinzipiell. Kleinere Korrekturen würden nun vorbereitet. Tatschlich aber ist die Bargeldabschaffung in Indien aber gescheitert, weil Millionen Menschen vor allem auf dem Lande überhaupt kein Konto haben, also existenziell auf Bargeldverkehr angewiesen sind. Nicht nur die Landbevölkerung, sondern auch die Armen und die Alten, die kein Bankkonto haben oder damit nicht umgehen können, blieben Verlierer. Die Abschaffung von Bargeld hat auch sprunghaft den Tauschhandel wiederbelebt. Geld als Zwischenzahlungsmittel zeigte sich als unverzichtbar. Im Übrigen blieb tatsächlich Bargeld wieder üblich – allerdings in Form von Gold- und Silbermünzen, denen wieder Zahlungs- und Wertaufbewahrungsfunktion zukamen.

Indien hat gezeigt: Bargeld unverzichtbar

Ob nun die internationale Finanzindustrie trotz des vorerst gescheiterten Großversuchs in Indien weiter an der Bargeldabschaffung arbeitet, ist ungewiss. Für die Bürger wäre sie der Verlust eines weiteren Stücks von demokratischer Freiheit durch wachsende Finanzdiktatur.

In die Röhre schauen

Von Harald Tews

Seit dem 29. März sehen viele Bürger in Ballungsräumen beim Fernsehen schwarz. Und das, obwohl sie anständig die Rundfunkbeiträge entrichten. Schwarzseher sind sie geworden, weil die Mattscheibe schwarz bleibt: kein Bild, kein Ton, kein Empfang. Rund 3,4 Millionen Haushalte, die Fernsehen über Antenne empfangen, sind von der Abschaltung der DVB-T-Übertragung betroffen.

Wer via Antenne weiter fernsehen will, wird gezwungen, sich ein neues Empfangsgerät für den Nachfolgestandard DVB-T2 anzuschaffen, und selbst dann kann man ohne Zusatzgebühr nur öffentlich-rechtliche Sender empfangen. Wer das ausschließlich verschlüsselt in hochauflösender HD-Qualität empfangbare Programm von RTL, Sat1, Pro7 oder anderer Privatsender sehen will, muss zukünftig 69 Euro pro Jahr und Gerät zahlen. Ist das jetzt das Ende des Free-TV, das ja wegen der GEZ-Zwangsabgabe nie wirklich frei war?

Klammheimlich schleicht sich das Bezahlfernsehen durch die Hintertür in unsere Wohnzimmer. Wer denkt, nur Nutzer des Antennenfernsehens seien davon betroffen, der irrt gewaltig. In Kabelhaushalten zahlt man jetzt schon monatliche Betreiber-Gebühren. Bis Ende 2018 könnte noch deutlich mehr auf die Kunden zukommen. Bis dahin werden die bislang analogen Kabelangebote komplett auf digitalen Empfang umgestellt – und kostenlos wird das nicht mehr sein.

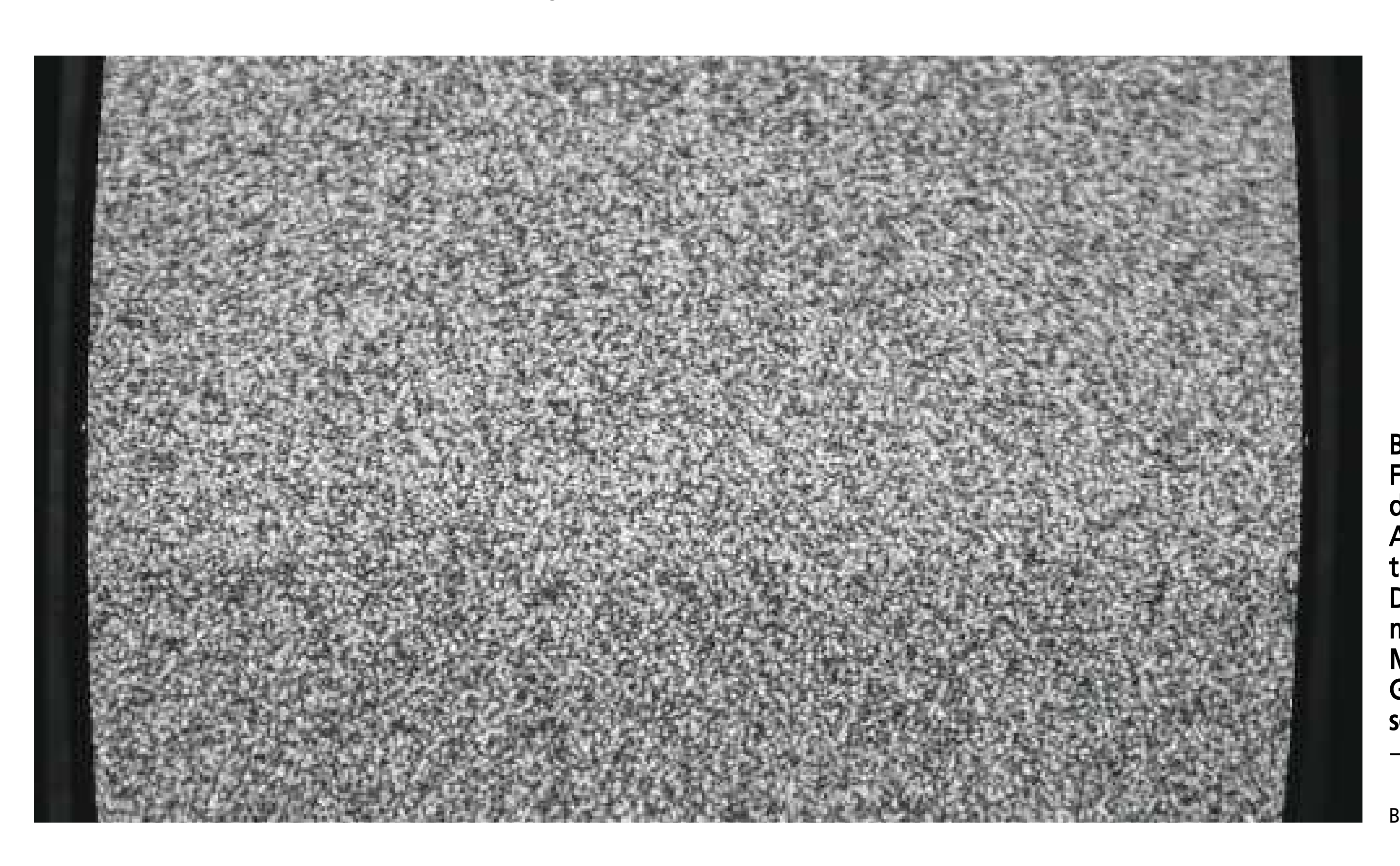
Das Ende des Free-TV steht bevor

Die TV-Anstalten machen ein Milliardengeschäft mit dieser Digital-Abzocke, und das Bundeskartellamt gab auch noch seinen Segen dazu. Anders als beim alten DVB-T, wo die Sender kartellrechtlich bis 2022 für eine kostenfreie Versorgung gezwungen waren, dürfen sie beim neuen DVB-T2 die Hand aufhalten. Die Privatsender machten sofort Gebrauch davon, es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch die Öffentlich-Rechtlichen – GEZ-Gebühr hin oder her – folgen werden.

Unfrei und teuer wird das Fernsehen der Zukunft sein. Profitieren werden allein die Sender, die als Multikonzerne mit diesem Geld ihre Meinungsherrschaft ungehindert ausbauen können.

Wer sich dem entziehen will, der weicht ins Internet aus, wo man bei Netflix, Amazon Video oder Maxdome sein Wunschfernsehen zusammenstellen kann. Das kostet neben Abo-Gebühren allerdings auch eine teure Flatrate für die Dateiübertragung aus dem Internet.

Oder man macht es wie die Betreiber des alten DVB-T: Man schaltet einfach ab. Ein Sendersuchlauf ergab übrigens, dass nach Abschaltung des DVB-T drei Sender ihren Antennenfernsehern mit altem Empfangsgerät noch eine Gnadenfrist bis zum 25. April gewähren: Danach ist auch für ARD, ZDF und den Dritten Schluss. Da fühlt man sich für kurze Zeit an paradiesische Zeiten wie zu Urzeiten des Fernsehens erinnert. Wer den Sendern und Betreibern von digitalen Übertragungsdiensten nicht das Geld in den gierigen Rachen schieben will, der schaut danach buchstäblich in die Röhre.



Blackout am Fernseher: Nach dem Ende der Antennenübertragung per DVB-T sahen mehr als drei Millionen GEZ-Gebührenzahler schwarz – vor Wut

Bild: Colurbox

Gegenwind

Delikate Verbindungen

Von Florian Stumfall

Spionage gehört zu den verbotenen Dingen, die jeder treibt. Das heißt, verboten ist sie nur für den jeweils anderen, selber nimmt man sich das Recht heraus und fahndet nach den fremden Geheimnissen wie nach einem edlen Wild. Derzeit ist der jeweils andere die Türkei, sie treibt Spionage in Deutschland und damit auch gegen Deutschland, und das ist, wie gesagt, verboten. Was das Problem zusätzlich erschwert: Hier wirkt des Recep Tayyip Erdogans ruchlose Hand, und der ist im Augenblick ohnehin nicht gut gelitten.

Allerdings fordert es die Gerechtigkeit einzuräumen, dass kaum irgendwo einem Land das Ausspähen so leicht gemacht wird wie der Türkei in Deutschland. Hier leben Türken zu Hunderttausenden und überall haben sie Moscheen und Imame und im Hintergrund den Religionsverein DITIB, der zu Erdogans fünften Kolonnen gehört. Wenn von deutschen Sicherheitskräften oder vereinzelt mutigen Politikern oder von Kennern des Islam aber eine Stimme laut wird und Mahnungen ausspricht des Inhalts, man müsse in Zeiten des Terrorismus und der unkontrollierten Zuwanderung ein wenig mehr auf die Einhaltung des Rechts achten, dann heißt es flugs: haltet ein! Hier ist die Religionsfreiheit in Gefahr, schonet den Islam, er hat mit alledem gar nichts zu tun.

Was nun Erdogan angeht, so nutzt er sein Netzwerk in Deutschland, um auch hier gegen seinen Erzfeind Gülen und dessen Anhänger vorzugehen, und er bedient sich dazu des Geheimdienstes MIT. Es spricht für das Selbstbewusstsein des türkischen Herrschers, dass er zudem auf die Hilfe des deutschen Bundesnachrichtendienstes setzt. Da allerdings hat sogar das Berliner Entgegenkommen seine Grenze gefunden. Anstatt gegen 300 denunzierte Gülen-Anhänger - tatsächliche oder angebliche - vorzugehen, warnten die deutschen Behörden die Betroffenen und blamierten so nicht nur den MIT, sondern vor allem dessen Befehlshaber Erdogan bis auf die Knochen.

Man sieht: Liegt der politische Wille vor, so ist die Berliner Koalition tatsächlich im Stande, auf der Einhaltung des Rechts zu bestehen. Innenminister Thomas de Maiziere erklärte mannhaft: „Spionagetätigkeiten auf deutschem Boden sind strafbar und werden von uns nicht geduldet. Das gilt für jeden ausländischen Staat und Nachrichtendienst.“ Auch der neue Außenminister Sigmar Gabriel runzelte die Brauen: „Sollte es so gewesen sein, wäre es in der Tat ein schwerwiegender Vorgang.“ Sicher – ein Runzeln mit diplomatischer Zurückhaltung, aber dennoch. Schließlich haben Bundesregierung und Koalitionsfraktionen erst im vergangenen Sommer dem BND zusätzliche Befugnisse zugeschrieben.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Erdogan wird sich also auch in Zukunft auf die eigenen Kräfte verlassen müssen, wenn er in Deutschland spionieren lassen will, und damit ist er ja auch nicht schlecht bedient. Doch wer glauben sollte, die Türkei befinde sich diesbezüglich hierzulande in einer ausnehmend komfortablen Lage, der irrt. Denn nicht immer weist es der BND zurück, wenn ihn eine ausländische Macht zum Ausspähen heranziehen will. Denn wahrer Herr über das klandestine Geschehen in Deutschland sind nicht Bundesnachrichtendienst oder die Verfassungsschutzämter, sondern die US-amerikanischen Dienste CIA und NSA.

Gegen Ende März wurde beispielsweise bekannt, dass das US-Generalkonsulat in Frankfurt eine Zentrale der digitalen Überwachung beherbergt. Zugegeben: In allen diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Welt hocken Spione. Doch überall werden sie, wenn sie es zu toll treiben, des Landes verwiesen. Nicht so in Deutschland, jedenfalls dann nicht, wenn es sich bei ihnen um US-Amerikaner handelt.

Delikat indes ist eine Verbindung, die sich aus der ungewollten Frankfurter Nachricht ergibt: Von hier aus, so geht es aus den Dokumenten hervor, die von Wikileaks veröffentlicht worden sind, wurde das allgemein und sattsam bekannte Abhören auch der Bundeskanzlerin in die Wege geleitet. Das ist Anlass genug, sich die Geschehnisse noch einmal, wenn auch nur als Skizze, vor Augen zu führen. Also, es wurde im Juni 2014 bekannt, dass das Handy von Bundeskanzlerin Angela Merkel von der NSA abgehört worden war. Natürlich verlangte diese Nachricht seitens der Kanzlerin das Höchstmaß an Empörung, das sie gegen die USA aufbringen kann („das geht gar nicht“), dann wurde ein Jahr lang gewartet, zwischendurch erklärte Merkel zur allgemeinen Verblüffung: „Auf deutschem Boden herrscht deutsches Recht“, ganz im de Maizier'schen Sinne, dass das für alle Länder und Nachrichtendienste zu gelten habe.

Bevor man sich aber gezwungen sah, tatsächlich etwas zu unternehmen, stellte der damalige Generalbundesanwalt Harald Range die Ermittlungen wegen des Verdachts der Ausforschung des Handys der Bundeskanzlerin ein. Der Vorwurf lasse sich mit den Mitteln des Strafprozessrechts nicht gerichtsfest beweisen, hieß es. Vielleicht hätte man es mit den Mitteln des Verfassungsschutzes versuchen können, aber gut. Man hat ja am Beispiel Türkei gesehen: Notwendig ist vor allem der politische Wille.

Was nun den neuen Vorfall von Frankfurt angeht, so verhielt sich die CIA wie zu erwarten, und bestätigte durch Schweigen die Vorwürfe. Was sollte sie denn sonst machen, wo doch nicht einmal der Skandal um die Kanzlerin auch nur dazu geführt hat, dass irgendein US-Zuständiger wenigstens eine Entschuldigung gemurmelt hätte?

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Die Cyber-Zentrale im US-Generalkonsulat aber scheint es in sich zu haben. Aus den mehr als 8000 Dokumenten aus den Jahren 2013 bis 2016 ist unter anderem zu entnehmen, dass die CIA nun verschiedene Smart-Phones, TV-Geräte und weitere elektronische Apparate des Alltags als Abhör-Anlagen gebrauchen kann. Für den deutschen Verbraucher zum Trost: Eigentlich richtet sich das Unternehmen gegen Russland, der Bundesbürger dient nur als Versuchskaninchen, wenigstens vorerst. Die Zentrale wurde noch von Barack Obama eingerichtet und mit Hunderten von Mitarbeitern sowie Hunderten Millionen Dollar ausgestattet. Wikileaks äußert sich sogar zum Motiv seins Zuträgers: „Die Quelle will eine öffentliche Debatte über die Sicherheit, die Schaffung, Nutzung, Weiterverbreitung und demokratische Kontrolle von Cyberwaffen anstoßen.“ Alles Dinge, welche die Herren von der CIA nicht wollen.

Die deutschen Sicherheitsorgane hätten eigentlich jetzt Zeit, sich um die Frankfurter Cyber-Story zu kümmern, denn der Kanzlerin-NSA-Skandal ist offiziell beendet. Der einschlägige Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages wurde von vornherein mit so umfangreichen Aufgaben befrachtet, dass sein Misslingen zuverlässig garantiert war. Doch die Menge der zu untersuchenden Gegenstände erlaubte eine völlig Verwirrung der Öffentlichkeit und Raum für zahlreiche Nebelkerzen.

Die Frage allerdings, was im Einzelnen die NSA betrieben hat, blieb unbeantwortet, und die rechtswidrige Zusammenarbeit mit dem BND konnte nicht geleugnet werden. Doch Klaus-Dieter Fritsche, Beauftragter für die Nachrichtendienste des Bundes, konnte bekanntgeben: „Es gab keinen Grund für disziplinarrechtliche Maßnahmen.“ Na, Gottlob! Denn wenn man dem BND etwas angehängt hätte, wäre vielleicht auch an der NSA oder auch CIA etwas hängengeblieben, was zu verhindern war.

So kann, wer auf der Autobahn Richtung Salzburg fährt, beruhigt darauf setzen, dass in den kugelrunden Abhöranlagen auf der Höhe Bad Aibling von NSA und BND weiter über sein Schicksal gewacht wird.

Mäusefest im Uni-Hörsaal

Johannes Bobrowski konnte die Massen elektrisieren – Zum 100. Geburtstag des ostpreußischen Dichters

Mit dem Roman „Levins Mühle“ schuf Johannes Bobrowski einen modernen Klassiker. Auch wenn er insgesamt als Erzähler nicht an Günter Grass oder Siegfried Lenz heranreichte, so hat der am 9. April 1917 in Tilsit geborene Ostpreuße als Dichter dauerhafte Spuren hinterlassen. Eine Begegnung mit Bobrowski, der bis zu seinem Tod 1965 in Friedrichshagen bei Berlin lebte, war auch immer ein Erlebnis.

Wintersemester 1962/63 an der Universität Frankfurt am Main: Der Germanist Paul Stöcklein las über neue deutsche Literatur und brachte auch gleich die Dichter mit, – Marie-Luise Kaschnitz, dann Wolfgang Hildesheimer, und einmal folgte ihm ein untersetzter, kräftiger Mann im schwarzen Rollkragenpulli und derber Joppe. „Johannes Bobrowski, ein Dichter aus der DDR“, begrüßte ihn Stöcklein. Der Hörsaal war ratlos, aber schon bald wie elektrisiert. Bobrowski las Gedichte und zwei kleinere Erzählungen, darunter sein berühmtes „Mäusefest“, in dem ein alter Litauer, der die Gräuel des kommenden Krieges ahnt, resigniert: „Ich werd' Ärger kriegen mit meinem Gott.“

In jenem Jahr wurde Bobrowski auch im Westen bekannt. In der DDR war er zumindest unter Literaturfreunden schon länger eine Größe. Der Autor war in Rastenburg und Königsberg zur Schule gegangen. Ein Studium der Kunstgeschichte musste er 1939 bei Kriegsbeginn abbrechen. Er überlebte den Krieg als Wehrmachtssoldat und war bis 1949 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft. Im (Ost-)Berliner Stadtteil Friedrichshagen traf er seine Frau wieder: 1943 hatte er die litauische Bauerntochter Johanna Buddrus auf deren elterlichem Hof in Motzischken geheiratet.

Schon damals hatte er zu schreiben angefangen. In der DDR erschienen seit den 1950er Jahren Gedichte und kleinere Texte. Die Kritik wurde auf ihn aufmerksam und rühmte seine Sprachkraft und Ausdrucksvielfalt. Bobrowskis Thema war zeitlebens das Verhältnis der Deutschen zu den osteuropäischen Nachbarn, insbesondere zum Baltikum. Zugleich durchzieht sein Werk eine tiefe Sehnsucht nach der ostpreußischen und litauischen Heimat.

Bobrowski gehört zu der gar nicht so kleinen Zahl bedeutender Autoren, die nach 1945 die Erinnerung an den Osten Deutschlands wachgehalten haben wie etwa Horst Bienek und Leonie Ossowski für Schlesien, Siegfried Lenz und Arno Surminski für Ostpreußen, Günter Grass für Danzig und eben Bobrowski für Deutsch-Litauen, das nördlichste Siedlungsgebiet. Die SED ließ ihn gewähren, weil sie sich ja auch, wenn auch aus anderen Motiven, der „Völkerfreundschaft“ verpflichtet hatte. So konnte Bobrowski mitten im Kalten Krieg nicht nur zur Lesung nach Frankfurt kommen, sondern im selben Jahr auch den Preis der „Gruppe 47“ entgegennehmen. Sein Werk erschien gleichzeitig in Ost und West. Sein früher Tod am 2. September 1965 infolge eines Blinddarmdurchbruchs rief hüben wie drüben große Anteilnahme hervor.

Manche Besucher des Hauses in der Ahornallee 26 in Friedrichshagen erlebten noch seine Frau Johanna. Sie starb erst 46 Jahre (am 4. September 2011) nach ihm. Sie, vom Typ her eine Bäuerin, die man sich ebenso mit Melkschemel und Milchkannen als auch in einem Dichterhaushalt (neben dem Mann zwei Söhne und zwei Töchter) vorstellen konnte, zeigte dem Besucher, wenn er sich glaubhaft an Bobrowski interessiert wirkte, das berühmt gewordene Arbeitszimmer. An den Wänden hingen alte Landkarten des preußischen Nordens, Bilder von Tilsit, Königsberg und den großen Geistern Hamann und Kant, ferner kleinere sakrale Bildstöcke, dazu volle Bücherregale, ein Clavichord – Bobrowski war ein guter Klavierspieler, als Schüler hatte er beim Königsberger Domorganisten gelernt –, Tische und ein einladender Divan. Am Ende umarmte sie munter den Gast, er spürte, wie gutmütig diese ländliche Bevölkerung Litauens war, die 1945 die halb verhungerten deutschen Waisenkinder, die von Königsberg aus über die Felder streunten und nach Essbarem suchten – die „Wolfskinder“ –, bei sich aufgenommen und wie eigene Kinder aufgezogen hatte.

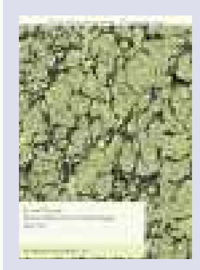
Mit Freunden aus Ost und West saß er oft zusammen. Anders als der schwermütige Ton seiner Lyrik war er kein Kind von Traurigkeit. Aus einer Laune heraus hatte er 1962 mit Manfred Bieler den „Friedrichshagener Dichterkreis zur Beförderung der schönen Literatur und des schönen Trinkens“ gegründet. Ein trinkfester Gast aus Westberlin war damals auch Günter Grass. *Dirk Klose*



War in der Bundesrepublik ebenso verehrt wie in der DDR: Johannes Bobrowski — Bild: DVA/Roger Melis

Neues über und von Bobrowski

Mit seinem Haus in Friedrichshagen hat sich Bobrowski ein Stück ostpreußische Heimat bewahrt. Es war für ihn auch ein fast klösterliches Refugium, in dem der religiös geprägte Autor mitten im real existierenden Sozialismus seinen Glauben frei entfalten konnte. „Zur poetischen Praxis Bobrowskis gehörte auch seine Freude an der Kirchenmusik und das Singen im Chor der Kirchengemeinde von Friedrichshagen“, heißt es in Klaus Völkers Band **Johannes Bobrowski in Friedrichshagen 1949–1965**, der anlässlich des Bobrowski-Jubiläums im Verlag für Berlin–Brandenburg (vbb) neuaufgelegt wurde (32 Seiten, 8 Euro). Viele Fotos und eine Karte von Köpenick mit Friedrichshagen vervollständigen diesen vorzüglichen schmalen Band.



Ebenfalls bei vbb ist das Buch **Sarmatien in Berlin – Autoren an, über und gegen Johannes Bobrowski** erschienen (192 Seiten, 19,99 Euro). Herausgeber Andreas Degen hat darin West- und Ostautoren versammelt, die sich zu Bobrowski in Briefen, aber auch in Gedichten geäußert haben. Von Christa Wolf über Stephan Hermlin bis zu den Nobelpreisträgern Günter Grass und Herta Müller reicht der Reigen. Dabei zeigt sich, dass sich Bobrowski als Außenseiter der DDR-Literatur jenseits aller ideologischen Barrieren als politisch unbelasteter Brückenbauer zwischen Ost und West verstand.



Ganz frisch auf dem Markt sind auch die bei DVA erschienenen **Gesammelten Gedichte** Bobrowskis (752 Seiten, 34,99 Euro). Neben den Gedichten aus „Sarmatische Zeit“, in denen er 1961 seine ostpreußische Heimat huldigte, sind hier alle Gedichte versammelt, mit denen sich Bobrowski nachhaltig als bildkräftigster Lyriker der deutschen Nachkriegsjahrzehnte etablierte.



Beim Wallstein-Verlag ist aktuell eine **vierbändige Briefausgabe** erschienen (2724 Seiten, 199 Euro). Der Erzählband **Mäusefest** (144 Seiten, 17 Euro) und der Roman **Levins Mühle** (224 Seiten, 17,90 Euro) erscheinen neuerdings im Wagenbach-Verlag. *tws*

Weggefährte Luthers

Düsseldorfer Museum präsentiert neue Sicht auf Lucas Cranach

Lucas Cranach der Ältere zählt zu den bedeutendsten Malern der Deutschen Renaissance, war ein enger Freund Martin Luthers und beeinflusste Künstler über Jahrhunderte. Als einer der Höhepunkte im Reformationsjahr 2017 widmet das Museum Kunstpalast in Düsseldorf dem berühmten Wittenberger Maler vom 8. April bis 30. Juli die groß angelegte Werkschau „Cranach. Meister – Marke – Moderne“. Erstmals nimmt die Ausstellung Cranach den Älteren in seiner Gesamtheit und Modernität in den Blick und beleuchtet neben seinen Erfolgsstrategien den Einfluss des Künstlers bis in die Gegenwart.

Rund 200 Werke, darunter noch nie öffentlich ausgestellte Werke aus Privatsammlungen, selten gezeigte Tafelbilder, aber auch erstmals in Deutschland präsentierte sowie jüngst restaurierte Werke sowie eine Neuzuschreibung sind dabei zusammengeführt worden. Zu sehen sind hochkarätige Exponate wie die lebensgroße „Venus“ aus St. Petersburg, Christus und die Ehebrecherin aus Budapest und der sogenannte Prager Altar, dessen weitverstreute Teile für die Laufzeit der großen Schau in Düsseldorf vereint werden. Weitere bedeutende Tafelbilder, Zeichnungen und Drucke dokumentieren die maßgebliche Rolle Cranachs bei der Verbreitung der Reformation und sein geschicktes Agieren im Dienste der bedeutendsten fürstlichen Auftraggeber des 16. Jahrhunderts. In Gegenüberstellung mit Werken von Albrecht Dürer, Hans Holbein dem Jüngeren, Jacopo de' Barbari und Lorenzo Costa dem Älteren untersucht die Ausstellung Cranachs Position im Netzwerk der Künstler seiner Zeit.



Bild: Museum Kunstpalast – Artothek

Ungeschminkte Wahrheit: Cranachs „Das ungleiche Paar“

Die Schau folgt den Spuren Cranachs sogar bis in die Kunst der Gegenwart und Moderne. Arbeiten von Picasso, Duchamp, Giacometti, Otto Dix, Andy Warhol oder Martial Raysse zeigen, welchen Einfluss Cranachs Bildsprache auf führende Wegbereiter der Moderne ausgeübt hat.

Neueste kunsttechnologische Forschungen geben darüber hinaus Einblicke in die tägliche Praxis des produktivsten deutschen Malers im 16. Jahrhundert. Cranachs Gemälde zeugen von einem immensen Spektrum innovativer Bildlösungen und neuartiger Bildthemen, die der enge Weggefährte Martin Luthers im Spannungsfeld unterschiedlicher Glaubensvorstellungen entwickelte und die sich innerhalb kürzester Zeit über den europäischen Kontinent verbreiteten.

Die Ausstellung gibt auch Einblicke in die künstlerischen Prozesse bei der Entstehung der Gemälde: Dank modernster Technik werden unter der Malschicht verborgene Unterzeichnungen erstmals für die Besucher erschlossen. Sie geben unter anderem Auskunft über den enormen Reichtum an verwendeten Malmaterialien und die effiziente Arbeitsweise des Künstlers. So entwickelte Cranach verschiedene Verfahren zur Ökonomisierung und Optimierung der Malprozesse, um seine Bilder in hoher Qualität und großer Anzahl produzieren zu können. *H. Tews*

Museum Kunstpalast, Ehrenhof 4–5, Düsseldorf, geöffnet: Dienstag bis Sonntag 11 bis 18 Uhr, Donnerstag und Sonnabend bis 21 Uhr. Ein Katalog zur Ausstellung ist im Hirmer Verlag erschienen (400 Seiten, 49,90 Euro).

Ostern in Pommern

»Kummerow«-DVD – Aktion für *PAZ*-Leser

Vor genau 50 Jahren kam ein Film in die Kinos, den man als erste gesamtdeutsche Produktion nach dem Krieg bezeichnet. „Die Heiden von Kummerow und ihre lustigen Streiche“ war eine Zusammenarbeit von ARD und DEFA, bei der westdeutsche Filmgrößen wie Paul Dahlke, Ralf Wolter oder Theo Lingen an Schauplätzen in der damaligen DDR agierten. In der Nähe von Putbus auf Rügen hatte das Produktionsteam aus Ost und West das pommersche Dorf Kummerow szenisch nachgebildet, das der Autor Ehm Welk seinen Lesern 1937 in dem Bestseller „Die Heiden von Kummerow“ vorgestellt hatte und wo die Dorfjugend in wilhelminischer Zeit den Pastoren, Lehrern und anderen Autoritätspersonen eine Reihe von Streichen spielt.

Der Geschichte ist so etwas wie das norddeutsche Pendant zu Ludwig Thomas bayerischen „Lausbubengeschichten“. Bei dem aus der Uckermark stammenden Autor Ehm Welk steht das pommersche Dorf Kummerow im Mittelpunkt, wo zu Beginn des 20. Jahrhunderts während der Osterzeit ein noch aus heidnischer Zeit stammendes traditionelles Ereignis vorbereitet wird: das Heidendöpen. Der von Paul Dahlke gespielte Pastor Breithaupt hält zwar viel von Tradition, von heidnischen Bräuchen aber gar nichts. Und dass der frisch gekürte Heidenkönig ausgerechnet seine Tochter Ulrike zur „Braut“ erhalten soll, verschlimmert den unliebsamen, seit Generationen erhaltenen Ritus erheblich.

Schiedsrichter beim Heidendöpen ist der von der Dorfjugend verehrte Kuhhirte Krischan Klammbüdel (Ralf Wolter), der seinen Widersacher in Müller Düker (Fritz Tillmann) findet. Er will Krischan vertreiben, denn der kennt das dunkle Geheimnis in Dükers Vergangenheit. Doch das stört die Kinder Martin, Johannes, Herrmann und Ulrike wenig, die auf ihre ganz eigene Weise zwischen den Christen und Heiden vermitteln.



Günstigere DVD für *PAZ*-Leser

Aus Anlass des 50. Jubiläums ist der Filmklassiker als DVD neu aufgelegt worden. *PAZ*-Lesern bietet die Verlagsbuchhandlung Ehm Welk, welche die DVD exklusiv vertreibt, einen 5-Euro-Gutschein bei Erwerb der 14,99 Euro teuren DVD an. Bei Interesse unbedingt den Gutscheincode **PA2017** angeben bei: Verlagsbuchhandlung Ehm Welk, Rosenstraße 3, 16278 Angermünde, oder per Internetbestellung über www.buchschmook.de. *H. Tews*

MELDUNGEN

Die Modernität Winckelmanns

Weimar – Am 9. Dezember jährt sich zum 300. Mal der Geburtstag des Kunstschriftstellers Johann Joachim Winckelmann. Aus diesem Anlass häufen sich Ausstellungen über den Vordenker des deutschen Klassizismus. So ist noch bis zum 9. April im Herzoglichen Museum in Gotha eine antike Gemmensammlung zu sehen, über die Winckelmann geforscht hat. Ganz neu ist vom 7. April an die Ausstellung „Winckelmann. Moderne Antike“ im Neuen Museum von Weimar. Bis zum 2. Juli spiegelt die Schau dessen Leben und Werk in alten und neuen Kunstwerken wider. *tws*

Bach trifft auf Martin Luther

Erfurt – Am 7. April starten die Thüringer Bachwochen, die diesmal im Zeichen des Reformationsjahres stehen. Offizielle Eröffnung ist am 8. April in Arnstadts Bachkirche mit der „Johannispassion“, am 1. Mai findet in der Eisenacher Georgenkirche das Abschlusskonzert mit dem Ensemble L'Arpeggiata statt. Im Rahmen des Festivals läuft vom 28. April bis 1. Mai auch „Ein Musikfest für Martin Luther“. Infos und Karten unter www.thueringer-bachwochen.de *tws*

Auch Adenauer war nicht alternativlos

Ein politisches Leben vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik – Der erste Kanzler Nachkriegsdeutschlands starb vor 50 Jahren

Was für ein politisches Leben! Es umfasst die Spanne vom Kaiserreich über die Weimarer Republik und den NS-Staat bis zur Bundesrepublik Deutschland. Immer war Konrad Adenauer dabei. Am 19. April 2017 jährt sich der Todestag des ersten Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland zum 50. Mal.

Am 5. Januar 1876 in Köln geboren, blieb Adenauers rheinische Herkunft so deutlich hörbar wie die katholische Prägung erkennbar. Nach juristischem Staatsexamen arbeitete er als Rechtsanwalt in Köln. Als Mitglied der katholischen Zentrumspartei wurde er Beigeordneter, ab 1909 Erster Beigeordneter. Damit vertrat er den Oberbürgermeister, einen Onkel seiner Ehefrau. Während des Ersten Weltkrieges entwickelte Adenauer im Ernährungsdezernat beachtliche Kreativität. Ein von ihm gebackenes Brot aus Reis und Maismehl ließ er als „Kölner Brot" patentieren. Weil seine Ersatzstoffe wenig schmackhaft waren, nannten ihn die Kölner „Graupenauer". Dennoch wählten die Stadtverordneten „Graupenauer" 1917 zum Oberbürgermeister.

Ein Erlass des Preußen-Königs machte ihn zum jüngsten Oberbürgermeister seiner Zeit. Er blieb in diesem Amt bis 1933, kurzzeitig übernahm er es nach 1945 noch einmal. Deutlich kürzer war seine Mitgliedschaft im Preußischen Herrenhaus, in das Adenauer kraft seines Amtes als Oberbürgermeister kam. Das Revolutionskabinett aus SPD und USPD löste 1919 diese Erste Kammer des Preußischen Landtages auf.

Das beschädigte die politische Karriere Adenauers nicht. Von 1920 bis 1933 war er Präsident des Preußischen Staatsrates. Mehrfach wurde er als Kandidat für das Amt des Reichskanzlers ins Gespräch gebracht, obwohl er sich für eine Trennung von Preußen und ein autonomes Rheinland einsetzte. Letztendlich aber blieb der „König des Rheinlandes" Oberbürgermeister von Köln, das Amt schien ihm sicherer zu sein.

Weniger auf Sicherheit bedacht war er, als er sich 1928 mit Glanzstoff-Aktien verspekulierte. Als seine Schulden drohten, öffentlich bekannt zu werden, lieh er sich ein Aktienpaket und deponierte es bei der Deutschen Bank. Die behauptete anschließend, Adenauers Konto sei ausgeglichen. Die Episode scheint kennzeichnend für Adenauers Winkelzüge zu sein.

Von ähnlicher Qualität waren auch seine ersten „Auseinandersetzungen" mit den Nationalsozialisten. Die hatten 1931 Hakenkreuzfahnen an der Rheinbrücke aufgehängt. Adenauer ließ sie entfernen. Den folgenden Zorn federte er ab. Die Aktion war mit der NSDAP-Kreisleitung abgesprochen, Adenauer hatte im Gegenzug das Hissen der Fahnen vor der Messehalle erlaubt, dort wurde Hitler erwartet. 1934 wies Adenauer den NS-Innenminister darauf hin, er habe damit gegen einen Erlass des preußischen SPD-Innenministers verstoßen. Das war, nachdem Adenauer 1933 das Amt des Kölner Oberbürgermeisters verloren und in der Abtei Maria Laach Unterschlupf gefunden hatte.

Die Zeit bis zum Ende der NS-Herrschaft überdauerte Adenauer als Pensionär, von den Nazis immer wieder drangsaliert, aber finanziell gut ausgestattet und im Rechtstreit um Entschädigungen durchaus erfolgreich.

Im Mai 1945 war er wieder da. Die US-Amerikaner setzten ihn erneut als Oberbürgermeister von Köln ein, doch die Engländer warfen ihn gleich wieder raus. Er habe sich nicht genug für die Versorgung der Bevölkerung eingesetzt.

Nun, ohne Amt, konzentrierte sich Adenauer auf die Parteiarbeit. 1946 übernahm er die Führung der CDU in der britischen Besatzungszone. Zielstrebig baute er seine Position aus. Carlo Schmid (SPD) nannte ihn den „ersten Mann des zu schaffenden Staates, noch ehe es ihn gab".

Das wurde er in der Tat. Der Bundestag wählte Konrad Adenauer am 15. September 1949 zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Mit nur einer Stimme Mehrheit – der Adenauers.

Es war der Anfang einer langen Ära. Noch dreimal, nämlich 1953, 1957 und 1961, wurde er wiedergewählt, offenbar alternativlos in seiner Zeit. Es waren Jahre der entscheidenden Weichenstellungen. Bereits vor seiner Wahl hatte Adenauer Bonn als provisorische Hauptstadt durchgesetzt. Aus wahltaktischen Überlegungen setzte er sich dafür ein, dass West-Berlin kein vollwertiges Bundesland wurde.

Wie sehr Adenauer der Politik alles andere unterordnete, zeigte beispielhaft ein gegen den Kanzler geplantes Bombenattentat 1952. Absender der Bombe war die jüdische Untergrundorganisation Irgun, Auftraggeber soll der spätere israelische Ministerpräsident Menachem Begin gewesen sein. Die wesentlichen Tatsachen kannte man in Bonn. Sie wurden geheim gehalten, um antisemitische Reaktionen zu verhindern.



War mit seiner rheinischen Heimat immer besonders eng verbunden: Konrad Adenauer vor dem Kölner Dom Bild: action press

Ohnehin setzte Adenauer den Schwerpunkt seiner Kanzlerschaft in der Außenpolitik. Von 1951 bis 1955 war er sogar Kanzler und Außenminister in einer Person. Enge Bindungen an den Westen, bevorzugte Beziehungen zu den USA und ein vereintes Europa waren seine wichtigsten Ziele. Meilensteine hierbei waren die Gründung der Bundeswehr, der Beitritt zur NATO, der Alleinvertretungsanspruch, der Deutsch-Französische Freundschaftsvertrag, die Aussöhnung mit Israel. Im Urteil der Öffentlichkeit aber blieb seine größte Leistung die Rückkehr der letzten Kriegsgefangenen aus sowjetischen Lagern.

Nachträglich heftig kritisiert wurde Adenauers Bereitschaft, auch Amtsträger des NS-Staates zu beschäftigen, während er gleichzeitig einen strammen Kurs gegen Kommunisten fuhr, das Verbot der KPD forcierte und mit dem „Adenauer-Erlass" Verfassungstreue im öffentlichen Dienst einforderte.

Seine letzte Wahl zum Bundeskanzler konnte er 1961 nur mit dem Versprechen durchsetzen, noch vor Ende der Legislaturperiode Platz für einen Nachfolger zu machen. Die Auseinandersetzungen der „Spiegel"-Affäre beschleunigten den Ausstieg. 1963 trat Konrad Adenauer zurück. Bis zum Ende seines Lebens blieb er politisch aktiv – angriffsfreudig und bissig.

Sechs Tage vor seinem Tod verbreitete sich eine Falschmeldung vom seinem Ableben. Die Reaktion waren weltweite Beileidskundgebungen. Adenauer wird sie registriert haben. Der erste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland starb am 19. April 1967 im Alter von 91 Jahren in seinem Haus in Rhöndorf. *Klaus J. Groth*

Beim Verrichten der Notdurft erdolcht

Der vor 1800 Jahren getötete Caracalla ist nur einer von vielen Kaisern Roms, die von fremder Hand starben

Die antiken Caracalla-Thermen in Rom existieren als Ruinen noch heute. Ihr Namensgeber, der römische Kaiser Caracalla, starb hingegen vor genau 1800 Jahren bei einem Attentat, das die eigenen Leibwächter auf ihn verübten. Dieser Mord reiht sich in die Kette von Gewaltaktionen gegen Herrscher ein, welche den Verlauf der Geschichte des Imperium Romanum auf maßgebliche Weise prägten.

Marcus Aurelius Severus Antoninus, wegen seiner Vorliebe für Soldatenmäntel mit Kapuzen zumeist nur „Caracalla" (= Kapuze) genannt, war ein militärisch fähiger, aber zugleich auch äußerst brutal agierender Kaiser. Das zeigte sich nicht zuletzt die Ermordung seines Bruders und Mitregenten Geta sowie das Massaker an dessen Anhängern. Caracalla verehrte Alexander den Großen und wollte wie dieser weit nach Osten expandieren. Hierdurch kam es zum Konflikt mit den Parthern, die der damals 28-jährige Imperator schließlich in einem großen Feldzug niederzuwerfen versuchte.

Während des Vormarsches in Richtung Mesopotamien machte das Gerücht die Runde, dass der Prätorianer-Präfekt Marcus Opellius Macrinus, also der Befehlshaber der kaiserlichen Leibgarde, selbst nach dem Thron strebe. Daraufhin fühlte sich Macrinus, der wusste, wie der Herrscher auf so etwas zu reagieren pflegte, tödlich bedroht und organisierte deshalb die präventive Ermordung Caracallas. Das Attentat fand am 8. April 217 im heutigen syrisch-türkischen Grenzgebiet statt. Als der Imperator vom Pferd stieg, um seine Notdurft zu verrichten, wurde er von drei Prätorianern erdolcht, woraufhin Macrinus zum Kaiser avancierte – allerdings nur für 14 Monate.

Caracalla ist ein typisches Beispiel dafür, dass die Männer an der Spitze Roms meist kein hohes Alter erreichten und nur selten friedlich im Bett starben. Die Liste der Ursachen für das abrupte Hinscheiden ist ziemlich lang: Pest, Feuersbrünste, Rauchvergiftung, Suizid, Jagdunfall, Tod auf dem Schlachtfeld oder sogar in der Sklaverei wie im Falle von Valerianus. An erster Stelle steht jedoch Mord: mindestens die Hälfte der insgesamt 122 Imperatoren, Mitregenten und Gegenkaiser des Römischen beziehungsweise dann später Weströmischen Reiches sind gezielt gemeuchelt oder ohne formelles Verfahren exekutiert worden – dazu kommen möglicherweise noch einige nicht aufgedeckte Vergiftungen.

In der Anfangsphase des Kaiserreichs resultierten die Tötungen zuallermeist aus dem, was die Geschichtsschreibung später „Cäsarenwahn" nannte. So brachten Caligula, Domitian, Commodus, Elagabal und eben auch Caracalla die Römer wegen ihrer Schreckensregime gegen sich auf, in denen jeder um sein Leben fürchten musste. Ebenso sorgte die demonstrative Missachtung der guten Sitten für tödlichen Hass. Es ging einfach nicht an, ein Pferd zum Konsul erheben zu wollen, öffentlich in Frauenkleidern herumzustolzieren oder den alten Göttern den Respekt zu verweigern.



Kapuzenliebhaber: Kaiser Caracalla Bild: Sailko_CF

Meist setzten in derartigen Situationen genau wie bei Caracalla Prätorianer der Tyrannei ein blutiges Ende – schließlich konnten sie am ehesten bewaffnet zum Kaiser vordringen. Manchmal mordeten die Leibwächter oder andere Elitesoldaten im näheren Umfeld des Herrschers aber auch aus weniger hehren Motiven. Imperatoren wie Pertinax und der gallische Gegenkaiser Postumus verloren ihr Leben, weil sie schlichtweg zu geizig für große Geldgeschenke an die Prätorianer beziehungsweise Legionäre gewesen waren oder diesen das Plündern verboten hatten. Später wiederum agierten die Militärs dann oftmals im Auftrag von ebenso skrupellosen wie solventen Thronräubern. Auf deren Betreiben starben rund zwei Dutzend Kaiser, darunter Florianus, der gerade einmal 88 Tage an der Macht gewesen war.

Aber auch die Imperatoren ihrerseits schlugen eine harte Gangart an, wenn es darum ging, Putschisten zu eliminieren, die sich irgendwo in der Provinz von ihren Truppen zum Gegenkaiser hatten proklamieren lassen. In Einzelfällen wurden sie dabei sogar selbst aktiv, wie Valens, der den Usurpator Procopius höchst eigenhändig enthauptete. Dabei gab es beim Ausmerzen von Verschwörern vermutlich den einen oder anderen tragischen Irrtum. Beispielsweise bleibt unklar, ob der im Jahr 326 hingerichtete Mitkaiser Crispus tatsächlich gegen seinen Vater Konstantin den Großen intrigiert sowie dessen neuer Ehefrau Fausta nachgestellt hatte. Möglicherweise war das Ganze eine Intrige von Crispus' Stiefmutter zum Vorteil ihrer Sprösslinge.

Zwei mit Sicherheit geschehene sexuelle Übergriffe wurden zwei anderen Herrschern zum Verhängnis. So starb der extrem zügellose Carinus durch die Hand eines Wachoffiziers, dessen Frau er vergewaltigt hatte. Ebenso traf es den schwächlichen und korrupten Valentianus III. Der schändete Lucina, die Gattin des Senators und späteren Kaisers Petronius Maximus. Daraufhin heuerte dieser zwei skythische Auftragsmörder namens Optelas und Thraustelas an, die den Herrscher am 16. März 455 ins Jenseits beförderten – so berichtet es der antike Historiker Priscus.

Doch Petronius sollte seinen Sieg nur kurze Zeit überleben. Da ihn die römische Bevölkerung für das Heranstürmen der Vandalen verantwortlich machte, kam es nur zweieinhalb Monate später zur öffentlichen Steinigung des neuen Imperators, der sein Heil in der Flucht suchen wollte; anschließend landete die verstümmelte Leiche im Tiber. Noch grausamer waren freilich die Todesumstände des an sich recht ehrenhaften, aber nicht formell von Ostrom anerkannten Kaisers Johannes. Der endete ganz jämmerlich im Circus von Aquileia, nachdem er durch Verrat in die Hände der „Konkurrenz" gefallen war. Erst musste der gestürzte Herrscher zum Gaudi der Massen auf einem Esel durch die Arena reiten und dabei diverse schwere Misshandlungen erleiden, dann schlug man ihm eine Hand und am Ende auch noch den Kopf ab.

Typisch für die Endphase des Römischen Reiches waren freilich Morde, bei denen Heerführer wie der Hispanier Flavius Ricimer als Drahtzieher auftraten. Allein auf das Konto dieses Mannes, der zwischen 457 und 472 nach Gutdünken Imperatoren einsetzte oder fallen ließ, geht die Beseitigung der Kaiser Majorianus und Anthemius sowie höchstwahrscheinlich auch von Libius Severus III.

Danach obsiegte die christliche Milde. Der letzte Throninhaber Westroms, Romulus Augustus, überlebte das Ende seiner Herrschaft unversehrt und kam sogar in den Genuss einer generösen Abfindung. *Wolfgang Kaufmann*

30 Jahre Lüge und Vertuschung

Der Tod des Politikers Uwe Barschel soll der Öffentlichkeit bis heute als Selbstmord verkauft werden

Eine Affäre, die vor drei Jahrzehnten während der Landtagswahl im nördlichsten Bundesland Schleswig-Holstein begann, versetzte wenige Wochen später mit der Nachricht vom gewaltsamen Ende des 43-jährigen Politikers Uwe Barschel die Welt in helle Aufregung. Bis heute ist der Fall wie eine offene Wunde, die nicht heilen kann, weil die Wahrheit nicht ans Licht darf.

Nach einer Bilderbuchkarriere bis zum jüngsten Ministerpräsidenten eines Landes, der sogar als Nachfolgekandidat für den alternden Bundeskanzlers Helmut Kohl gehandelt wurde, kam der Absturz des Hoffnungsträgers Uwe Barschel dem Verglühen einer Supernova gleich – menschlich wie politisch eine Katastrophe, zu deren verhängnisvollen Folgen auch gehört, dass der dunkle Stern einer späteren Kanzlerin Angela Merkel überhaupt aufgehen konnte.

Aber weil die Tragweite der Ereignisse damals keiner ahnen konnte, bleibt es ein erstaunliches Phänomen, dass das Geschick eines Politikers aus dem kleinen Schleswig-Holstein als ein Welterеignis wahrgenommen wurde, nicht selten sogar verglichen mit der Tragödie um John F. Kennedy zweieinhalb Jahrzehnte zuvor. Das Jahr 1987 war eine Zeit des großen Umbruchs. Der Zerfall des Sowjetimperiums kündigte das Ende des Kalten Krieges an. Am Persischen Golf wurde seit vielen Jahren ein Stellvertreterkrieg zwischen dem Iran und dem Irak mit Verbissenheit geführt. Im Zentrum der großen Welterdöl-Reserven sollten sich zwei Regionalmächte zugunsten Dritter gegenseitig ausbluten.

Spürten die Menschen, dass es einen tieferen Zusammenhang gab zwischen den epochalen Erschütterungen und dem Leben und Sterben des Politikers Barschel? Diesen Zusammenhang gab es tatsächlich: Uwe Barschel war nicht nur Zuschauer des großen Weltgeschehens, er war unvermittelt auch zum Akteur geworden. Wie und warum, darüber soll das Publikum möglichst gar nichts erfahren.

Am Morgen des 11. Oktober 1987 wurde in einer Badewanne des Genfer Nobelhotels Beau Rivage der bekleidete Leichnam des jungen Politikers gefunden. Bereits über die Umstände des Auffindens verflechten sich im Minutentakt neue Gerüchte, Nachrichten und gezielte Falschmeldungen zu einem schier unentwirrbaren Knäuel. Was war geschehen? Vor allem fragte sich die verstörte Öffentlichkeit: War Barschel ermordet worden oder hatte er sich das Leben genommen?

Über diese Frage wird bis heute gestritten – Scheingefechte sind es, die davon ablenken sollen, dass die Antwort seit Langem feststeht. Sie war schon drei Tage nach dem Tod von Genf der „Basler Zeitung“ („BaZ“) zu entnehmen, in der wörtlich zu lesen stand:

„Nach sehr zuverlässigen Informationen, welche die BaZ bekam, haben die politischen und die Justizbehörden von gewichtiger deutscher Seite und über mehrere Kanäle den Wunsch übermittelt bekommen, dass es in aller Interesse wäre, wenn man diesen Fall als Selbstmord einstufen könnte.“

Da war sie doch, die Lösung des Rätsels, nach der die Weltpresse gelechzt hatte. Die gezielte Indiskretion durch die angesehene „BaZ“ hätte ein Alarmsignal sein müssen und Startschuss für journalistische Fragengewitter an die Adresse der Regierungen, die deutsche und die schweizerische samt ihren Behörden. Im Wettlauf der Recherchen waren die Indizien für einen Mord sorgsam zu registrieren und auszuwerten. Und es gab nicht nur Indizien, sondern Fakten in Fülle, die klar auf Mord wiesen.

Nichts dergleichen geschah – bis auf eine bemerkenswerte Ausnahme: Die „Bild“-Zeitung brachte das Zitat, was beweist, dass es der gesamten Journaille bekannt war. Aber wie in verabredeter Komplizenschaft und nach Art der Lemminge liefen die Vertreter der Vierten Macht im Staate fortan nur noch in die „von gewichtiger deutscher Seite“ vorgegebene Richtung. Sie stöberten Verfehlungen des Verstorbenen nach, suchten nach dunklen Flecken in seiner Vita, sammelten alles, was Suizid plausibel machen könnte; und weil das nicht recht gelingen wollte, verstieg sich die Desinformation zur These Selbstmord mit Sterbehelfer, das sei es wohl gewesen.

Die etablierten Sender und Gazetten machten sich die Arbeit nicht unnötig schwer. Zu ihrem unbestrittenen Meinungsführer war das Nachrichtenmagazin aus Hamburg avanciert, in dem zum Thema immer schon fast alles geschrieben stand. Die Kompetenz des „Spiegel“ galt als über alle Zweifel erhaben, kam seinen Rechercheuren doch das alleinige Verdienst zu, den Ministerpräsidenten gestürzt zu haben. In der Tat. Zielgenau kurz vor dem Sonntag der Landtagswahl vom 13. September 1987 hatte der „Spiegel“ bekanntlich eine Granate explodieren lassen. Die Sprengkraft war ungeheuerlich. Sie entschied die Wahl zugunsten der SPD-Opposition, vernichtete die Reputation des CDU-Politikers – und ließ eine verstörte Gesellschaft zurück.



Offene Wunde: Polizisten transportieren den Leichnam von Uwe Barschel ab Bild: Pascal Volery/AP/dapd

In der Titelgeschichte „Barschels schmutzige Tricks“ beschuldigte der „Spiegel“ den Regierungschef, er habe eine verdeckte Kampagne inszeniert, um seinen SPD-Herausforderer Björn Engholm im Wahlkampf aufs übelste zu verleumden und per Psychoterror komplett zu erledigen. Die monströse Anschuldigung aber war von a bis z beweisbar falsch. Dass sie nichts desto weniger von einem Großteil der Öffentlichkeit für wahr gehalten wurde und immer noch wird, macht die 30 Jahre alte Affäre zum bis heute anhaltenden Skandal. In besagter Titelgeschichte hatte der „Spiegel“ nicht etwa eigene Rechercheergebnisse veröffentlicht. Die Redaktion war einem dubiosen Informanten namens Reiner Pfeiffer aufgesessen, der in den Augen der Magazinmacher nicht ganz unglaubwürdig daher kam, da er sich selbst auch mit beschuldigte: Er habe die Gaunereien ausgeführt, aber nicht aus eigenem Antrieb, sondern als Werkzeug Barschels, behauptete er.

Dass der inzwischen verstorbene Pfeiffer Werkzeug war, trifft zu, wenn auch nicht Werkzeug Barschels. Ein von einem SPD-Politiker geleiteter Parlamentarischer Untersuchungsausschuss kam Mitte der 90er Jahre zweifelsfrei zum Ergebnis, Barschel habe in seiner berühmt-berüchtigten Ehrenwort-Pressekonferenz nicht gelogen, als er die Anwürfe „allesamt erstunken und erlogen“ nannte. Der Ausschuss sah es als erwiesen an, dass Pfeiffer nicht im Auftrag Barschels gehandelt, dass er ganz im Gegenteil mit seinen Scheinattacken und deren Enthüllung am Vorabend der Wahl den vermeintlich Angegriffenen zum Opfer verklärt habe. Für diese Dienste, die den kurz zuvor noch abgeschlagenen Engholm auf den Sessel des Ministerpräsidenten hievten, erhielt Pfeiffer denn auch den Judaslohn: Ein SPD-Abgesandter steckte ihm nächtens bei heimlichen Treffs an der Autobahn zweimal einen braunen Umschlag mit jeweils 25000 D-Mark – einmal in gebrauchten, beim zweiten Mal in druckfrischen Scheinen – zu.

Wie diese Verschwörung aufgedeckt und gerichtsfest bewiesen wurde, das wäre eine eigene Geschichte. Auch die Tatsache, dass Pfeiffer nicht nur zum Nutzen der SPD sein Unwesen getrieben hat, kann in einem Zeitungsbeitrag nur festgestellt, nicht aber ausführlich dargestellt werden. Die wahren Auftraggeber Pfeiffers werden in dem viel zu wenig gewürdigten Buch des ehemaligen Agenten beim israelischen Geheimdienst Victor Ostrovsky „Geheimakte Mossad“ genannt. Es sind die Kreise aus dem Schattenreich der „Dienste“, die Barschel erst von der politischen Bühne und dann auch aus dem Leben gefegt haben. Verschwörungstheorie? Wir werden sehen.

Schon Monate vor Beginn des Wahlkampfs wird der Ministerpräsident von einem Vertrauten aus dem Innenministerium darüber informiert, dass die deutschen Dienste eine streng geheime Aktion abschirmen, die Ausbildung iranischer Soldaten zu Kampfpiloten durch israelische Fluglehrer. Barschel ist überrascht. Als er dann noch erfährt, dass, auch hinter seinem Rücken, von Häfen in seinem Bundesland Kriegsgerät aus Israel mit umfrisiertem Absender in den Iran geliefert wird, platzt ihm der Kragen. Die Waffenlieferungen an die Kriegspartei Iran, während der Feindstaat Irak gleichzeitig von den USA beliefert wird, verstößt gegen alle einschlägigen Regeln des Völkerrechts und gegen das deutsche Grundgesetz.

Barschel untersagt die illegalen Transfers – und spricht damit sein Todesurteil. Ein holländischer Auftragskiller kommt nicht zum Schuss, weil ihn kurz zuvor ein Herzinfarkt ereilt. Bei einem Flugzeugabsturz in Lübeck-Blankensee sterben beide Piloten und der Personenschützer; als einziger überlebt Barschel schwer verletzt. Die Justiz hat zu alldem angeblich nichts zu sagen, wie immer, wenn die Regieanweisung aus der Kulisse kommt.

Der Tod hat die Aussage verhindert, mit der Uwe Barschel über die Hintergründe seines Sturzes informieren wollte, in aller Öffentlichkeit vor einem Parlamentsausschuss. Vier Wochen nach ihm starb sein Vertrauter aus dem Innenministerium, Staatssekretär Joachim Knack, der diese Hintergründe auch kannte, ebenfalls einen Tag, bevor er seine Aussage vor nämlichem Ausschuss machen wollte.

Die bis heute nicht erfolgte juristische Aufklärung der sogenannten Affäre Barschel liegt nicht am Fehlen von Beweisen. Auch hat es nicht an gutem Willen gemangelt, und auch nicht an den Fähigkeiten der Ermittler. Bewundernswerte Arbeit haben etwa der Schweizer Toxikologe Hans Brandenberger wie auch die Kieler Wissenschaftler vom Landeskriminalamt geleistet. Letztlich aber waren alle Bemühungen zum Scheitern verurteilt, weil die regierungsabhängige deutsche Justiz nicht leisten darf, was die Gesellschaft von unabhängiger Rechtsprechung mit Fug und Recht erwarten darf – und weil die Medien verschweigen, was mitzuteilen ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit wäre.

Wolfram Baentsch

Der Verfasser dieses Artikels ist Autor des 2006 in München erschienenen Buches „Der Doppelmord an Uwe Barschel. Die Fakten und Hintergründe“.



Der Moment der Woche

Was diese 23-jährige Dame mit ihren grün-grauen Augen über Kimme und Korn anvisiert, wird treffsicher unter Beschuss genommen. Davor und danach fliegt sie nur so über die Schneepisten: Laura Dahlmeier ist eine sensationell gute Biathletin. Beim Sportmix aus Schießen und Skilanglauf gewann sie bislang sieben Weltmeistertitel. Die Saison 2016/17 endete mit ihrem Weltcupgesamtsieg. „Sie ist die Heldin des Sport-Winters“, weiß nicht nur der „Münchener Merkur“. Das Erfolgsgeheimnis des Schneemädchens aus Garmisch-Partenkirchen? Das sei ihre Verwurzelung mit der Heimat, bekannte sie in einem Interview. Dazu passt auch ihr Musikgeschmack. Sie steht auf bayerischen Mundart-Pop. *FH*

Sand und Salz

Die deutsche Hysterie um den Feinstaub

Zunächst ein Vergleich: 80 Mikrometer misst die normale Dicke eines Blattes Papier. Zehn Mikrometer und kleiner ist der sogenannte Feinstaub. Dieses Maß wurde gewählt, weil größere Partikel beim Menschen größtenteils an den Nasenhärchen oder den Schleimhäuten des Nasen-Rachenraums hängen bleiben. Alles was kleiner ist, kann eingeatmet werden. – Keine schöne Vorstellung, zumal ein Mensch durchschnittlich 20000 Liter Luft täglich durch seine Lungen pumpt. Der Mikro-Schmutz ist also bestens geeignet, Ängste zu wecken. Das wird derzeit kräftig getan. Feinstaub war in Deutschland, laut Weltgesundheitsorganisation (WHO), allein im Jahr 2012 angeblich für 26160 Todesfälle verantwortlich. Er beeinträchtigt Kreislauf und Atemwege. Für Krebs, Diabetes und etwa einem Dutzend anderer Krankheiten soll er mitverantwortlich sein. Als Verursacher der Kleinstpartikel stehen derzeit vor allem Dieselfahrzeuge in der Diskussion. Der Bund für Umwelt- und Naturschutz (Bund) fordert bereits ein Verkaufsverbot.

So weit so schlimm. Wer allerdings genauer aufs staubige Geschehen schaut, erblickt – sobald sich das Auge an die trübe Gemengelage aus Fakten, Hysterie und Unwahrheiten gewöhnt hat – eine völlig andere Sachlage. „85 Prozent der weltweit in die Atmosphäre eingetragenen Feinstaubmasse stammen aus natürlichen Quellen“, erklärt etwa Andreas Held, Professor für Atmosphärische Chemie an der Universität Bayreuth. Aufgewirbelte und vom Wind tausende Kilometer weit getragene Sandkörner aus der Wüste zählen ebenso dazu wie Salzpartikel, die von den Meeren in die Atmosphäre abgegeben werden. Kein Mensch weiß zudem, wie gesundheitsschädlich die Situation in Deutschland tatsächlich ist. Die scheinbar bis auf das einzelne dahingeschiedene Menschenleben genauen Zahlen der WHO beruhen auf statistischen Annahmen, die unter den Augen erfahrener Mathematiker umgehend zu feinstem Staub zerbröseln. Viele Experten vermuten, dass es vor allem darum geht, der deutschen Auto-Industrie zu schaden.

Martin Hetzel, Chefarzt für Lungenheilkunde in Stuttgart, platzte jetzt der Kragen. „Von einer ungerechtfertigten Beunruhigung der Bevölkerung“, sprach er in den „Stuttgarter Nachrichten“. Hohe Cholesterinwerte und mangelnde Bewegung seien gesundheitsschädlich. Zwischen Feinstaubpartikel und Sterberate aber gebe es nun einmal keinen direkten Zusammenhang. *Frank Horns*

»Am Rande der syrischen Abgründe«

Miteinander, nebeneinander und gegeneinander versuchen Christen und Moslems im Libanon zu bestehen

In Syriens Nachbarland Libanon leben ein Drittel Christen und zwei Drittel Muslime. Es gibt Schiiten, Sunniten, Drusen, Maroniten, Griechisch-Orthodoxe, Griechisch-Katholische, orthodoxe und katholische Armenier. Es gibt zahllose Raketenstellungen, tausende fanatische moslemische Hisbollahkämpfer und christliche Universitäten, die bombensicher fünf Stockwerke unter der Erde gebaut wurden – ein Land direkt am Abgrund.

Majestätisch ragen die weißen Gipfel des Libanon in den blaugrauen Himmel. Seit Dezember liegen die Höhenrücken in Schnee gehüllt und nun strahlen sie im klaren Licht, zur Freude der Skifahrer und zum Leid der Waffenschmuggler, die oft die Pässe der Bergzüge des Libanon nutzen.

Ältere Libanesen, Christen zumal, erinnert der Anblick aber an Gedichte des Nationaldichters Charles Corm und sein Mitte der 30-er Jahre erschienenes Werk „La Montagne inspirée – Berge voll Geist und Gedanken“. Corm, gestorben 1963, besang die Geschichte seiner phönizischen Heimat und schrieb ahnungsvoll die Zeilen: „Wenn ich der Vorfahren gedenke ..., wie sie vor Christentum und Islam, vereint als Volk ... , den Ruhm der Städte vermehrt, so hoff' ich, dass künftig der Glaube uns eine.“

Die Hoffnung des Dichters fand im Bürgerkrieg zwischen 1975 und 1990 ein grausames Ende. Die einstige Einheit des phönizischen Heidenvolkes wurde durch den Glauben, genauer: durch den Islam, im Kern gespalten. Symptomatisch und Ironie der Geschichte: Der Keil heißt Hisbollah, Partei Gottes.

Die Einheit des Landes ist nur noch eine formale Hülle. Ein neuer Bürgerkrieg droht. Zwar ist mit der Wahl des Präsidenten Ende Oktober die Hülle notdürftig geflickt. Das Amt übernahm Michel Aoun, der alte Haudegen und General, der in den 80-er Jahren den Syrern trotzte, dann ins Exil gehen durfte, während 15000 christliche Soldaten und Offiziere hingerichtet wurden. Nun hat er sich mit der Hisbollah verbündet.

Aber die „Partei Gottes“ hängt am Tropf des theokratischen Regimes in Teheran und der 82-jährige Aoun ist nur eine Marionette im Machtspiel der Mullahs. Die Hisbollah bezieht Waffen und Geld aus dem Iran. Gelegentlich werden Waffenlieferungen noch vor der Ankunft im Libanon zerstört, wenn Israel die Raketen als zu gefährlich für die eigene Sicherheit einschätzt. So geschah es schon mehrfach in den letzten Monaten. In der Nähe des Flughafens in Damaskus und auf der Straße nach Beirut detonierten in gewaltigen Explosionen die Lieferungen aus Teheran. Auch in Grenznähe lässt Israel nichts anbrennen, einige Anschläge wurden vereitelt und mit Drohnen beobachtet die israelische Armee die Bewegungen im Norden des Nachbarlandes.

Die Aufrüstung der Hisbollah ist enorm

Aber selbst Israel kann die Wühlarbeit unter der Erde nicht kontrollieren. Der Süden des Libanon ist ein Tunnellabyrinth und eine Art Maginot-Linie Irans gegen Israel mit zahllosen Bunkern und kleineren Raketenstellungen. Die Aufrüstung der Hisbollah ist enorm. Schlimmer aber ist die Gefahr, die von den kampferprobten Söldnern der schiitischen Miliz ausgeht. In Beirut erfährt man vermutlich am schnellsten, was wirklich in Syrien und Aleppo geschieht. Im Moment geht die Angst um, dass die rund 7000 Hisbollah-Schergen zurückkehren und in Beirut und im Libanon ähnliche Massaker anrichten wie in Aleppo.

Nach Zeugenaussagen sollen die Hisbollah-Kämpfer am grausamsten in Aleppo gewütet haben. Demnach haben sie ganze Familien in ihren Häusern verbrannt, Massenexekutionen gegen Zivilisten verübt, Rettungsaktionen für Verschüttete verhindert. Die Furcht ist groß, dass die Mullahs in Teheran ihren Hilfstruppen freie Hand im Libanon lassen oder sogar befehlen, die Macht im Land ganz zu übernehmen. Die libanesische Armee hätte dem nichts entgegenzusetzen, sie ist von der Hisbollah unterwandert und ihre schwere Bewaffnung – finanziert von Saudi-Arabien und Frankreich – wird zum Teil gerade in Syrien eingesetzt.

Die libanesischen Christen bereiten sich auf Attentate und Übergriffe bereits vor. Auch sie rüsten auf, haben allerdings weniger Mittel. Sie sehen eine Lösung der Krise nur in einer Teilung Syriens. Die rund zwei Millionen Alawiten seien zu schwach, um dauerhaft ganz Syrien mit den 17 Millionen Sunniten zu beherrschen. Zwar wird das Regime Assads vom Iran und den Russen gehalten, aber Moskau will sich nicht in einem Bürgerkrieg mit hohem Blutzoll und ohne Ende engagieren.

Samy Gemayel, einer der führenden Köpfe der libanesischen Christen, dessen Onkel Baschir Gemayel als gewählter Präsident von den Syrern 1982 ermordet worden war, sieht sein Land vom Westen verlassen. Die UNO sollte Sicherheitszonen an den Grenzen zu Syrien einrichten. Das wäre billiger als die Unterstützung der Flüchtlinge in Drittstaaten. Aber der Westen habe „Libanon dem Iran geschenkt“. Dieser wolle ein schiitisches Großreich errichten, das sich vom Iran über den Irak und Syrien bis an das Mittelmeer zieht und den Libanon einverleibt. Ähnlich sieht man die Lage in Israel, aber in Washington hatte man sich unter Obama auf die Mullahs eingelassen. Seit der Aufhebung der Sanktionen sind viele Milliarden Dollar nach Teheran geflossen. Sie werden zur Unterstützung der Hisbollah und für Waffenkäufe zum Beispiel in Moskau verwandt.

Die libanesischen Christen fühlen sich verlassen und auf sich selbst gestellt. Auch von Trump erwarten sie nicht viel. Die Flüchtlingsfrage kommt hinzu. Das Land ist völlig überfordert. Jeder vierte Mensch auf libanesischem Boden ist ein Flüchtling. Insgesamt sind es 1,5 Millionen.

Weit mehr als 10000 aus Aleppo, Homs oder Damaskus haben zum Beispiel in Zahle in der Bekaa-Ebene Zuflucht gefunden. Oft kamen sie nur mit dem, was sie auf dem Leib hatten. Die Kirche dort, selbst arm, nahm sie auf. Der griechisch-katholische Erzbischof, Issam Darwish, sagt: „Das päpstliche Hilfswerk ‚Kirche in Not‘ ist das erste, das Hilfe angeboten hat. Sonst sind wir allein.“

Der Erzbischof hat eine Tafel für die Armen, Verlassenen und Hungernden einrichten lassen. Dort bekommen täglich 500 Notleidende eine warme Mahlzeit. Es sind Kinder, Arme, Flüchtlinge, all die Verletzten an Leib und Seele. Priester und Helfer aus der Gemeinde kümmern sich auch um die seelische Not. „Zahle soll ein Ort der Barmherzigkeit werden, am Rand der syrischen Abgründe von Hass und Gewalt.“

Festgekrallt im Berg des Geistes

Bischof Issam steht für viele Libanesen. Sie geben nicht auf. Sie wissen, dass die Einheit des Landes zwar für die Hisbollah eine Frage der Unterwerfung der anderen Volksgruppen ist, aber Drusen, Sunniten und Christen wollen sich nicht unterwerfen. Sie wissen, dass dies das Ende ihrer Religion im Libanon bedeuten würde. Ihr Fortbestehen in diesem Land ist eine Frage des Widerstandes, notfalls auch der militärischen Guerrilla. Bildung ist ebenso wichtig. Das ist vor allem den Christen klar. Sie bauen Schulen und Universitäten. Eine, die Universität von Kaslik, geführt vom Orden der maronitischen Mönche, geht in die Tiefe. Fünf Stockwerke in die Erde sind die Labors der Naturwissenschaften und Vorlesungsräume gebaut, tief genug, damit Bomben ihr nichts anhaben können. Es ist ein Sinnbild für die Existenz der Christen im Libanon: Festgekrallt im Berg des Geistes.

Mit Sorge schauen die libanesischen Christen nach Genf. Dort treten die Syrien-Verhandlungen auf der Stelle. Das wundert auch niemanden der Beteiligten. Alle wissen: Wir ziehen hier die große Show der Stellvertreter ab. Denn entschieden wird die syrische Frage in Moskau, Teheran, Jerusalem und Washington. Alle Teilnehmer in Genf hängen in der einen oder anderen Weise von den Machthabern in diesen Hauptstädten ab. Und diese Kontrahenten belauern sich. Teheran droht sogar mit Krieg. Dieses Säbelrasseln gehört zur Show und generell zu Nahost. Aber diesmal kann es tatsächlich zu einem neuen Waffengang führen und zwar über Syrien hinaus auf libanesischem Boden.

Scheich Nasrallah, der Chef der schiitischen Terrororganisation Hisbollah, die in Syrien an der Seite Assads gegen die Aufständischen kämpft und im Libanon mit mehreren Ministern in der Regierung sitzt, hat laut damit gedroht, mit modernsten Raketen den Nuklearreaktor Israels, Dimona, sowie die Raffinerie-Anlagen und die Wasserversorgung zu vernichten. Israel nimmt das nicht auf die leichte Schulter. Erst recht nicht, seit Präsident Aoun ebenfalls mit Krieg droht. Wenn nun Teheran der Hisbollah den Befehl zum Angriff geben sollte, um mit einem Krieg vom Libanon aus von ihren Atomplänen abzulenken, kann es zu einem gewaltigen Schlagabtausch kommen. Experten rechnen mit einem Schlag Israels gegen die Hisbollah schon jetzt im Frühling. Möglicherweise wird es auch ein Doppelschlag, gegen die Hisbollah und gegen die Hamas. Niemand weiß, wie Russen und US-Amerikaner dann reagieren. Aber die libanesischen Christen wissen: Wir werden hier bleiben, wir lassen uns nicht vertreiben, wir waren schon lange vor dem Islam hier, diese Berge voll Geist und Gedanken sind unsere Heimat. *Jürgen Liminski*



Katholische Kirche des Heiligen Paul oberhalb der libanesischen Stadt Jounieh Bild: Ullstein

Das Ostpreußenblatt

Nr. 14 – 7. April 2017

MELDUNGEN

Kurorte werden gefördert

Goldap/Heilsberg/Liebemühl – Die drei südlichen Orte erhalten Zuschüsse zum Ausbau einer Kurort-Infrastruktur, in der Summe über zwei Millionen Euro. Durch den entscheidenden Wettbewerb bei der Woiwodschaftsverwaltung erhält die Stadt Goldap den höchsten Zuschuss, zirka 1,7 Millionen Euro, weil sie die einzige Stadt im südlichen Ostpreußen ist, die bisher schon den Status eines Kurortes hat. Bis zum Ende des kommenden Jahres entstehen im Stadtzentrum neue Gehwege, und die Straßen erhalten einen neuen Belag. Gefördert werden auch die sogenannte „kleine Architektur" und ein Kletternetz. Entlang der Bahnhofstraße entsteht ein Fußgänger- und Radfahrerweg, der die Kurpromenade mit dem östlichen Radfahrerweg „Green Velo" verbindet. Zuschüsse wurden auch den zwei Städten bewilligt, die im vergangenen Jahr als ein „Bereich der Gesundheitspflege" anerkannt wurden. Künftig, nach Ausbau der entsprechenden Infrastruktur, darunter Heilbetriebe, können sie sich um eine Anerkennung als Kurort bemühen. Heilsberg erhielt 284 000 Euro für die Revitalisierung des im Simser-Tail gelegenen Parks. Der Gemeinde Liebemühl wurden für die Schaffung des Kur-Waldparks gerade einmal 111 000 Euro bewilligt, den die Einwohner und künftige Kurgäste nutzen können. *PAZ*

3000 Mal Königin Luise

Moskau – Die russische Zentralbank gibt in diesem Jahr eine silberne Gedenkmünze mit dem Motiv der Tisiter Königin-Luise-Brücke heraus. Sie bildet den Auftakt zu einer Serie über die „Denkmäler der Architektur Russlands" und soll zu einem Nennwert von drei Rubeln mit einer Auflage von „bis zu 3000 Stück" erscheinen. *T.W.W.*

Retortenbabys aus Königsberg

Königsberg – Die Gebietsregierung des Könisberger Gebiets hat den Bau einer Klinik für künstliche Befruchtung an der Königsberger Kastanienallee beschlossen. Das Haus ist als Filiale des Internationalen Zentrums für Reproduktionsmedizin konzipiert und soll Leistungen aus dem gesamten Spektrum der Kindeswunscherfüllung anbieten. Russland bietet hierfür angesichts menschlicherer Gesetze weitaus bessere Voraussetzungen als die meisten europäischen Staaten und insbesondere als die Bundesrepublik Deutschland. Die Einrichtung richtet sich ausdrücklich auch an ausländische Kunden und soll ihre Leistungen im Vergleich zu den benachbarten Mitbewerbern in Danzig und Minsk zu günstigeren Preisen anbieten. Eine Aufnahme des Klinikbetriebs ist bereits für das kommende Jahr geplant. *T.W.W.*

»Die erste, aber nicht die letzte Demo«

Einige Hundert Menschen prostestierten in Königsberg gegen korrupte Kommunalwirtschaft

Auf die russlandweiten Protestaktionen vom 26. März folgten in Königsberg wie auch in anderen Städten weitere kleinere Demonstrationen. Am vergangenen Wochenende protestierten in der Pregelmetropole mehrere hundert Menschen gegen die aktuellen Tarife für kommunale Dienste.



Verzweifelte Menschen auf der Demo in Königsberg: „Gouverneur. Wir sind aus Ragnit, wo totale Arbeitslosigkeit herrscht. Wie sollen wir die Kommunalabgaben zahlen?!" steht auf dem Plakat

Das zurzeit sensibelste Thema im Könisberger Gebiet ist die Korruption in den Behörden der Kommunalen Wohnungswirtschaft. Weil diese als äußerst ungerecht und verbreitet empfunden wird, organisierte die regionale Abteilung der Kommunistischen Partei am vergangenen Wochenende eine Protestaktion. Unter den Teilnehmern waren vor allem Rentner, Menschen in mittlerem Alter, aber auch Kinder. Die Organisatoren hatten sich allerdings nicht auf nur feurige Reden beschränkt, sie hatten für musikalische und unterhaltende Umrahmung gesorgt. Neben Wirtschaftsspezialisten kamen auch junge Teilnehmer zu Wort, die auf der Bühne selbst verfasste Gedichte verlasen, die, wie das von Michail Dal, zur Rührung beitrugen.

In seinem Gedicht wendet der Junge sich an die „Onkel Oligarchen", die der Oma, die von einer mickrigen Rente leben muss, das letzte Geld aus der Tasche ziehen. Er fordert die Oligarchen auf, etwas weniger schwarzen Kaviar zu konsumieren und ihre Paläste bescheidener zu gestalten und stattdessen einmal die Oma zu besuchen und sich darum zu kümmern, dass deren Rente steigt. „Ehrt ihr nicht den Pensionsfonds, gründen wir mit Oma die Rentnerfront." Mit seinen vorgetragenen Versen traf der Junge die Anwesenden ins Herz.

Da die meisten Demonstrationsteilnehmer älter waren und sie nicht so lange bei den roten Fahnen stehen konnten, besetzten sie alle Bänke auf dem Wassiljewskij-Platz und in der Umgebung, genossen die Sonne und unterstützten von dort aus mit stürmischem Beifall den Verlauf der Protestaktion.

Was regt die Königberger an der Kommunalen Wohnungswirtschaft derart auf, dass sie dafür auf die Straße gehen?

Anfang des Jahres sind eine Reihe neuer Bestimmungen in Kraft getreten, die als ungerechnet empfunden werden. Als es noch keine Wasserzähler in den Wohnungen gab, konnten Mieter eine Neuberechnung verlangen, wenn sie sich für mehr als fünf Tage nicht in der Wohnung aufgehalten hatten. Dafür genügte es, einen Beleg in Form einer Kopie des Reisepasses oder abgestempelte Fahrkarten vorzulegen. Mit der Vertragsänderung wird die Gebühr nun immer fällig, unabhängig davon, ob der Wohnungsinhaber sich in der Wohnung aufhält oder nicht. Selbst, wenn eine Wohnung leer steht, muss der Eigentümer die Gebühr bezahlen.

Vor allem Rentner fühlen sich betrogen

Viele Eigentümer haben versucht, dem durch die Installation von Zählern entgegenzuwirken. Ein Messgerät kaufen, es anschließen und dann zur Registrierung beim kommunalen Unternehmen „Wodokanal" anmelden, so war der Plan. Doch so einfach geht das nicht: Zeigt der Zählerstand Null, weil beispielsweise kein Wasser verbraucht wurde, fällt automatisch eine Gebühr in Höhe des durchschnittlichen Verbrauchs an. Doch dieser wird viel zu hoch angesetzt.

Darüber hinaus gab es in Königsberg kürzlich einen Vorfall, bei dem Mietern einer Wohnung mit Zähler viel höhere Gebühren als solchen ohne Messgerät abgeknüpft wurde. Außerdem muss seit diesem Jahr eine allgemeine Gebühr für den Erhalt eines Gebäudes gezahlt werden, die sich nach der Größe der Wohnung richtet. War die Abrechnung bisher aufgeteilt in Gebühren für Kalt- und Warmwasser, Gas und Strom, so haben diese jetzt keine Bedeutung mehr. Eigentümer von Mehrfamilienhäusern, die Zähler installiert haben, haben somit ihr Geld in den Sand gesetzt.

Die allgemeine Gebühr treibt seltsame Blüten. Es ist vorgekommen, dass für eine Lampe im Hausflur, für die jeder Mieter des Hauses Gebühren zahlt, die Kosten höher ausfallen als die für den gesamten Strom der gesamten Wohnung eines Mieters. Die Verwaltung der Kommunalbetriebe kommentierte lapidar: „So ist nun mal die Norm."

Auf den Rechnungen tauchen völlig neue Posten auf, die niemand versteht. Selbst Beamte der Stadtverwaltung mussten zugeben, dass sie die Abrechnungen nicht richtig erklären können. Die Bezeichnungen sind so verwirrend, dass sogar der Vorsitzende des Komitees für die Königsberger Kommunalwirtschaft Jurij Kondratjew bekannte, nicht mal seine eigene Abrechnung zu verstehen.

Eine Neuerung wurde auch für säumige Zahler eingeführt. Wer seine Rechnung für Wasser, Gas oder Strom nicht begleicht, wird von der Versorgung abgeschaltet, und zwar nur nach einmaliger Warnung, die nicht mehr per Brief erfolgen muss. Es reichen eine einfache E-Mail, SMS oder ein Anruf, 20 Tage vor der beabsichtigten Abschaltung.

Deshalb erklärten die Teilnehmer der Demonstration, dass es die erste in diesem Frühjahr gewesen sei,, aber nicht die letzte.

Jurij Tschernyschew

Allensteiner Museum zeigt virtuelle Karte

Im Internet abrufbar: Archäologische Stätten, die in den vergangenen 100 Jahren in Ostpreußen entdeckt wurden

Seit Anfang dieses Jahres stellt das Museum von Ermland und Masuren im Netz eine archäologische Karte von Allenstein und Umgebung zur Verfügung. Einige Hundert archäologische Stätten sind dort markiert, die in den vergangenen 100 Jahren entdeckt wurden. Eine virtuelle Karte ermöglicht das Auffinden dieser Orte und der dort entdeckten Denkmäler.

Die Karte steht auf der Website des Museums zur Verfügung. Dort sind zirka 400 archäologische Stätten markiert, die in Allenstein und Umgebung entdeckt wurden. Sie umfasst ein Gebiet mit einer Gesamtfläche von 200 Quadratkilometern. Es ist eine Dokumentation menschlicher Spuren in der Region seit der Steinzeit. Die Karte ist in Epochen aufgeteilt. Sie erinnert daran, dass die ersten Menschen im Mesolithikum in der Nähe des heutigen Allenstein lebten. Es waren einige Gruppen von Jägern und Sammlern. Aus dieser Zeit existieren heute nur wenige Zeugnisse wie ein Elchgeweih, das in Neukirch Höhe, der heutigen Siedlung Podgrodzie, gefunden wurde. Die Karte zeigt auch archäologische Funde aus dem Neolithikum, der Bronzezeit, der Früheisenzeit, der Latènezeit, der Römerzeit und der Völkerwanderung im frühen und späten Mittelalter bis zur Neuzeit. Sie wird regelmäßig ergänzt und erweitert. Das Ziel ist, Informationen über mehrere tausend Denkmäler zu bieten. Das Museum wird auch die Originalvorkriegsurkunden des Heimatmuseums Allenstein zeigen, die oft die einzigen erhaltenen Reste der vor 1945 durchgeführten Ausgrabungen sind.

Die virtuelle Karte konnte dank einem Abgleich in Polen und im Ausland erstellt werden. Das Projekt wurde innerhalb von drei Monaten abgeschlossen. Es wurde durch das Ministerium für Kultur und Nationales Erbe finanziert.

Das Museum von Ermland und Masuren organisierte Anfang des Jahres außerdem eine Ausstellung der neuesten Exponate. Dies waren die interessantesten von über 800 Erwerbungen im vergangenen Jahr. Darunter befinden sich mittelalterliche Fesseln, ein einzigartiger römischer Denar und Goldanhänger aus dem 2./3. Jahrhundert. Die Mehrheit der Exponate, vor allem Dokumente, Archivalien, Fotos und Publikationen kommen von Privatpersonen.

Zu den Spenden von Institutionen wurden zwei Ikonen des 19. und 20. Jahrhunderts in der Ausstellung gezeigt. Die Ikonen wurden bei der Grenzkontrolle aus dem Auto einer Russin aus Königsberg beschlagnahmt und dem Museum von Ermland und Masuren in Allenstein übertragen. Es gibt auch ein Bild unter dem Titel „Rede von General York" von Gustav Graef (1821–1895) und zwei Porträts desselben Malers, die das Nationalmuseum in Warschau dem Museum übertragen hat.

Neuester Fund: Die Spur eines antiken Friedhofs

Das Museum in Allenstein gab im Jahr 2016 etwa 40 000 Euro für den Neuerwerb von Exponaten aus, meist für Sammlungen einzigartiger Uhren, Greifzirkel und andere historische astronomische Instrumente, welche die Dauerausstellung von Nikolaus Copernicus bereichern. Dies war möglich dank eines Stipendiums des Ministeriums für Kultur und die Unterstützung der lokalen Regierungen.

Auf der Ausstellung wurden auch neue archäologische Exponate präsentiert, unter ihnen ein sogenannter Aschenbecher – ein Tongefäß aus der frühen Eisenzeit (4./3. Jahrhundert vor Christus), das man während der Erforschung eines Hügelgrabs in Groß Buchwalde entdeckt hatte.

Zu den interessantesten Funden, von Einzelpersonen und Forschervereinigungen gestiftet, gehört eine Lunula – ein Anhänger aus Gold, aus dem 2./3. Jahrhundert stammend und in der Nähe von Fiugaiken gefunden. Laut Jarosław Sobieraj von der Abteilung für Archäologie ist es wahrscheinlich die Spur eines bisher unbekannten Friedhofs aus der Römerzeit. Die Ausführung dieses Amuletts deutet, seiner Meinung nach auf Verbindungen zum Mittelmeer hin.

In der Nähe von Groß Jauth wurden komplette Eisenfesseln aus dem späten Mittelalter (zirka 15. Jahrhundert) gefunden. In ähnlicher Weise spendeten zwei Liebhaber der lokalen Geschichte von Patricken dem Museum von Ermland und Masuren den Denar, von ihnen selbst gefunden. Er stellt das Bildnis von Manlia Scantilla vor, der Frau des römischen Kaisers Didius Iulianus. Er regierte das Römische Reich nur kurz, vom 28. März bis 1 Juni 193 nach Christus. Laut Museumsmitarbeitern ist es eine einzigartige Münze, weil aufgrund einer derart kurzen Zeit der Herrschaft des Kaisers sehr wenige Denare geprägt worden waren.

Leszek Chaburski

Informationen unter: http://wmwm.pl, http://archeologia.olsztyn.pl (beide ausschließlich auf Polnisch), http://muzeum.olsztyn.pl (deutsche Version auswählbar)



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

nun stehen wir am Beginn der Karwoche, die wir auch die „stille Woche“ nennen, und die Gedanken unserer älteren Leserinnen und Leser gehen wohl zurück zu jenen Tag, an dem für sie ein neuer Lebensabschnitt begann: an die Konfirmation. Das war zumeist der Palmsonntag, so auch bei mir, und wir Mädchen standen frierend im weißen Einsegnungskleid vor dem Portal des Gotteshauses – die Jungens in ihren dunklen Anzügen hatten es da besser –, bis die Orgel ertönte und wir in feierlichem Zug in die Kirche zogen. Wie wichtig dieser Tag für uns war, bestätigte noch im Nachhinein eine dokumentarische Sammlung von Konfirmationsurkunden, an der vor einigen Jahren auch – informiert durch unsere Ostpreußische Familie – Leserinnen und Leser aus den Fluchtgebieten teilnahmen.

Und es waren nicht wenige, die aus Ostpreußen kamen, und ihre Konfirmationsurkunde durch Krieg und Flucht gerettet hatten, so wichtig war für sie dieses Dokument. Es beweist die tiefe Verbundenheit, die noch heute viele Vertriebene mit ihrer Heimatkirche haben, die vielleicht nur noch in der Erinnerung besteht oder zur verfallenen Ruine geworden ist. Es gibt aber auch Gotteshäuser in unserer alten Heimat, in denen diese noch erkennbar ist. Zu deren Erhalt die ehemaligen Gemeindemitglieder beigetragen haben, die den Weg nach Westen gehen mussten und die ihre Heimatkirche nicht vergessen haben, in der sie getauft, konfirmiert, getraut worden sind. Manche sind auf einer Heimatreise für einige Stunden zurückgekehrt, es war nur eine „Heimkehr auf Zeit“, zu der unbedingt ein Kirchenbesuch gehörte, aber die Gewissheit, dass ihre Kirche noch erhalten blieb und die Erinnerung an Kindheit und Jugend sicht- und spürbar bewahrt hat, ist schon tröstlich.

Einer, der eine besondere Antenne für diese Empfindungen hat, ist unser immer verlässlicher Informant **Bernd Dauskardt** aus Hollenstedt. Er hat mit seinen Schilderungen schon nicht wenigen Landsleuten helfen können, und es kommt immer wieder vor, dass sich bei ihm alte Ostpreußen der Erlebnisgeneration spontan melden. Das ist dann oft ein Geben und Nehmen, denn auch Bernd Dauskardt profitiert von diesen Gesprächen. weil sie sein Wissen über Ostpreußen erweitern. Das schon beachtlich ist, wenn es um ein von ihm gewähltes Sondergebiet geht: um die Kirchen im Memelland, die heute noch als Gotteshaus dienen und die er bereits alle aufgesucht hat. Heute nun, sozusagen als Karfreitagsgabe für unsere Ostpreußische Familie, berichtet er über den Besuch bei einem der besterhaltenen Gotteshäuser, über die beigetragen haben. Sie ist eine von ehemals 32 Kirchen des Memellandes, die alle Kriegsereignisse überlebt haben. Jetzt sind noch 18 Kirchen vorhanden, die auch für den Gottesdienst genutzt werden. Deutsch-Krottingen war nicht nur die nördlichste Kirche Ostpreußens, sondern auch des ehemaligen Deutschen Reiches. Sie wurde im Jahre 1652 als hölzerne Kapelle errichtet, 1740 wurde sie aus Feldsteinen massiv gebaut. Um 1930 gehörten zu diesem Kirchspiel 30 Dörfer, deren für einen Ortsfremden seltsam anmutende Namen auf die ihrer Bewohner zurückgingen wie Gibschen-Peter oder Alszeiten-Jahn. Da waren Verwechslungen nicht möglich im Gegensatz zu Deutsch-Krottingen, denn in unmittelbarer Nähe ist noch ein gleichnamiger Ort vorhanden, der aufgrund der Annektierung Litauens durch Russland von deutscher Seite als ‘Russisch-Krottingen’ bezeichnet wurde, litauisch Kretinga. Selbst versierte Hobby-Familienforscher hätten es da bei ihren Nachforschungen nicht leicht.“



Nördlichste Kirche des Deutschen Reiches: Die Kirche von Deutsch-Krottingen Bild: Geede

Kirche von Deutsch-Krottingen, die fernab der lauten Zeit im nördlichsten Winkel des Memelgebietes liegt:

„Bei dem Anblick dieses Gotteshauses war ich doch überrascht: Sie ist die einzige Kirche des Memellandes, deren beide Glocken offen im Glockenturm hängen. Man ließ uns in die Kirche, und ich war erstaunt, wie gut erhalten der Altarraum, die Bänke und die schönen Bilder an den Wänden waren. Immerhin war die Kirche zu Sowjetzeiten als Speicher genutzt worden. Die Eintragungen in den für Besucher ausgelegten Gästebüchern ließen erkennen, dass hier offensichtlich Memelländer der Erlebnisgeneration hilfreich zum Erhalt der Kirche

Aber wozu ist dann unsere Ostpreußische Familie da, wenn man auf der Spurensuche nicht weiterkommt? Es war wirklich ein guter Rat, der Herrn **Manfred Höhne** von Seiten der Landsmannschaft gegeben wurde, sich an uns zu wenden, als ihm Basisinformationen über verschiedene Güter im nördlichen Ostpreußen fehlten. Manfred Höhne bemüht sich, auf seiner Website „ostpreussen.net“ die Geschichte Ostpreußens bis in die kleinsten Dörfer zu erfassen und zu schildern, was aus deutscher Zeit an Kulturgütern noch geblieben ist – übrigens dürfte ihn in dieser Hinsicht auch Bernd Dauskardts heutiger Beitrag interessieren. Herrn Höhnes Suchfragen nach den namentlich genannten Gutshäusern brachten wir in Folge 12 mit dem vorsichtig formulierten Vermerk, der auch den Hinweisen aus der Landsmannschaft galt: Danke für das Vertrauen und hoffen, dass wir es erfüllen können. Es wurde erfüllt – umgehend, ausführlich und kompetent und dazu noch aus der Schweiz, denn es meldete sich unser heute in Konstanz lebender Landsmann **Walter Betschart**, der sich als fleißiger PAZ-Leser bezeichnet und dies mit seiner umgehenden E-Mail beweist. Vor allem hat er sich mit der Frage nach dem Remontedepot des Heeresremonteamts Ragnit beschäftigt und beruft sich in seinen Erklärungen auf das kleine Buch von Hans-Georg Tautorat „Am Memelstrom – von Tilsit bis Waldheide“, das 1987 in zweiter Auflage von der LO herausgegeben wurde und in dem ein Beitrag über das Amt enthalten ist, aus dem Herr Betschart die wichtigsten Informationen für Herrn Höhne und alle interessierten Leser entnommen hat:

„In Ostpreußen gab es fünf Heeres-Remonteämter: Das Heeres-Remonteamt Neuhof-Ragnit war mit seinen Gutsbetrieben das größte unter ihnen. Es lag ungefähr auf der halben Wegstrecke zwischen Ragnit und Tilsit inmitten einer reizvollen Landschaft und wurde von Oberst Perl-Mükkenberger geleitet. Das Hauptgut Neuhof-Ragnit und die Vorwerke Klein-Neuhof und Kraken (Krakonischen) bildeten die Inspektion 1, der zuletzt Remonteamtsinspektor Goldmann vorstand. Zur Inspektion 2, die von Remonteamtsoberinspektor Förster geleitet wurde, gehörten die Vorwerke Schalau (Paskalwen) mit dem angegliederten Gut Girschunen, Damnitzhof (Gudgallen) und Heidenanger (Bambe). Von den 1500 ha landwirtschaftliche Nutzfläche entfielen etwa 900 ha auf Ackerland und 600 ha auf Grünland, wovon ungefähr die Hälfte der Wiesen im großen Memelbogen zwischen Georgenhof und Ragnit lagen.“ Manfred Höhne dürfte von dieser Vielfalt und Präzision der Angaben wohl sehr überrascht sein wie ich auch. Für die Richtigkeit der Angaben spricht die Tatsache, dass Oberinspektor Förster der Schwiegervater des Autors war. Herr Betschart gibt auch noch weitere Hinweise zur Klärung der noch nicht behandelten Fragen wie die nach dem Privatgestüt Mack-Althof. Als treuer Freund des Trakehner Pferdes fühle ich mich verpflichtet, Ihnen diese Angaben mitzuteilen, um sie an alle Interessenten weiter zu leiten“, beendet unser Landsmann aus der „kleinen Schweiz“ seine Ausführungen, für die wir ein ganz großes Dankeschön sagen.

Keine schwierige Ortsfindung gab es für mich, als ich eine E-Mail aus Krockow erhielt, denn der Name hat einen hohen Erkennungswert, weil er auf Deutsch wie auf Polnisch fast gleich lautet: Krockow – Krokowa. Und so ist er auch leicht auf alten wie neuen Landkarten zu orten: westlich von Danzig am Fuß der Halbinsel Hela. Was mich viel mehr irritierte, war der Inhalt des Schreibens, denn er wies auf eine Ausstellung im dortigen Regionalmuseums hin, die im Titel den Namen unserer ostpreußischen Metropole trägt: Königsberg. Die Kustodin des Museums, Grazyna Patryn, erklärt dann auch den vollen Titel „Jerzy Bahr – Mein Königsberg“ und liefert die Legende dazu: Jerzy war der erste Generalkonsul nach Kriegsende und seit seiner Jugend an der Geschichte der ostpreußischen Metropole interessiert. Als er im letzten Jahr verstarb, hinterließ er eine ansehnliche Sammlung von Büchern, Bildern, Fotografien, Karten und weiterem dokumentarischen Material, das von der Schwester des Verstorbenen dem Museum in Krockow übergeben wurde. Die Kustodin war von der Sammlung so begeistert, dass sie spontan eine Ausstellung vorbereitete, die unter dem genannten Titel läuft.

Eure

Ruth Geede





Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Bild: Pawlik

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Halbe Preise – Halbes Bewusstsein

Polen versucht, die Menschen für die Naherholung zu interessieren

Mit einer polenweiten Aktion „Wochenende zum halben Preis“ will die regierungseigene Polnische Tourismusorganisation (Polska Organizacja Turystyczna, POT) zum zweiten Mal für das Reisen außerhalb der Saison werben.

Vom 31. März bis zum 2. April haben mehr als 450 Hotels, Museen und allerlei touristische Institutionen mit 50 Prozent Preisnachlass in ihren Häusern gelockt. „Das Ziel ist, die Touristen daran zu gewöhnen, auch außerhalb der Ferien zu verreisen“, sagte Michał Nykowski, Pressesprecher der POT im Polnischen Radio 24 (Polskie Radio 24). Polen reisten gerne, so Nykowski, davon sprechen die Zahlen. Im letzten Jahr machten Einnahmen aus der Tourismusbranche 5,5 Prozent des Haushaltsjahres aus, das sei mehr als der landwirtschaftliche Anteil am Bruttoinlandsprodukt. „Im vergangenen Jahr hat die Aktion unsere Erwartungen gänzlich übertroffen. Es haben rund 400 Partner mitgewirkt und ihr Angebot haben 60 000 Touristen genutzt“, berichtete Nykowski. Initiator der Aktion ist die „Posener lokal-touristische Organisation“, die am vergangenen Wochenende bereits zum zehnten Mal unter dem Motto: „Posen zum halben Preis“ Besucher in die Stadt und Umgebung lockte. Dass das Posener Projekt so gut läuft, liegt vielleicht auch daran, dass der Chef der Organisation, Jan Mazurczak, bei seinem Angebot nicht nur auf Tourismus außerhalb der Saison, sondern generell auf Naherholung baut.

„Wir müssen die Leute aus den Einkaufzentren herausholen. Sie sollen Polen und sein nationales Erbe, und vor allem das, was sich unweit ihrer Wohnorte befindet, kennen lernen“, so Marek Olszewski, neuernannter Vorsitzender der POT gegenüber der Tageszeitung „Rzeczpospolita“. Witold Banka, Minister für Sport und Tourismus, ist überzeugt, dass die Aktion bald polenweit zur Tradition wird.

Immer die gleichen Ziele: Hier die Marienkirche zu Krakau Bild: Wagner

Die POT sieht Rabattaktionen als stärksten Anreiz, polnische Bürger zur Naherholung zu motivieren. Weder das Internetportal der POT noch die Medien zeigen sich im Hinblickk auf andere Werbeaktionen einfallsreich. Beworben werden nämlich zumeist ohnehin schon bekannte und längst überlaufene Attraktionen wie das Salzbergwerk in Wieliczka bei Krakau oder Zakopane. Gerade Ost- und Wesptreußen, Pommern oder Schlesien haben es immer noch schwer, gegen die „eigene“ Tradition Polens anzukämpfen und wirken im Tourismus teilweise außerhalb von touristischen „Leuchttürmen“ gerade in der Fläche nicht richtig integriert.

Übrigens sollen laut TV24 am 1. April 20 000 Besucher das Tal Dolina Chocholowska in der Hohen Tatra besucht haben, um das Erblühen der Krokusse zu bewundern. Doch dies gelang den Besuchern erst nach mehreren Stunden des Schlangestehens und nachdem man den halben Tag mit der Parkplatzsuche vergeudet habe, so Tourist Karol Nienartowicz gegenüber TV24.

Für die gesamtpolnische Aktion „Wochenende zum halben Preis“ haben sich die meisten der teilnehmenden Partner aus Posen angemeldet (66), gefolgt von Mitwirkenden aus der Wowoidschaft Niederschlesien (54). Die Rote Laterne hält die kleine Woiwodschaft Oppeln mit ihren nur elf Partnern. Es hat sich in Oberschlesien wohl einfach noch nicht herumgesprochen. Oder liegt es vielleicht daran, dass die wenigen Hotels, Restaurants und Kulturinstitutionen in der Woiwodschaft Oppeln sowieso gut besucht sind, weil hier die deutsche Ausflugskultur der teilweise nicht vertriebenen Bevölkerung noch nachwirkt?

Chris W. Wagner



ZUM 101. GEBURTSTAG

Hoffmann, Ella, geb. **Koose**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 10. April
Oehm, Elsbeth, geb. **Malessa**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 12. April

ZUM 100. GEBURTSTAG

Bernotat, Ernst, aus Prostken, Kreis Lyck, am 7. April
Krolczik, Hildegard, geb. **Olschewski**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am12. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Körner, Hedwig, geb. **Prengel**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 13. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Buttkus, Otto, aus Ruckenfeld, Kreis Elchniederung, am 8. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Schlette, Gertrud, geb. **Schäfer**, aus Nickelsfelde, Kreis Ebenrode, am 11. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Fröse, Willy, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 13. April
Herold, Johanna, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 13. April
Plewe, Luise, geb. **Behrendsen**, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 11. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Däumel, Irmela, geb. **von Kannewurf**, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 9. April
Kleimann, Marta, geb. **Itzek**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 7. April
Lukasczyk, Hildegard, geb. **Wittke**, aus Sielacken, Kreis Wehlau, am 11. April
Mildner, Ruth, geb. **Gonschorrek**, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, am 9. April
Saborowski, Ida, aus Hornheim, Kreis Neidenburg, am 8. April
Schnitzer, Else, geb. **Bärenstrauch**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 12. April
Schulewski, Hildegard, geb. **Dombrowski**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 10. April
Siemokat, Hans, aus Altsnappen, am 10. April
Widmann-Gewitsch, Elisabeth, geb. **Gewitsch**, aus Königsberg, Wartenburgstraße, am 10. April
Wollemin, Walter, aus Maihof, Kreis Lyck, am 13. April
Ziemens, Hertha, geb. **Korallus**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 11. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Brozio, Walter, aus Lyck, Morgenstraße 10, am 8. April
Hübner, Frieda, geb. **Tanski**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 6. April
Kirschbacher, Paul, aus Groß Budlacken, Kreis Wehlau, am 12. April
Klein, Margarete, geb. **Dorroch**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 10. April
Kossak, Helga, geb. **Gricksch**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 10. April
Krohn, Ellinor, geb. **Hinz**, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, am 8. April
Schwidder, Gertrud, geb. **Godzinski**, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 9. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Abelmann, Hildegard, geb. **Redszus**, aus Streulage, Kreis Elchniederung, am 7. April
Borutta, Gerhard, aus Goldensee, Kreis Lötzen, und aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, am 12. April
Breitmoser, Robert, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 13. April
Haupt, Fritz, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 8. April
Henseleit, Ursula, geb. **Bartnick**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 9. April
Hess, Liesbeth, aus Lyck, am 7. April
Hintze, Erika, geb. **Krause**, aus Leißienen, Kreis Wehlau, am 7. April
Kotolla, Elisabeth, geb. **Gehlhaar** aus Ragnit, Kreis Tilsit-Ragnit, am 7. April
Krzyztofowicz, Ilse, geb. **Denda**, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 3. April
Lindemann, Karl-Wilhelm, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 10. April
Masuch, Erika, geb. **Karrasch**, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 5. April
Medendorp, Christel, geb. **Mauritz**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 7. April
Rasch, Helga, geb. **Kaminski**, aus Lötzen, am 8. April
Scheerenberger, Heinz, aus Rauschmünde, Kreis Ebenrode, am 10. April
Struck, Hildegard, geb. **Girod**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 12. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Alex, Elfriede, geb. **Kasten**, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, am 11. April
Arnold, Gertrud, geb. Bednarzik, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 12. April
Borrek, Edith, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 7. April
Christofzik, Hans, aus Lisken, Kreis Lyck, am 11. April
Dittrich, Gerda, geb. **Kluck**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 11. April
Dmytrow, Margarete, geb. **Bonk**, aus Suleiken, Kreis Treuburg, am 10. April
Dronsek, Herbert, aus Hennenberg, Kreis Lyck, am 8. April
Kannenberg, Elfriede, geb. **Czaczkowski**, aus Struben, Kreis Neidenburg, am 12. April
Klein, Reinhold, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. April
Koyro, Heinz, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 7. April
Mitzig, Eleonore, aus Lyck, am 13. April
Pille, Hedwig, geb. **Nientkewitz**, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 10. April
Radeck, Horst, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, am 8. April
Rogowsky, Margot, geb. **Remscheidt**, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 10. April
Schmall, Elisabeth, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 7. April
Wetzel, Hildegard, geb. **Metschulat**, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 7. April
Woyda, Gerhard, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 4. April
Zerner, Rose, geb. **Melis**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 12. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Boerner, Erika, geb. **Schaknat**, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, am 9. April
Burschard, Elisabeth, aus Disselberg, Kreis Ebenrode, am 10. April
Dettmann, Hans, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. April
Flade, Helene, geb. **Fink**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 13. April
Froriep, Marie, geb. **Kochanowski**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 10. April
Funk, Elisabeth, geb. **Przygodda**, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 5. April
Janotta, Gertrud, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 13. April
Lemke Brigitte, geb. **Scheumann**, aus Ortelsburg, am 9. April
Müller, Herta, geb. **Kurpjuhn**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 7. April
Naujok, Bruno, aus Klein Ponnau, Kreis Wehlau, am 7. April
Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April
Raeder, Hans, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 12. April
Wieczorek, Edelgard, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 2. April
Wieczorek, Irmgard, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 2. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Flasdick, Annemarie, geb. **Killburger**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 137, am 7. April
Grütering, Hildegard, geb. **Dorka**, aus Waldburg, Kreis Ortelsburg, am 10. April
Heidenblut, Dorothea, geb. **Wohywod**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 5. April
Kischlat, Alfred, aus Treuburg, am 13. April
Kloß, Waltraud, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 9. April
Kulessa, Marga, geb. **Reinoß**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 7. April
Nessmann, Erna, geb. **Mattuschat-Sabautzki**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 10. April
Rohde, Edelgard, geb. **Lendle**, am 10. April
Rüppel, Lieselotte, geb. **Waschuleski**, verw. **Stiehl**, Schuchten, Kreis Treuburg, am 13. April
Sauer, Erich, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 11. April
Schmidt, Gertrud, aus Renkussen, Kreis Lyck, am 12. April
Schulz, Werner, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 95, am 13. April
Wenk, Elfriede, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 8. April
Ziebell, Herta, geb. **Jenzewski**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 10. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Aichholzer, Helga, geb. **Komossa**, aus Lyck, am 8. April
Baumgart, Rudolf, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 7. April
Beermann, Gerhard, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 111, am 13. April
Bortmann, Siegfried, aus Neidenburg, am 10. April
Böttcher, Eva, geb. **Pellny**, aus Lyck, am 12. April
Brinkmann, Siegfried, aus Frauenfließ, Kreis Lyck, am 7. April
Brodoch, Else, geb. **Wilamowski**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 9. April
Buttkus, Horst, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 10. April
Danowski, Alma, geb. **Bolinski**, aus Grenzdamm, Kreis Neidenburg, am 12. April
Danowski, Kurt, aus Langheide, Kreis Lyck, am 8. April
Evert, Wera, geb. **Brothun**, aus Neidenburg, am 8. April
Fischer, Waltraud, geb. **Ziemeck**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 10. April
Gesewsky, Manfred, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 7. April
Gröbert, Brigitte, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 12. April
Hageleit, Magdalena, geb. **Dzeike**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 7. April
Jennert, Dora, geb. **Thiel**, aus Altdümpelkrug, Kreis Elchniederung, am 11. April
Jeroch, Siegfried, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 12. April
Jurr, Gertrud, geb. **Barth**, aus Klinglacken, Kreis Wehlau, am 13. April
Kowallik, Lothar, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 13. April
Krüger, Ursula, geb. **Masuch**, aus Detmold,, am 13. April
Kupski, Helmut, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 7. April
Lojewski, Karl, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 11. April
Pinger, Josef, aus Wehlau, am 8. April
Plath, Erika, geb. **Seidel**, aus Fedderau/Lokehnen, Kreis Heiligenbeil, am 7. April
Plottnik, Luise, geb. **Trzaska**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 12. April
Rehbein, Waltraut, geb. **Schedwill**, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, am 12. April
Schmidtke, Helmut, aus Kalkhoff, Kreis Treuburg, am 7. April
Urban, Max, aus Ossafurt/Rud lauken, Kreis Insterburg, am 11. April
Ventker, Hanna, geb. **Zens**, aus Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 11. April
Zander, Gertraud, geb. **Gruszla**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 12. April
Zielenski, Ernst, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 7. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Altenkirch, Helga, geb. **Szameit**, aus Schillenberg, Kreis Wehlau, am 10. April
Brenneisen, Siegfried, aus Sandau, Kreis Ebenrode, am 13. April
Brozio, Dietmar, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 12. April
Faust, Fritz, aus Abbau, Kreis Mohrungen, am 11. April
Hampe, Ingrid, geb. **Graetsch**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 13. April
Hollburg, Herta, geb. **Audörsch**, aus Alt Passarge, Kreis Heiligenbeil, am 11. April
Kamen, Helgard, geb. **Jelinski**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 8. April
Krawelitzki, Gerhard, aus Lyck, am 8. April
Kruck, Gerhard, aus Markshöfen, Kreis Ortelsburg, am 4. April
Lindenau, Ulrich, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 9. April
Lutz, Irmgard, geb. **Ketelhut**, aus Romeiken, Kreis Ebenrode, am 9. April
Milewski, Hannelore, geb. **Radoch**, aus Maradken, Kreis Sensburg, und aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 8. April
Pape, Hannelore, geb. **Zielinski**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 10. April
Podscharly, Heinz, aus Preußenwalde, Kreis Ortelsburg, am 10. April
Roth, Edith, geb. **Pogodda**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 8. April
Schäferling, Sabine, geb. **Trotzki**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 10. April
Schenk, Irmgard, geb. **Thomas**, aus Klein Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 11. April
Schmeier, Lieselotte, geb. **Ernst**, aus Wehlau, am 11. April
Schumann, Gerda, aus Lyck, am 12. April
Vogel, Wolfgang, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 7. April
Weinreich, Mechthild, geb. **Bockhorn**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 8. April
Zielaski, Renate, geb. **Winkler**, Kreisgemeinschaft Lyck, am 12. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Barclay, Annita, geb. **Richter**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 7. April
Bäumler, Margarete, geb. **Finner**, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, am 10. April
Bausch, Helga, geb. **Wollschläger**, aus Wehlau, am 9. April
Bernotat, Erwin, aus Eichkamp, Kreis Ebenrode, am 12. April
Flaskamp, Heidelinde, geb. **Masanneck**, aus Grabnick, Kreis Neidenburg, am 10. April
Jedamski, Eitel, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 13. April
Klein, Eckhard, aus Dingeln, Kreis Treuburg, am 8. April
Lingk, Hubert, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 10. April
Marchand, Gerd, aus Eichkamp, Kreis Ebenrode, am 8. April
Pott, Peter, aus Grünau, Kreis Lötzen, am 9. April
Saul, Erna, geb. Strohschein, aus Barnen, Kreis Treuburg, am 7. April
Stessnarie, Waltraut, geb. **Stange**, aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 12. April
Zimmermann, Horst, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 12. April

TERMINE DER LO

2017
28. bis 30. April: Kulturseminar in Helmstedt
8. bis 10. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauen in Helmstedt
13. Mai: Das große Jahrestreffen der Ostpreussen
17. Juni: Sommerfest des VdGEM in Osterode
22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen!

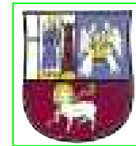
Wir benötigen eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten für die Ostpreußische Landesvertretung (Mitgliederversammlung) zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60 Euro. Der Aufnahmeantrag lässt sich auf www.ostpreussen.de (Unterbereich „Mitgliedschaft“) ganz einfach herunterladen, oder Sie können ihn schriftlich anfordern bei:

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Dr. Sebastian Husen,
Bundesgeschäftsführer
Buchtstraße 4
22087 Hamburg
husen@ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. Internet: www.allenstein-landkreis.de

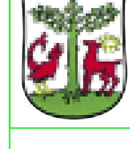
Kirchspieltreffen

8. April, 10 Uhr, Südtiroler Stuben, Freiherr-vom-Stein-Straße 280, **Essen:** Kirchspieltreffen Grieslienen, Stabigotten, Wemitten, Plautzig, Honigswalde. Informationen: Hildegard Gerigk, Ginsterweg 7, 40880 Ratingen, Telefon (02102) 471477.

9. April, 10 Uhr, St. Antonius Essen-Steele, Freisenbruch, Kütingsgarten 3: Kirchspieltreffen Jonkendorf, Wengaiten, Mondtken, Steinberg , Polleiken, Klaukendorf, Groß Kleeberg und Groß Purden. Informationen: Ernst Langkau, Von-Lauff-Straße 4, 41540 Dormagen, Telefon (02133) 61177.

Versammlung der Mitglieder

8. April, 11 Uhr, Sitzungssaal, Rathaus, Schulstraße 7, **49170 Hagen:** 4. Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft. Die Tagesordnung:



BRAUNSBERG

Kreisvertreterin: Manuela Begett, Virchowstraße 46, 44536 Lünen, Tel.: (02306) 21236, E-Mail: manuela.begett@t-online.de. Stellvertretender Kreisvertreter: Ferdinand Schrade. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, Frau Jostenmeier, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Nach Ostpreußen im Juni

Eine elftägige Ostpreußenreise „Von Posen nach Ermland Masuren“ bietet die Kreisgemeinschaft vom Mittwoch, 21. Juni, bis Sonnabend, 1. Juli an. Das Programm:

Mittwoch, 21. Juni: Anreise mit Zustiegen in Bonn, Köln, Dortmund, Hannover oder Uhrsleben. Übernachtung in Posen. Die Stadt ist durch viele Sehenswürdigkeiten und als Messestadt bekannt.

Donnerstag, 22. Juni: Stadtführung durch Posen mit Dom und Marienkirche. Weiterfahrt über Gnesen nach Thorn der Geburtsstadt von Nikolaus Kopernikus. Stadtführung und Freizeit. Übernachtung in Thorn.

Freitag, 23. Juni: Fahrt von Thorn nach Allenstein. Besichtigung von Burg und Stadt. Besuch der deutschen Minderheit im Kopernikus Haus. Gemeinsames Kaffeetrinken. Weiterfahrt nach Masuren, Übernachtung in Nikolaiken.

Sonnabend, 24. Juni: Heilige Linde, Rössel, Masurische Heimatmuseen, Schifffahrt mit Besuch einer Schäferei bei Rastenburg. Fahrt nach Lötzen. Schifffahrt über die masurischen Seen nach Nikolaiken

Sonntag, 25. Juni: Von Elk mit der Kleinbahn durch Masuren. Fahrt über Ukta, Johannisburger Heide, Stakenfahrt auf der Krutina, Übernachtung in Nikolaiken.

Montag,26. Juni: Abfahrt nach Braunsberg, dort unter anderem Besuch der Katharinenkirche. Übernachtung in Frauenburg oder in Braunsberg

Dienstag, 27. Juni: Besuch der Kathedrale im Frauenburg mit Orgelkonzert. Station an der Gedenktafel für die 450 000 Flüchtlingsopfer, die im Winter 1945 auf Ihrer Flucht über das Frische Haff ums Leben kamen. Schifffahrt von Frauenberg nach Kahlberg. Übernachtung in Frauenburg oder Braunsberg.

Mittwoch, 28. Juni: Fahrt auf dem Oberlandkanal. Weiterfahrt zur Marienburg, Besichtigung der Burganlage Weiterfahrt nach Danzig-Oliwa. Besuch der Kathedrale. Übernachtung in Danzig.

Donnerstag, 29. Juni: In Danzig ausführlicher Stadtrundgang und Freizeit für eigene Erkundungen. Übernachtung in Danzig.

Freitag, 30. Juni: Fahrt nach Stettin durch die Kaschubische Schweiz. Besichtigung der alten Hafenstadt von Pommern und Besuch der wichtigsten Bauwerke. Übernachtung in Stettin.

Sonnabend,1. Juli: Rückreise nach Deutschland.

Auskünfte und ausführliche Reiseprospekte können Sie anfordern bei Westermann Bustouristik, Peter-Hausmann-Platz 1, 53332 Bornheim, Telefon (02222) 938250, E-Mail: info@europa-travel.de oder bei Manuela Begett, Virchowstraße 46, 44536 Lünen, Telefon (02306) 21236, E-Mail: manuela.begett@t-online.de



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Nachbarschafts-Gespräche

Sonnabend, 22. April, **Würselen:** Nachbarschaftsgespräch der Elchniederung, Tilsit und Tilsit-Ragnit (nur Vorstandsmitglieder).

Zwei Flugreisen nach Ostpreußen

Begleiter mit Heimweh, Fernweh oder einfach nur Entdeckerlust sucht Dieter Wenskat für seine beiden zehntägigen Flugreisen nach Ostpreußen. Danzig, Königsberg, Elchniederung und die Kurische Nehrung stehen unter anderem auf dem Programm. Die erste Reise findet vom 3. bis zum 12. Juni statt, die zweite vom 9. bis 18. September. Hier das Programm beider Reisen:

1. Tag: Am Vormittag Linienflug mit LOT Polish Airlines wahlweise ab Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg oder München mit Umstieg in Warschau und gemeinsamem Weiterflug nach Danzig, Ankunft am frühen Nachmittag. In Danzig werden Sie von Ihrer polnischen Reiseleitung empfangen, anschließend Transfer zum Hotel „Novotel Centrum Gdansk“, das auf einer Mottlau-Insel unmittelbar an der Danziger Altstadt liegt. Am Nachmittag erwartet Sie Ihre Reiseleitung zu einem geführten Rundgang. Die mehr als 1000-jährige Hansestadt hat viel zu bieten. Die prächtig restaurierte Altstadt beeindruckt mit erhabenen Patrizierhäusern, hübschen kleinen Gassen mit Boutiquen und Cafés, alles wird überragt von der mächtigen Marienkirche, einem der größten Backstein-Sakralbauten Europas. Anschließend bleibt noch genügend Zeit für eigene Unternehmungen. Die Danziger Altstadt hat auch ein quirliges Nachtleben mit kleinen Bars, urigen Kneipen und trendigen Musikclubs zu bieten. Abendessen und Übernachtung in Danzig.

2. Tag: Heute holt Sie Ihre russische Reiseleitung am Hotel in Danzig ab. Busfahrt nach Norden über den polnisch-russischen Grenzübergang und weiter bis nach Königsberg. Nach dem Zimmerbezug im zentral zwischen Ober- und Schlossteich gelegenen Hotel „Dohna“ unternehmen Sie eine Stadtrundfahrt. Dabei besuchen Sie die erhaltenen Sehenswürdigkeiten wie den wiedererrichteten Königsberger Dom, die Luisenkirche oder den früheren Hansa-Platz mit dem ehemaligen Nordbahnhof und die erhaltenen Stadttore und Befestigungsanlagen. Darüber hinaus erleben Sie eine aufstrebende russische Großstadt im Umbruch und voller Kontraste. Ein weiterer Höhepunkt der Reise ist der Besuch des Königsberger Doms mit einem Anspiel der Orgel zu einem kleinen Konzert. Abendessen und Übernachtung in Königsberg.

3. Tag: Nach dem Frühstück unternehmen Sie vom neuen Fischdorf am Pregel aus eine zirka dreistündige Schiffsfahrt durch den Hafen und auf dem Königsberger Seekanal Richtung Ostsee bis nach Pillau. Die Hafenstadt hatte eine besondere Bedeutung für viele Ostpreußen im Winter 1945, als tausende Menschen von hier aus ihre Heimat für immer verlassen mussten. Heute gibt es in Pillau neben den historischen Bauten, Befestigungsanlagen und dem bekannten Leuchtturm eine große Kriegsgräbergedenkstätte. Auf der Rückfahrt nach Königsberg durch das Samland besuchen Sie noch Palmnicken – hier wird im Tagebau der für Ostpreußen typische Bernstein gewonnen. Abendessen und Übernachtung in Königsberg.

4. Tag: Weiterreise nach Osten vorbei an Labiau. Im früheren Dorf Waldwinkel besuchen Sie ein liebevoll eingerichtetes und mit vielen Exponaten aus deutscher Zeit ausgestattetes Museum in der früheren deutschen Schule. Sie fühlen sich in die Kindheit in Ostpreußen zurückversetzt. Anschließend erleben Sie das Naturparadies Ostpreußen pur. Sie unternehmen einen Ausflug in das Große Moosbruch am Rande des Elchwaldes und besuchen bei Lauknen das Moosbruchhaus, ein mit deutschen Mitteln unterstütztes Naturschutz- und Begegnungszentrum. Hier ist auch der Tisch zum gemeinsamen Mittagessen gedeckt. Am Nachmittag erreichen Sie Tilsit. Bei der Stadtführung durch Deutschlands einst östlichste große Stadt besuchen Sie den Park Jakobsruh mit dem wiedererstellten Denkmal der Königin Luise. Beim anschließenden Spaziergang durch die Hohe Straße lässt sich die einstige Schönheit der Stadt an der Memel erahnen. Abendessen und Übernachtung in Tilsit.

5. Tag: Rundfahrt mit Besichtigungsstopps durch die Elchniederung. Am Vormittag geht es in die Gebiete nördlich der Gilge mit Besuch von Skõpen, Kuckerneese, Herdenau, Karkeln, Inse und einem Stopp am Jagdschloss Pait. Am Nachmittag geht es durch den südlichen Teil der Elchniederung mit Besuch von Heinrichswalde, Gerhardsweide, Seckenburg, Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen. Übernachtung in Tilsit.

6. Tag: Ihr heutiger Ausflug führt in den Südosten des nördlichen Ostpreußens. Nach einem kleinen Stopp in Gumbinnen besuchen Sie Trakehnen mit der einst weltberühmten Gestütsanlage. Leider gibt es dort heute keine Pferde mehr. Anschließend erreichen Sie die einzigartige Rominter Heide: Eine Urwaldlandschaft mit kleinen Bächen und Biberbauten. Am Rande dieses Waldmassivs betreibt die russische Familie Sajac im ehemaligen Forsthaus Warnen ein kleines Gästehaus, hier werden Sie zur Mittagseinkehr erwartet. Übernachtung in Tilsit.

7. Tag: Heute verlassen Sie Ihr Hotel in Tilsit und passieren auf der Luisenbrücke die Grenze nach Litauen. Weiterfahrt in das Memelland mit Besichtigung der Kirche in Heydekrug. Anschließend Fahrt in das Memeldelta, wo in Kintai schon der Tisch zu einem leckeren Picknick gedeckt ist. Danach erwartet Sie am Anleger Ihr Kapitän zu einer Schiffsfahrt über die Minge, durch das Memeldelta und weiter über das Kurische Haff. Am Nachmittag erreichen Sie Nidden von der Wasserseite aus und erleben das beeindruckende Panorama der Wanderdünen auf der Kurischen Nehrung. Abendessen und Übernachtung in Nidden.

8. Tag: Nach dem Frühstück steht eine Ortsbesichtigung in Nidden zu Fuß auf dem Programm. Das ehemalige Fischerdorf am Kurischen Haff ist heute der wohl bekannteste Ferienort Litauens. Die einzigartige Natur zog in der Vergangenheit viele Künstler an. Einer der prominentesten Besucher war Thomas Mann, der sich hier ein Ferienhaus errichten ließ. Am Nachmittag bleibt Zeit zur freien Verfügung. Abendessen und Übernachtung in Nidden.

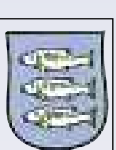
9. Tag: Weiterreise nach Süden über die Kurische Nehrung, Sie passieren die litauisch-russische Grenze. Im russischen Teil der Kurischen Nehrung besuchen Sie die berühmte Vogelwarte von Professor Thienemann, einst die erste ornithologische Beobachtungsstation der Welt. Unterwegs unternehmen Sie einen Spaziergang auf die Epha-Düne, eine der größten noch frei wandernden Sandflächen der Kurischen Nehrung. Am Abend erreichen Sie das frühere Seebad Cranz zur Übernachtung.

10. Tag: Nach dem Frühstück treten Sie die Rückreise zum Flughafen nach Danzig an. Von hier aus am Nachmittag gemeinsamer Flug mit LOT Polish Airlines nach Warschau und von Warschau aus Weiterflug in die jeweiligen Abreiseorte, Rückankunft je nach Flughafen gegen 22. Uhr. Programmänderungen bleiben vorbehalten, dies gilt insbesondere auch für Veränderungen der Flugzeiten durch die Airline.

Anmeldung bei Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Sparrieshoop, Telefon (04121) 85501.



Foto: Fritsche



Sichtlich angetan zeigten sich die Besucher im Lötzener Heimatmuseum von den Holzschnitten Eduard Bischoffs (1890–1974). Gekommen waren sie zur Eröffnung einer Ausstellung, die 20 Werke des in Königsberg geborenen Künstlers präsentierte. „Versunkene Welt Ostpreußens – Erinnerungsbilder von Eduard Bischoff“, hatte die Veranstalterin und Betreuerin des Heimatmuseums, Ute Eichler, den Reigen der Werke in ihren Räumlichkeiten genannt. Die Ansichten von bäuerlichem Leben, Fischfang und ostpreußischer Landschaft würden die „versunkene Welt“ wieder sehr lebendig werden lassen, befanden viele der Besucher. „Seine Motive trafen die Erinnerungen der ostpreußischen Erlebnisgeneration. Er zeigte Bilder aus dem Land, das die meisten von ihnen so oder so ähnlich in ihrem Herzen hatten“, erklärte Jörn Barfod, Kustos des Ostpreußischen Landesmuseums in seinem Einführungsvortrag.

Die Ausstellung im Heimatmuseum in der Sudetenlandstraße 18 H in 24537 Neumünster ist sonnabends am 22. April, 20. Mai, 17. Juni und 15. Juli von 10 bis 15.30 Uhr oder nach Absprache unter Telefon (040) 6083003 zu besichtigen.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Klaus A. Lunau, 30853 Langenhagen. Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, täglich erreichbar unter Telefon (04101) 22037, Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de.

Pillauer Heimatfreunde

Alle Pillauer Heimatfreunde, ihre Verwandten und Bekannten sind recht herzlich eingeladen zu dem am Samstag, 22. April, um 17 Uhr stattfindenden Vortrag mit dem Thema „Traumatische Erlebnisse auf Grund von Krieg und Vertreibung, deren Folgen sowie Heilungswege“. Die Referenten sind Dr. Muhtz, Mediziner am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, und Dr. Christopher Spatz, Historiker an der Humboldt-Universität Berlin. Bitte kommen Sie zu diesem Vortrag in die Bürgerbegegnungsstätte, Rathausmarkt 2, 1 Stock (Fahrstuhl) in 24340 Eckernförde. Ansprechpartner: Erika Kruse, Telefon (04346) 6011463.

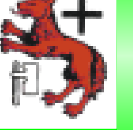


GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12305377, Geschäftsstelle: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@ kreis-gerdauen.de.

Stadttreffen

28. April bis 2. Mai, DRK-Landesschule, Jägerweg 1, **Bad Pyrmont:** Stadttreffen Gerdauen.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. E-Mail: Schmidt.ploessen@gmx.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Sondertreffen

21. bis 23. April, Pension „Quellenhof“, An der Schwefelquelle 18, **38707 Altenau/Harz:** Sondertreffen Kirchspiel Zinten-Land. Leitung: Irmgard Lenz, geborene Wengel.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Treffen der Heimatgruppen

Heimatgruppe Darmstadt: Gemeinsames Treffen am Sonnabend,, 11.30 Uhr, am 8. April, in der Taverna Hella, Bahnhofstraße 17, 62491 Darmstadt-Wixhausen. Informationen: Jürgen Pantel, Telefon (06103) 42744.

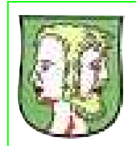
Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

Heimatgruppe Teutonen, Osnabrück: Frühjahrstreffen am 22. April, 14 Uhr. Ort; Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43. Informationen: Renate Berger, Telefon (05471) 4926.

Heimatgruppe Schwerin: Treffen am Mittwoch, 12 Uhr, den 19. April. Ort: Gaststätte Kaktus, Dreescher Köpmarkt. Informationen: Helga Hartig, Telefon (0385) 3922633, E-Mail: hehartig@web.de.

Heimatgruppe Köln: Treffen am Mittwochs, 26. April. Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Regionaltreffen Nord

Sonntag, 23. April, 11 Uhr (Einlass 10.30 Uhr), Restaurant Zum Tucher (Telefon 0451/33517, www.burgfeldrestaurant.de), Am Burgfeld 1, **23568 Lübeck:** Regionaltreffen Nord. Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Heinrichstraße 52, 45701 Herten, Telefon (0209) 357931, Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Treffen der Amtsbezirke

9. April, Restaurant Zille im Kulturzentrum, **Herne:** Heimattreffen der Amtsbezirke Groß Schöndamerau, Lehmanen und Schöndamerau.

23. April, Kulturzentrum, **Herne:** Heimattreffen der Amtsbezirke Altkirchen, Klein Jerutten, Wildenau, Deutschheide, Wilhelmsthal, Rheinswein, Farienen, Friedrichshof, Fürstenwalde, Lindenort und Liebenberg.



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www. kreisgemeinschaftsensburg.de

Ortstreffen und Kirchspieltreffen

8. April, 10.15 Uhr, Weinhaus zur Traube, Lühlingsgasse 5, **33572 Unkel/Rhein**: 21. Kirchspieltreffen Hoverbeck.

8. April, 10.15 Uhr, Weinhaus zur Traube, Lühlingsgasse 5, **33572 Unkel/Rhein**: 16. Ortstreffen Selbongen.

22. April, 10 Uhr, Gaststätte „Zum Türmchen“, Oststraße 41, **45891 Gelsenkirchen-Erle:** Treffen der Kirchspiele Peitschendorf und Aweyden.

29. April, 8.30 Uhr, Hotel „Haus Rasche-Neugebauer“, Wilhelmstraße 1, **59505 Bad Sassendorf:** 22. Kirchspieltreffen Sorquitten.



Tilsit-Stadt: „Die Stadt ohne Gleichen“ sorgte für reges Interesse bei der Ausstellungseröffnung in Ellingen Bild: privat



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Johann-Wolff-Schule

Das diesjährige Treffen der ehemaligen Johanna-Wolff-Schüler findet vom 9.bis 13. August im Balance-Hotel Alte Messe Leipzig, Breslauer Str. 33, 04299 Leipzig statt. Der Preis für eine Einzelzimmer beträgt 60 Euro und für ein Doppelzimmer 75 Euro mit Frühstück und einem Ticket der Mitteldeutschen Verkehrsbetriebe für Fahrten in Leipzig mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Geplante Unternehmungen: Stadtrundfahrt mit Begleitung, Besuch des Völkerschlachtdenkmals, Schiffsrundfahrt und Besuch der Thomaskirche mit Kantaten oder Motetten. Anmeldungen zum Treffen nimmt die Schulsprecherin Irmgard Steffen unter Telefon (0611) 844938 gerne entgegen.

Ausstellung

Das Kulturzentrum Ostpreußen präsentiert im Deutschordensschloss Ellingen vom 18. März bis 14. Mai eine Ausstellung, die in Zusammenarbeit mit der Landsmannschaft Ostpreußen und der Stadtgemeinschaft Tilsit entstanden ist. Die Ausstellung trägt den Titel „Tilsit – die Stadt ohne Gleichen“. So nannte man liebevoll die Stadt am Memelstrom. Durch den Friedensschluß von 1807 wurde Tilsit zum Schauplatz der Weltgeschichte. Doch nicht nur daran erinnert die Ausstellung. Sie dokumentiert die historische Entwicklung der Stadt von ihren Anfängen bis zur Gegenwart und ihre Bedeutung als Industrie-, Handels- und Grenzstadt. Auch der weltberühmte Tilsiter Käse darf nicht fehlen. Die Präsentation zeigt zahlreiche, bisher noch nie ausgestellte Originalexponate. Ein Begleitheft vervollständigt die Schau. Sie kann täglich außer montags von 10 bis 12 und 13 bis 17 Uhr besichtigt werden.

Kaffeetrinken in Tauroggen

Renate Niedrig aus Berlin lädt im Mai ein zum gemeinsamen Kaffeetrinken mit Wolfskindern im kirchlichen Gemeindesaal in Tauroggen, Litauen.

Möchten Sie dabei sein? Sie sind alle herzlich willkommen! Es ist wieder soweit. Auch in diesem Jahr am 14. Mai fahren ein Hilfstransport mit Elsbeth König und Walter Buttenbohm nach Nesterow, ehemals Kreis Ebenrode. Auch die „Wolfskinder“ in Tauroggen werden wieder besucht und mit Sach- und Geldspenden bedacht.

Es beginnt traditionsgemäß mit dem gemeinsamen Kaffeetrinken im kirchlichen Gemeindesaal in Tauroggen mit unseren „Wolfskindern“ und Gästen. Anschließend werden die Gastgeschenke überreicht. Eine gute Gelegenheit zum Gedankenaustausch und um ein wenig zu plachandern unter dem Motto: „Von Herzen über Grenzen hinweg, bis in unseren Herzen.“

Die „Wolfskinder“ sind alt und krank geworden, die letzten Zeugen der grausamen Ereignisse nach dem Krieg in Ostpreußen. Wir gedenken der gefallenen deutschen Soldaten. Auf dem Friedhof in Kurdirkos Naumiestis wurden 329 deutsche Soldaten aus dem ersten Weltkrieg zur letzten Ruhe gebettet. Sie sind alle namentlich erfasst.

In der Stadt Pogegen, Kreis Tilsit-Ragnit, erinnert an die ostpreußischen Waisen in Litauen, ein Wolfskinderkreuz, welches zur Mahnung und Gedenken an den verhungerten Kindern erinnert. Wegen Morschheit wurde das Kreuz von 1992, im Jahr 2014 durch ein neues ersetzt. Die Tafel am neuen Kreuz trägt auf Deutsch und Litauisch die Inschrift. Wiederherrichtet am 31. Mai 2014. Mit großem Dank an die Litauer, die nach 1945 tausenden den deutschen Wolfskindern das Leben retteten. Prof. Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten/ Honorarkonsul der Republik Litauen. Auf seiner Initiative wurde das neue Kreuz errichtet.

Heute leben in Litauen nur noch 57 Wolfskinder. Die persönliche Zuwendung bedeutet ihnen sehr viel. Spüren Sie doch, Sie sind nicht vergessen! Nur gemeinsam können wir etwas bewegen. Was wir jetzt nicht auf dem Weg bringen, geht verloren. Den Wolfskindern und uns, die letzte Erlebnisgeneration läuft die Zeit davon! Allen die bereit sind zu helfen, sagen wir herzlichen Dank im Voraus.

Eingeladen hatte Günter Töpfer, eine Gruppe von acht Wolfskindern und die Dolmetscherin Frau Inge, vom 5. bis zum 9. Juni 2012 in die Bundeshauptstadt. Dadurch hatte der Heimatkreis Schloßberg/ Ebenrode, die Möglichkeit eine Einladung in die Karower Stadtmission auszusprechen.

Seit dieser Zeit ist es für den Heimatkreis Schloßberg/ Ebenrode in Berlin ein Ansporn, sich weiterhin durch Spenden zu engagieren und die bestehenden Bindungen aufrecht zu erhalten und zu vertiefen. Wir zeigen Ihnen dadurch, wir nehmen Anteil an einem ganz besonderen Schicksal.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an: Elsbeth König; Hannoversche Straße 40c; 31582 Nienburg; Telefon (05021) 13428

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Zusammen mit der ADM bietet die Landesgruppe zwei Reisen an.

– Reise I –

Vom 26. Juli bis 8. August eine kombinierte Bus- und Schiffsreise ins Memelland. 26. Juli Abfahrt ab Mannheim mit Zusteigemöglichkeiten in Frankfurt, Kassel, Hannover und Hamburg nach Kiel. Dort geht es auf die Fähre zur Überfahrt nach Memel. Die Unterbringung erfolgt in Zwei-Bett-Außenkabinen mit zwei unteren Betten. Am 27. Juli gegen 16.30 Uhr Ankunft in Memel und Fahrt mit dem Bus zum Hotel „Amberton“ (früher Hotel „Klaipeda“), in dem die Reisegruppe bis zur Abreise am 7. August in den neu renovierten Zimmern untergebracht ist. Am 28. Juli Schifffahrt auf die Ostsee zur traditionellen Blumenübergabe in die Ostsee zum Gedenken aller Todesopfer aus Anlass des jährlichen Meeresfestes. Vom 28. bis 30. Juli findet das Meeresfest statt. Diese Tage stehen zur freien Verfügung. Am 1. August wird der 765. Geburtstag der Stadt Memel gefeiert. Vom 31. Juli bis 4. August diverse Busfahrten durch das Memelland, wie Polangen, Plicken, Dawillen, Prökuls, Heydekrug, Russ, Pogegen, Willkischken, Schmalleningken, Kinten und Minge sowie auf die Kurische Nehrung nach Schwarzort und Nidden. Außerdem steht eine Schiffahrt von Nidden über das Kurische Haff in das Memeldelta und eine Tagesfahrt nach Königsberg auf dem Programm. Für Königsberg wird ein Reisepass benötigt. Das Visum wird kurzfristig in Memel ausgestellt. Am 5. oder 6. August ist ein Treffen aller Memelländer in Heydekrug oder Memel geplant. Am 7. August geht es gegen Abend wieder auf die Fähre zur Rückfahrt nach Kiel, wo wir am 8. August gegen 16 Uhr ankommen, anschließend Rückfahrt nach Mannheim. Der Reisepreis für Busfahrt, Fähre, elf Übernachtungen mit Frühstück und alle Rundfahrten beträgt pro Person im Doppelzimmer 1280 Euro (EZ-Zuschlag 330 Euro). Anmeldungen bitte schnellstens bei Uwe Jurgsties, Telefon (06203) 43229 oder per E-Mail: memelland@admheddesheim.de Es sind nur noch wenige Plätze für die Reise frei.

– Reise II –

Vom 19.-24. September 2017 Busreise nach Schwerin zum Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern, an dem Gesangsgruppen aus dem südlichen Ostpreußen, wie auch die Chöre aus Heydekrug und Memel mit dem Chor des Hermann-Sudermann-Gymnasiums teilnehmen. Abfahrt am 19. September ab Göppingen über Stuttgart, Mannheim, Frankfurt nach Wismar, wo wir im Steigenberger Hotel „Stadt Hamburg“ untergebracht sind. Vom 20. bis 22. September Ausflüge unter anderem nach Schwerin, an den Müritzsee, Rostock und Warnemünde. Am Samstag, 23. September Teilnahme am Ostpreußen-Treffen in Schwerin. Der Preis für die Fahrt incl. Aller Rundfahrten und fünf Übernachtung mit Frühstücksbuffet beträgt im Doppelzimmer 490 Euro im Einzelzimmer 680 Euro. Anmeldungen bitte schnellstens bei Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229 oder bei Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093.

Buchen – Dienstag, 11. April, 15 Uhr, Café Breunig, Hornbacher straße 2, Hainstadt: Osterkringel-Essen mit einem Vortrag zum Thema „Sibylle von Olfers – Mutter der Wurzelkinder“.

Ludwigsburg – Dienstag, 18. April, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Frühlingsfest.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 15 Uhr, Orangerie: Vortrag zum Thema „Berühmte Persönlichkeiten aus Pommern“.

Bamberg – Mittwoch, 19. April, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Vortrag über das Lebenswerk von Siegfried Lenz.

Hof – Sonnabend, 8. April, 14 Uhr: 40-jähriges Jubiläum der Tanzgruppe in Rehau. Feier in der Lameeteria der Firma Lamilux.

Landshut – Dienstag, 18. April, 14 Uhr, Gasthaus „Zur Insel“: Neuwahlen des gesamten Vorstands und Jahresrückblick mit Fotos und Videofilm.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, Fax (030) 2547344E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr. Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



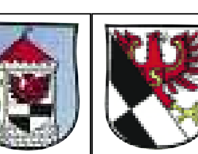
Bartenstein – Anfragen für gemeinsames Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Rastenburg – Sonntag, 9. April, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Gemensames Treffen. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Frauengruppe – Mittwoch, 12. April, 13:30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Osterfeier. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

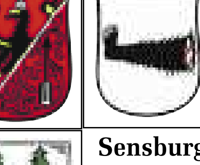


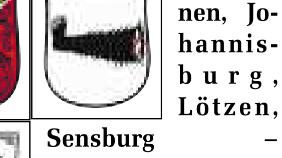


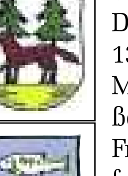
Angerburg, Darkehmen, Goldap – 20. April, 14 Uhr, Restaurant „Oase Amera“, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Treffen unter dem Motto „Der Frühling naht“. Anfragen: Marianne Becker Telefon (030) 7712354.



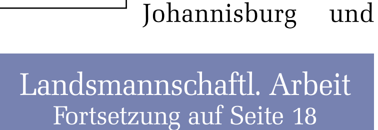
Königsberg – 21. April, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon 4944404.





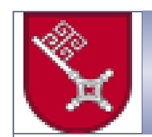


Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 25. April, 13 Uhr. Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Frühlingsfest. Anfragen Gumbinnen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, Johannisburg und



Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

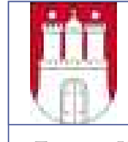
Sensburg: Andreas Maziul, Telefon (030) 54 29 917, Lötzen Gabriele Reiß: Telefon (030) 75635633.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertretende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Dienstag, 11. April, 17 Uhr, Stadtbibliothek Bremen, Am Wall 201, 28195 Bremen: Dr. Marianne Kopp, Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft, spricht zum Thema „Anke von Tharau – ein Mädchen und ein Lied“. Die Zuhörer erfahren mehr über die Namensgeberin für eines der bekanntesten deutschen Volkslieder. Da es als Musikuntermalung fast aller Fernsehfilme über Ostpreußen dient, kennen auch viele Nicht-Ostpreußen seinen Bezug zu Ostpreußen. Der Eintritt zur Veranstaltung ist frei. Der Vortrag findet in der Krimibibliothek statt. Sie ist über den Haupteingang der Zentralbibliothek zu erreichen.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, 22459 Hamburg, Telefon (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landesgruppe – Sonnabend, 8. April, 10 bis 16 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8 (unweit der S-Bahnstation Stadthausbrücke, U-Bahnstation Rödingsmarkt oder Haltestelle Michaelis-kirche der Buslinien 6 und 37): Ostermarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften. Angeboten werden verschiedene Spezialitäten. Ein Stand der Ostpreußen ist vor Ort. Für das leibliche Wohl ist gesorgt.

KREISGRUPPEN



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 12 Uhr im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125. Ein kulturelles Programm mit Bildvorträgen, Gedichten und gemeinsamem Singen erwartet Sie. Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg, Telefon (040) 587585, Fax: (040) 52678519, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Unsere nächste Zusammenkunft findet am 8. April, nun wieder um 15 Uhr, wie gewohnt im Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See, Grundstraße 10 in Kranichstein statt. Nach den Begrüßungsworten und Informationen zu Tagesthemen hören wir einen weiteren Vortrag von „pro senior“-Referentin Franziska Raschke über „Das trockene Auge“. Über eine rege Teilnahme an diesem unserem Treffen würden wir uns freuen. Allen Kranken wünschen wir eine gute Besserung und eine baldige Genesung.

Wetzlar – Montag, 10. April, 19 Uhr, Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: „Begegnungen mit meinem Geburtsort Kruglanken“ – So ist der Reisebericht von Kuno Kutz überschrieben. Der Vorsitzende hat im vergangenen Jahr seinen einstigen Heimatort im Kreis Angerburg besucht. Dabei wurde er auch freundlich vom heutigen Bürgermeister empfangen. Eindrücke dieser Reise in die Vergangenheit schildert er in einem Lichtbildervortrag. Der Eintritt ist frei.

Wiesbaden – Dienstag, 11. April, 14.30 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Frühlingsnachmittag der Frauengruppe. – Sonnabend, 22. April, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat Friedrichstraße 35: Jahreshauptversammlung mit 1. Abstimmung über die Tagesordnung, 2. Feststellen der Anwesenheit und des Stimmrechts, 3. Geschäftsbericht des Vorstandes, 4. Bericht des Schatzmeisters, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Aussprache zu den Tagesordnungspunkten drei und vier, 7. Entlastung des Vorstandes und 8. Verschiedenes. Vor dem offiziellen Teil ist Zeit zur Unterhaltung bei Kaffee und Raderkuchen



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Donnerstag, 13. April, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Gemeinsames Treffen.

Rinteln – Donnerstag, 13. April, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Beim Monatstreffen wird Joachim Berg n Film über „Ostpreußen: Land, Leute und ihre Verhältnisse“ zeigen. Interessierte Gäste aus Nah und Fern sind ebenfalls herzlich willkommen. Auskünfte zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 5386 oder über: rebuschat@web.de



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Dortmund – Montag, 18. April, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1-3 (Eingang Märkische Straße): Zusammenkunft.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Mittwoch, 19. April, 19 Uhr, GHH: Professor Udo Arnold zum Thema „Der Deutsche Orden und Litauen – Dreihundert Jahre gemeinsame Geschichte“. – Donnerstag, 20. April, 19.30 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Marion Cals. – Dienstag, 25. April, 15 Uhr, GHH: „Weißt Du noch“ – Geschichten und Anekdoten aus 60 Jahren „Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus“. Mittwoch, 26. April, 15 Uhr, GHH: „Reisender durch ein Jahrhundert“ – Vortrag über den im ostpreußischen Johannisburg geborenen Dirigenten Kurt Sanderling.

Essen – Freitag, 21. April, 15 Uhr: „Der Waldkauz – Vogel des Jahres 2017“. Referent ist Ulrich Hoffmann vom NABU. Weitere Informationen: Bernhard Kehren, Telefon (0201) 626271, E-Mail: bernhard.kehren@theopoint.de

Osnabrück – Freitag, 21. April, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Wesel – Sonnabend, 8. April, 16 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Traditionelles Frühlingsfest mit Grützwurstessen. Anmeldungen bis zum 19. März bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657 oder Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403.

Witten – Montag, 24. April, 15 Uhr, versammlungsraum, Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde, Lutherstraße 6–10: Vortrag über „Martin Luther und sein Wirken“, danach „Thüringen von oben“



SACHSEN

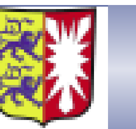
Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Sonntag, 23. April, St. Matthäus Kirche, Zinzendorferstraße 14, 09116 Chemnitz: Kirchentag der evangelischen Ostpreußen mit der Landesgruppe Sachsen. Mit einem gemeinsamen Gottesdienst um 9:30 Uhr soll das Treffen beginnen. „Die Auswirkung der Reformation auf Ostpreußen“ sollen das Thema des Tages sein. Wir wollen an diesem Tag Martin Luther gedenken und laden alle Interessierten recht herzlich dazu ein. Im Anschluss des Gottesdienstes werden wir an unserem Gedenkstein der Toten gedenken.

Nach der Mittagspause wird der Pfarrer im Ruhestand Klaus Plorin sprechen. Bei Kaffee und Kuchen wird der Kindergarten „Kirchenmäuse“ das Treffen mit einem kleinen Rahmenprogramm abschließen.

Freunde des Ostpreußischen Landes- und Jagdmuseums

Sonnabend, 22. April, 9.30 Uhr, Krone Bier & Event-Haus, Heiligengeiststraße 39. 21335 Lüneburg: Mitgliederversammlung mit einem Gastvortrag von Wolfgang Freyberg, dem Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen, zum Thema „Der deutsche Orden von der Entstehung bis zur Gegenwart“. Joachim Mähnert, Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums, wird zudem über den aktuellen Stand der Arbeiten zur Erweiterung seines Hauses berichten. Gäste sind herzlich willkommen. Voranmeldung unter Telefon (04131) 7599510.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

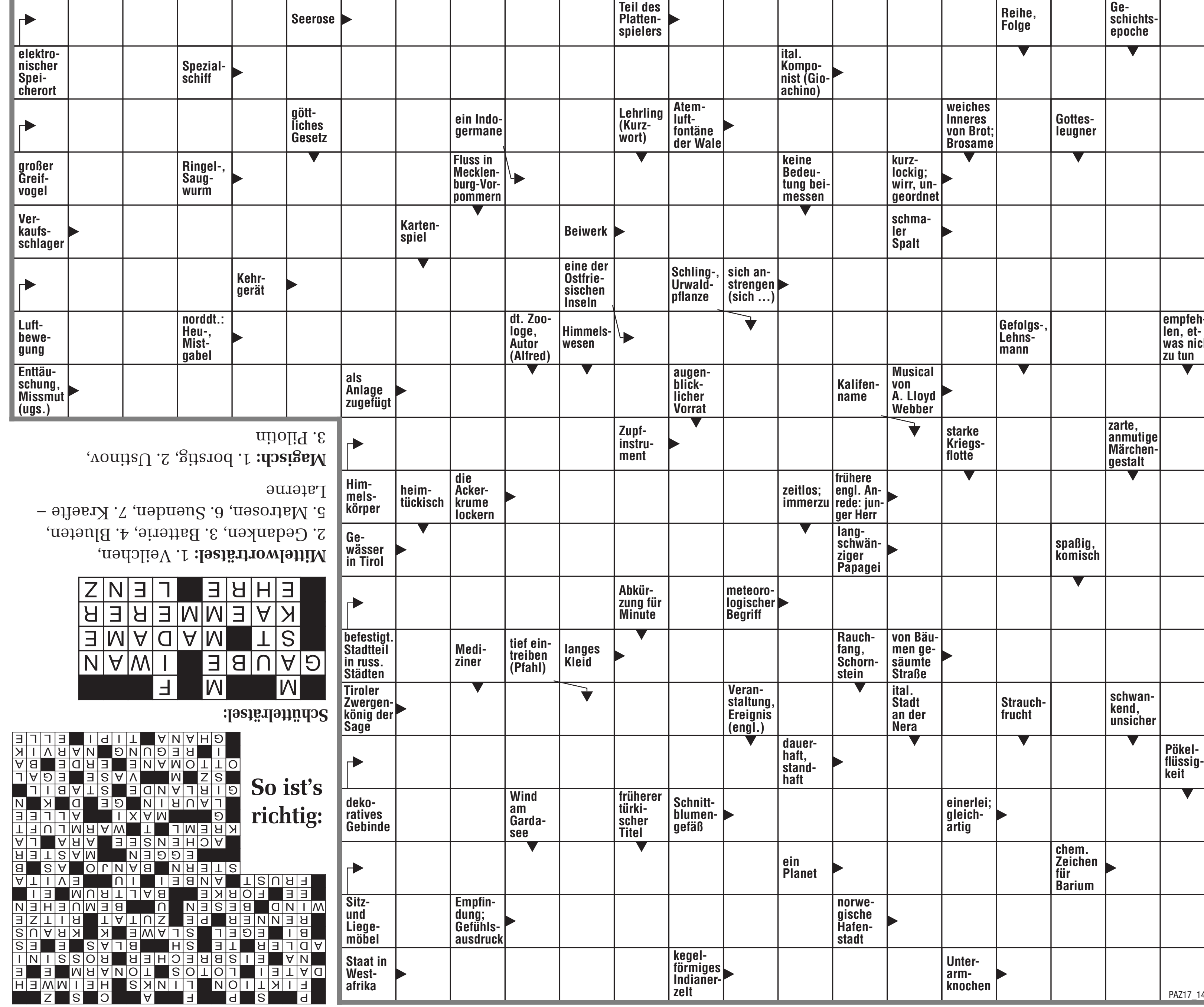
Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Burg – Dienstag, 11. April, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: „Kuba, Paradies in der Karibik, Land und Leute, Staatsempfang für die erste, nicht kommunistische Reisegruppe in Havanna“ – darüber berichtet und zeigt einen Lichtbildervortrag der Landesvorsitzende und Kulturreferent Edmund Ferner. Gäste sind herzlich willkommen.

Flensburg – Mittwoch 12. April, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafe: Erst Kaffeetafel dann der Vortrag „Die Plaggenhacke“ von Christian Winkel. Es geht um die Kolonisten, die im Jahr 1762 aus dem Süden Deutschlands in das Herzogtum Schleswig strömten.

Neumünster – Mittwoch, 12. April, 15 Uhr, Stadthalle: Monatliche Veranstaltung. Monika Krebs zeigt Fotografien aus dem Nachlass von Walter Erben. Das Motto der Veranstalung: „Neumünster in schwarz-weiß aus den Jahren 1950-60-70.“

Schönwalde am Bungsberg – Freitag, 21. April. 19 Uhr. Café Ehlers, Oldenburger Straße 8, Kasseedorf: Jahreshauptversammlung. Traditionell soll es an diesem Abend Königsberger Klopse geben. Der Kostenbeitrag liegt bei 12 Euro. Anmeldungen bis zum 16. April bei Hans-Alfred Plötner, Telefon (04528) 495, oder Ulrich Schrank, Telefon (04528) 9901.



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

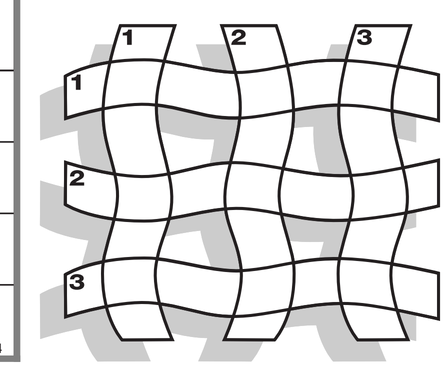
AEKMS		AHTU	EEMMM		DEFIL		AERW	AEMN	ENRZ
					AINW				
ABEGU			AADE MM						
AEEEK MMRR									
EEHR					ELNZ				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für Straßenlampe.

1	ALPEN		DUFT
2	GRUND		GUT
3	AUTO		POL
4	BACH		MEER
5	LEICHT		ANZUG
6	JUGEND		BOCK
7	ZAUBER		MESSEN

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 struppig, stachelig
2 britischer Schauspieler (Peter)
3 Flugzeugführerin

»Bülo, Bülo«

Erinnerungen an Ostpreußens Vogelwelt

In Balga im Kreis Heiligenbeil ist unsere langjährige Leserin Gisela Hannig (siehe *PAZ* 31/16) großgeworden. Die 92-jährige, die heute in Friedrichshafen wohnt, erinnert sich besonders jetzt im Frühling gerne an Ostpreußens bunt gefiederte und sangesfreudige Vogelwelt.

So etwas werde ich sicher nicht noch einmal erleben. Das war wohl 1932 morgens um 7 Uhr, als ich von Balga per Fahrrad nach Heiligenbeil unterwegs zur Schule war. Noch vor Follendorf höre ich ein lautes Gezwitscher und sehe kurz darauf auf einem Baum so zirka 30 bis 40 Kanarienvögel sitzen. Natürlich waren es andere kleine gelbe Vögel unterwegs Richtung Norden. Unser Biologielehrer, dem ich von meinem Erlebnis berichtete, meinte, dass es Grasmücken gewesen sein könnten.

Auf derselben Strecke Richtung Balga fahre ich zu Pfingsten den Glockenberg hinauf und sehe oben in den hohen Kiefern einen Papagei fliegen. Als ich näher kam, flog er von einem Baum zum nächsten. Ich höre gleich darauf wie er „Bülo – Bülo“ ruft. Das war also ein Pirol, extra für mich zur Begrüßung, bildete ich mir ein. Hoch oben jubilierten die Lerchen, denn es sollte wohl ein sonniger und warmer Tag werden. Wo und wann werde ich so etwas hier im Westen erleben?

An der Toreinfahrt zu unserem großen Innenhof vom Ordenskrug brüteten schon die Schwalben und hatten sich viele Nester an der Decke gebaut. Wir nannten sie Hausschwalben, während sich die Uferschwalben viele Löcher für ihre Nester in die lehmige Steilküste Richtung Kahlholz gegraben hatten. Da herrschte ein reger Flugbetrieb, denn es gab viele Haffmücken zu fangen.

An lauen Sommerabenden wanderten wir gerne an den Schlossplatz und an den Burggraben, um den Sprosser im Gebüsch zu hören. Das war die ostpreußische Nachtigall, denn diese gab es nur bis zur Weichsel, so hatten wir es in der Schule gelernt. Der Sprosser sang wohl auch lauter und hatte andere Verse wie man sich erzählte.

Von Balga aus gingen auch unsere Besucher am Abend die Pillauer Lichterchens bekucken, denn die Hafenstadt war hell erleuchtet und spiegelte sich im Haff. Gerne wurden den Berliner Ferienkindern die schnarchenden Ritter im Burghof vorgeführt, nachdem wir ihnen allerlei Spukgeschichten erzählt hatten. Das Schnarchen verursachten aber die Eulen, die mit der Fütterung der Jungen in den Gemäuern beschäftigt waren.

Rückwirkend betrachtet war die Halbinsel Balga ein Vogelparadies. Wenn der Flieder überall blühte, war dies für Buchfinken und Meisen ein idealer Aufenthaltsort. Wenn nach dem langen Winter die Störche einfielen galt es die Sommersachen auszupacken und das schöne Lied vom Adebar anzustimmen: „Auf einer Wiese gehet was, watet durch die Sümpfe, hat ein schwarz-weiß Röcklein an, trägt auch rote Strümpfe.“ Gerne stolzierten die Störche bei der Heuernte hinter der Schleppharke her, um Mäuse oder Frösche zu fangen. Wo fangen sie jetzt, wo wir nicht mehr da sind? Ob sie überhaupt noch nach Ostpreußen kommen?



„Ein Pirol, extra für mich, zur Begrüßung“ Bild: CF

Freunde, Heimat, Osterglocken

600 gutaufgelegte Besucher feierten im Volkshaus Anklam den Frühlingsbeginn

Die Initialzündung war 1991 das erste Ostpreußentreffen im Anklamer Theater mit Wilhelm von Gottberg und 500 Landsleuten – über 200 Treffen sollten dem folgen. So ließen sich genau 26 Jahre später bei frühlingshaftem Wetter am 11. März 2017 erneut 600 Ostpreußen und Freunde der Heimat aus der näheren und weiteren Umgebung in das „Volkshaus“ Anklam rufen. Fleißige Helfer hatten die Mehrzweckhalle der Jahreszeit entsprechend mit leuchtenden Osterglocken und Forsythien festlich geschmückt. Über der Bühne prangte ein riesiges Trakehner-Tor, darunter ein großes Ostpreußen-Transparent und ringsum an den Wänden die Fahnen aller ostpreußischen Kreisstädte. Auf den Tischen standen die Schilder der Heimatkreise, so dass sich die ankommenden Landsleute leicht finden konnten. Zur Eröffnung begrüßte Landesvorsitzender Manfred Schukat wieder 30 neue Gäste, die zum ersten Mal in Anklam dabei waren.



Forsythien und Osterglocken, ringsum die Fahnen aller ostpreußischen Kreisstätte: Fleißige Helfer hatten die Mehrzweckhalle festlich hergerichtet Bild: privat

30 Liter Bärenfang nach eigenem Rezept

Auch die Blasmusik Redefin hatte die weite Fahrt nach Anklam nicht gescheut. Zur Feier des Tages erklangen preußische Militärmärsche und geistliche Weisen. Für die Andacht war Pfarrer Bernd-Ulrich Gienke aus Loitz gewonnen worden. Er ist der Sohn von Altbischof Gienke aus Greifswald, dessen Auftritt zu DDR-Zeiten in der Stralsunder Marienkirche vor Erich Honecker hierzulande unvergessen ist. Pfarrer Gienke bekannte zur Überraschung seiner Zuhörer, dass seine Mutter aus Osterode stammt und wie die meisten anderen viel Schlimmes auf der Flucht erleben musste. Seine Großmutter, eine fromme Frau, sei von der Roten Armee erschossen worden.

So konnte der Pfarrer sehr authentisch den Trost des christlichen Glaubens vermitteln und mit den Ostpreußen gemeinsam das Vaterunser sprechen. Das Totengedenken erinnerte besonders an den kürzlich mit 92 Jahren verstorbenen Hans Narweleit aus Osterode, der Verbandskassierer, Gründungs- und Ehrenmitglied war. Nach dem Gedicht „Abschied von Königsberg“ von Agnes Miegel stimmte die Blasmusik Redefin gemeinsam mit den Besuchern das Ostpreußenlied an. Anschließend gab Friedhelm Schülke einen anschaulichen Bericht von der Weihnachtspäckchen-Aktion im Advent 2016. Über 4.000 Euro und 150 Päckchen waren gespendet und mit der Fähre von Kiel nach Memel gebracht worden.

Die Leiterin der Diakonie-Station „Sandora“ in Memel, Magdalena Piklaps, hatte akribisch Buch geführt und die Unterschrifts-Listen der Empfänger nach Anklam geschickt. So kehrte vielfältiger Dank zu den erfreuten Spendern zurück. Große Anerkennung für diese Geschenke-Aktion und das schöne Treffen zollten der neue Staatssekretär für Vorpommern, Patrick Dahlemann, und die Landesgeschäftsführerin der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Mecklenburg-Vorpommern, Bärbel Saß, die beide erstmals an solcher Veranstaltung teilnahmen. Weitere Grußworte entboten der scheidende Bundestagsabgeordnete Matthias Lietz und der ehemalige Landtagsabgeordnete Bernd Schubert. Beide erhielten zum Dank für ihre langjährige Verbundenheit als Andenken je einen Königsberger Bierkrug mit einer Flasche „Memel-Bräu“. Für die geduldigen Zuhörer war wie immer die obligatorische Saalrunde „Bärenfang“ fällig. Fleißige Hände hatten dazu 30 Liter des ostpreußischen Nationalgetränks nach eigenem Rezept angesetzt. Natürlich intonierten die Redefiner Blasmusiker einen stimmungsvollen Toast und den Trakehner Reitermarsch.

Nach dem Mittagessen mit Königsberger Klopsen gab es noch einen musikalischen Nachschlag der Blasmusik Redefin. Wieder war aus dem 700 Kilometer entfernten Gumbinnen eigens der Kant-Chor nach Anklam gekommen. Zwischen dessen Mitgliedern und vielen Landsleuten in Mecklenburg-Vorpommern sind echte Freundschaften entstanden. Mitbringsel und Bestellungen wurden hin und her ausgetauscht.

Volkslieder vom Kant-Chor

Der russische Kammerchor brillierte mit geistlichen Weisen zur Osterzeit, aber auch mit fröhlichen russischen, deutschen und vor allem ostpreußischen Volksliedern. Auch Liedwünsche wurden erfüllt, so jenes von der „Iwuschka“ – einem Weidenbäumchen am Fluss, dem Treffpunkt einer kurzen Liebe. Natürlich durften auch „Katjuscha“ und „Kalinka“ nicht fehlen. Man kann diesen Kontakt durchaus als Völkerverständigung ansehen, weil die Vergangenheit nicht ausgeblendet, sondern gemeinsam als Erbe und Verpflichtung verstanden wird.

Den weiteren Nachmittag gestaltete das Mecklenburg-Pommeraner Folklore-Ensemble „Richard Wossidlo“ aus Ribnitz-Damgarten. Der künstlerische Leiter, Holger Hurtig, hatte mit 40 jungen Leuten wieder ein wunderschönes Volkstanz-Programm in echten Trachten und mit gekonnter Instrumental-Musik einstudiert. So ging das frohe Beisammensein viel zu schnell zu Ende. Zum Finale überreichte der Kant-Chor dem Insterburger Klaus Böttcher aus Crivitz ein maßgeschneidertes russisches Trachtenhemd. Das nächste große Wiedersehen gibt es am 23. September in der Sport- und Kongresshalle Schwerin zum Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern.

Friedhelm Schülke, Schriftführer



Ein ständig falsches Lächeln

Zu: Vereint in die Irre (Nr. 12)

Martin Schulz ist für mich der letzte Notnagel einer versinkenden SPD. Erst nachdem sich niemand in der SPD fand, der für eine Kanzlerkandidatur geeignet schien, einigte man sich auf Schulz, der gerade zufällig einen neuen Job suchte. Sein ständiges Lächeln in die Kameras ist nicht echt und zeigt seine Arroganz und Selbstherrlichkeit. Dass er mit seinem Lebenslauf kokettiert, geschieht nach dem Motto, „Angriff ist die beste Verteidigung“.

Natürlich hat er längst mitbekommen, dass sich viele über seinen Lebenslauf lustig machen. Nichts gegen Buchhändler, und Hut ab, wer den Alkohol besiegt. Aber ist man damit qualifiziert genug, um eines der höchsten Ämter in der EU auszuüben oder um Kanzler in Deutschland zu werden? Wenn ich mir den Zustand der heutigen EU anschaue, denke ich nein. Alleine die Zeit als EU-Politiker dürfte ihn völlig von der Basis entfremdet haben. Von daher kann ich mir nicht vorstellen, dass die Wähler es ihm abnehmen, er sei ein Mann des Volkes. Jeder, der die EU heute kritisch sieht, muss automatisch auch Schulz kritisch betrachten.

Seine zurzeit angeblich so guten Umfragewerte sind nur eine reine Momentaufnahme. Sobald die Wähler realisieren, für welche Politik Schulz wirklich steht, wird es mit der SPD wieder bergab gehen. Sollten die Medien noch mehr Negatives von Schulz' Vergangenheit ausgraben, könnte ihm sein ständiges Lächeln sehr schnell vergehen.

Claus Reber, Arnsberg

Fremde Willkommens-Wähler

Zu: Nach Recht und Gesetz russisch (Nr. 2)

Ich rege an, dass die *PAZ* entsprechend der Frage nachgeht, wie die „Integration“ von „Flüchtlingen“ und ihrer Familienangehörigen mit dem Völkerrecht (Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volks) und dem Grundgesetzartikel 20. Abs. 2 (Demokratieprinzip) vereinbar ist. Die allmähliche Einbürgerung einer großen Personenzahl kann die Zusammensetzung der Wahlbevölkerung so verändern, dass im Bundestag im Sinne eines „Züngleins an der Waage“ eine Kanzlermehrheit entsteht, die sonst nicht zustandegekommen wäre.

Da Zuwanderer vorhersehbar die Partei wählen, die immer mehr „Willkommenskultur“ zusichert und umgekehrt Politiker um Stimmen der „Flüchtlinge“ werben, könnte sich das Hereinholen Fremder zu einem Selbstläufer und zu institutionalisierter Wahlfälschung entwickeln. Muss die Stammbevölkerung das hinnehmen?

Hans G. Lindenmeyer, Remshalden

Loyale Haltung

Zu: Deutschland nicht homofreundlich (Nr. 12)

In der Meldung über die homofreundlichsten Länder der Welt wird die Veröffentlichung des „Spartacus Gay Travel Index 2017“ thematisiert. Wie die *PAZ* richtig berichtete, hat sich Deutschland in der Reihenfolge der Reisezielländer, die dieser Index bewertet, gegenüber den Vorjahren verschlechtert und liegt auf Rang 22. Die Änderung der Einstufung erfolgte aufgrund fortbestehender gesetzlicher Nachteile homosexueller gegenüber heterosexuellen Paaren.

Zum richtigen Verständnis des Index hätte die *PAZ* meines Erachtens nach jedoch auch die Gesamtzahl der untersuchten Länder und Territorien nennen sollen, die bei 194 liegt. Deutschland wird von den Autoren des Index also keineswegs als „nicht homofreundlich“ an den Pranger gestellt, sondern wird tatsächlich nach wie vor im vordersten Feld bezüglich der Akzeptanz homosexueller Menschen aufgeführt.

Es entsteht beim Lesen der Meldung aber das unterschwellige Gefühl, die Index-Autoren seien mit den üblichen maßlosen gender-politischen Forderungen am Werk gewesen. Ein Eindruck, der leider unwillkürlich auf die Bevölkerungsgruppe homosexueller Menschen mitprojiziert wird.

Tatsächlich sind sich alle Homosexuellen, die ich kenne, des Privilegs, im Deutschland des 21. Jahrhunderts zu leben, sehr bewusst. Sie haben ausnahmslos eine loyale und dankbare Haltung gegenüber Deutschland und stehen den derzeitigen Umwälzungen in Deutschland auch ausnahmslos kritisch bis ablehnend gegenüber. Diese nach meiner Erfahrung mehrheitliche Einstellung wird aber von Krawallpolitikern vom Schlage eines Volker Beck in der öffentlichen Wahrnehmung leider oft verdeckt.

Stephan Reimann, Stuttgart

Keine Alternative

Zu: Problemfall (Nr. 9) und: „Ja, wir sind populistisch“ (Nr. 12)

Endlich, wenn auch vermutlich leider zu spät, redet in der *PAZ* jemand Klartext zum Problemfall Höcke. Den Ausführungen kann ich Wort für Wort nur zustimmen. Höcke hat es in der Tat geschafft, mit seinem NPD-ähnlichen Gehabe der AfD nachhaltig zu schaden. Man sieht es bereits jetzt an den sinkenden Umfragewerten, und dieser Trend wird sich bis zu den Bundestagswahlen im September fortsetzen. Denn leider hat Höcke in der AfD zahlreiche und zudem maßgebliche Unterstützer, sodass nicht damit zu rechnen ist, dass dieser Stein des Anstoßes aus dem Weg geräumt wird.

Einer dieser Unterstützer ist Alexander Gauland, über den ich inzwischen nur noch den Kopf schütteln kann, wenn er behauptet, nicht die Rede Höckes in Dresden habe Schaden angerichtet, sondern allein die Auseinandersetzung darüber. Was meint er wohl, wie diese unsägliche Rede – wie schon Höckes zahlreiche Fehltritte zuvor – auf einen konservativen potenziellen AfD-Wähler gewirkt hat? Was soll ein solcher Wähler von einem führenden AfD-Mitglied wie Gauland halten, der öffentlich bekundet, „Ja, wir sind (rechts-)populistisch“? Oder: „Wir sind eine reine Protestpartei“?

Nichts als „nein“ sagen, nichts selbst gestalten wollen, keine Verantwortung für das Land übernehmen wollen: Wer und weshalb soll man eine solche Partei denn überhaupt wählen? Dabei hat sich angesichts des CDU-Marsches in Richtung Sozialismus und der dadurch entstandenen Lücke in der politischen Mitte ein glänzendes Betätigungsfeld für eine konservative beziehungsweise liberal-konservative Partei aufgetan.

Aber die AfD ist nicht in der Lage, es zu besetzen. Eine „Alternative“ für Deutschland? Fehlanzeige! Dümmliche Sprüche statt Kräfte bündeln für entschlossenes Handeln: Wo ist da der Unterschied zu den Etablierten? Nirgends.

Albert Riecker, Göttingen

Bild: Olaf Kosinsky_CF

Streitobjekt Björn Höcke: Ist der Thüringer AfD-Landeschef mit seinen umstrittenen Reden Schuld am Meinungstief seiner Partei?

Deutsche Politik ist ein Auslaufmodell

Zu: Klartext oder Hetze? (Nr. 10)

Wessen lange bestehende Macht bröckelt, wer seine Politik nicht mehr rational vermitteln kann oder will, der greift zur Emotionalisierung, zu Unterstellungen, die Kritiker seien postfaktisch, populistisch, hasserfüllt oder menschenverachtend. Doch dies gilt nur gegenüber nichtlinken Einheimischen. Selbst islamistischer Ungeist, die Androhung von Massakern, wie die Bannerparole „Eure Kinder werden zu Allah beten oder sterben“ sowie antisemitische Ausfälle bleiben staatlicherseits unbehelligt. Ein Sturm der Empörung mit juristischen Folgen für die Verfasser wäre losgebrochen, hätte es statt Allah dann Christus oder gar Wotan geheißen.

Wenn nun ausgerechnet das Bundesjustizministerium mit einer linksradikal-antideutschen Stiftung zusammenarbeitet, deren eine Mitarbeiterin ungehindert im Internet verbreitete: „Sauerkraut, Kartoffelbrei, Bomber Harris, Feuer frei!“, dann ist das Maß voll. Während man andere einer Hasssprache beschuldigt, lebt man seine eigne Borniertheit, seinen eigenen Hass ungehindert, sogar staatlich als „gemeinnützig“ gefördert, aus. Positionen, die woanders als linksextrem, antiamerikanisch oder antibritisch gelten, sind bei uns Teil der Regierungspolitik. Seitdem eine moralisch und programmatisch entkernte CDU diesen Kurs billigt oder auch nicht fördert, kann von fairer Debatte, von einem freien Meinungsklima nur noch ausnahmsweise die Rede sein.

Die Stimmung ist inzwischen so negativ aufgeladen, wie nur noch zu den Hochzeiten des Kalten Krieges. Doch es ist ein innenpolitischer Propagandakrieg. Der innere Frieden wird von oben gekündigt, jedenfalls extrem gefährdet, wenn sich Etablierte weigern, mit jeglichen Vertretern einer zwar polarisierenden, aber zugelassenen Partei auch nur zu diskutieren.

Wenn Meinungsvielfalt ein Kernbestand der Demokratie ist, dann ist mit diesem Verhalten und mit dem Versuch der Internetzensur die Systemfrage gestellt. Im Unterschied zur Weimarer Republik diesmal aber von oben. Von dort und von den Massenmedien wird die Einseitigkeit, die Ideologisierung des Politbetriebes am wirksamsten vorangetrieben. Eines seiner Opfer ist die Gleichheit vor dem Gesetz, also der Rechtsstaat im Bereich des Demonstrationsrechtes und des politischen Strafrechts.

Die USA und England haben eine Wende hin zu mehr Nüchternheit, Pragmatismus und Patriotismus eingeleitet, hier geschieht aber weiter das Gegenteil. Während der US-Präsident für den Durchschnittsamerikaner regieren möchte und die polnische Regierung zuerst für die Mehrheit der Polen, denken die hiesigen, nationsfernen Eliten nicht im Traum daran, Deutschland wenigstens ein Stück weit den Bürgern zurückzugeben. Damit sind Konflikte und letztlich forcierter Niedergang programmiert. Und dies, um einen Kurs um jeden Preis fortzusetzen, der international ein Auslaufmodell ist. Wahrscheinlich können sie nicht mehr von den Tigern herunter, die sie ein Politleben lang geritten haben, oder sie handeln sogar aus Überzeugung.

Rudolf Kraffzick, Nachtsheim

Wahrheit erzählt

Zu: „Extreme Gewalt“ (Nr. 12)

Haben Sie vielen Dank für Ihren Mut, die politische Korrektheit zu überwinden und diesen Artikel zu den Untersuchungen der Bloggerin Ines Laufer zu Gewalt von Asylsuchern zu schreiben und zu veröffentlichen.

Was das Volk schon immer vermutete: Wir werden von den Regierungen belogen und betrogen mit gefälschten Nachrichten. Daher ist dieser Beitrag nicht hoch genug einzuschätzen.

Bravo an Sie alle, dass Sie die Wahrheit höher setzen als die gewollte politische Volksverdummung.

Winfried Veldung, Bad Schwartau

Griechenland wird der Schwarze Peter zugeschoben

Zum Leserbrief: Den Griechen mangelt es an nichts (Nr. 9)

Als Deutsche, die vor Jahren in eine griechische Familie eingeheiratet hat und Land und Leute durch zahllose Aufenthalte in Griechenland sicher besser kennt als es die Briefautorin nach zweimaligen Urlaubsaufenthalten in Griechenland vermag, möchte ich zu dem Leserbrief Stellung nehmen und damit der Schreiberin zur dringend notwendigen Erweiterung ihres Gesichtskreises Hilfestellung geben.

Die Leserbriefautorin ist der Überzeugung, nach zwei Aufenthalten in Griechenland, die Griechen als herumlungernde, feier- und tanzwütige, arbeitsscheue Gesellen aburteilen zu können, die dann auch noch die Frechheit besitzen, „uns“ (wen meint sie damit?) zu verachten. Das, was die Autorin von sich gibt, ist genau die Information, die in den deutschen Mainstream-Medien verbreitet wird und hat mit der griechischen Realität nichts zu tun.

Mein Sohn arbeitet nach Ausbildung zum nautischen Offizier und Verkehrsflugzeugführer in Piräus und hat nicht nur in die eigene Arbeitswelt, sondern in große Bereiche der griechischen Arbeitswelt Einblick. Ich kann allen, die von ähnlicher Unkenntnis und Voreingenommenheit strotzen, nur versichern, dass das Arbeitsleben in Griechenland wesentlich härter und fordernder ist als im gepamperten Deutschland.

Die 45-Stundenwoche (mindestens) ist dort ebenso die Regel wie die gesplittete Urlaubszeit, in der ein ununterbrochener Urlaub von zum Beispiel drei Wochen wie in Deutschland nicht erwartet werden kann. Tägliche Arbeitszeiten von neun bis zu zwölf Stunden sind keine Ausnahme.

Vorurteile bestimmen das Griechenbild

Selbstverständlich findet man – gerade in Urlaubsgegenden – genügend Menschen, die auch vormittags vor dem Kafenion (Kaffeehaus, d. Red.) sitzen und ihre Zeit genießen. Vielleicht sind es Rentner. Oder sie sind arbeitslos und suchen – wie es in den Mittelmeerländern üblich ist – den Kontakt zu ihren Mitmenschen, statt sich wie in Deutschland in ihren vier Wänden zu verbunkern und dort oft ihren Kummer im Alkohol zu ertränken?

Im Gegensatz zu den Deutschen haben die Griechen – bei allen Einschränkungen und Widrigkeiten, mit denen sie in ihrem Alltagsleben zu kämpfen haben – ihre Lebensfreude und Lebenslust nicht verloren und teilen sie gern auch mit den Leuten, die in ihr Land kommen. Wer dabei Verachtung spürt, der sollte seine eigene Einstellung und sein daraus resultierendes Verhalten gegenüber der Bevölkerung eines anderen Landes überprüfen und nicht aus der Tatsache, dass man die mediterrane Lebensart nicht versteht, schließen, dass es „den Griechen an nichts mangelt“. Im Gegensatz zu den Deutschen sind die Griechen allerdings auch mit weniger zufrieden. Die Jagd nach materieller Überlegenheit gegenüber dem Nachbarn ist eher eine deutsche als eine griechische Eigenart. Die im Ausland – und damit meine ich das gesamte Europa – verachtete und kritisierte deutsche Besserwisserei, die gepaart ist mit Unkenntnis, Arroganz und Rechthaberei, wird von vielen Deutschen beispielhaft vorgeführt.

Zur Information sollte man darauf aufmerksam gemacht werden, dass Griechenlands gefälschte Bilanzen, die zum EU-Beitritt vorgelegt wurden, sowohl in Berlin als auch in Brüssel bekannt waren. Auf Geheiß der USA haben die Rating-Agenturen die griechischen Zahlen so frisiert, dass dem von den USA gewünschten Beitritt in die EU nichts im Weg stand. Um von der eigenen Schuld abzulenken, wird jetzt der Schwarze Peter ausschließlich Griechenland zugeschoben, und Italien als weiteres höchst verschuldetes Land wird gar nicht erst ins Gespräch gebracht. Wenn es nach Martin Schulz geht, wird Deutschland durch die Eurobonds ohnehin gewaltig zur Kasse gebeten werden, aber daran sind dann bestimmt auch die Griechen schuld!

Dr. Rita Vassiliadis, Bad Reichenhall

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Die Erde als Kartoffel

Die Vermessung der Welt unter den Preußenkönigen – Helmholtz-Zentrum Potsdam zeigt anschaulich, wie man früher Maß nahm

Früher standen hier königliche Kutschpferde. Heute befindet sich in dem sogenannten Kutschstall-Ensemble am Neuen Markt von Potsdam das Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, das jetzt in einer Ausstellung zeigt, mit welchen Methoden man früher die Welt vermessen hat.

Friedrich der Große ließ den Neuen Markt im 18. Jahrhundert großzügig ausbauen. Der Kutschstall in seiner heutigen Form entstand aber erst nach dessen Tod. 1789 wurde der Bau mit seiner frühklassizistischen Fassade fertiggestellt. Der Stallgeruch ist inzwischen verflogen, obwohl sich im Erdgeschoss einmal Boxen für rund 100 königliche Kutschpferde befanden. Im niedrigen Geschoss darüber waren die Stallburschen und Vorreiter untergebracht. Am Ende der Monarchie, ab 1918, fanden hier Polizeipferde einen Unterstellplatz.

In den Folgejahren wurde das geschichtsträchtige Haus Lager- und Werkstätte, ja sogar Obst- und Gemüsemarkt zu DDR-Zeiten. Wegen der günstigen Stadtlage und seiner historischen Bedeutung entschloss man sich, diesem Haus wieder würdig zu begegnen. Die seit 2003 eingerichtete ständige Ausstellung „Land und Leute – Geschichten aus Brandenburg-Preußen“ bietet eine erlebnisreiche Reise durch 900 Jahre brandenburgisch-preußische Landesgeschichte bis hin zur Neugründung Brandenburgs als Bundesland im Jahr 1990. Breit gespannt gehen die Kuratoren hier der Kunst und Kultur, aber auch der Sozial- und Alltagsgeschichte der Brandenburger nach. 350 originale Ausstellungsobjekte, Fotos, Filme und Multimediastationen berichten von einer bewegten Vergangenheit Brandenburg-Preußens und seiner Menschen.

Darüber hinaus wird auch die Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts, insbesondere die Historie der DDR, nicht vergessen. Neben der Dauerausstellung sind auch ständig wechselnde Schauen zu sehen. Besonders zu erwähnen sei hier die Schau „Fokus: Erde. Von der Vermessung der Welt“, die aktuell in den oberen Räumen des Hauses gezeigt wird. Anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Helmholtz-Zentrums Potsdam – Deutsches Geoforschungszentrum (GFZ), berichtet erstmals eine Ausstellung über die Wirkungsgeschichte der Geowissenschaften in Potsdam.

Eng damit verbunden ist die Geschichte des Potsdamer Telegrafenbergs, einem der traditionsreichsten Wissenschaftsstandorte Deutschlands. Der Telegrafenberg verdankt seinen Namen der Station einer Linie optischer Telegrafen, mit der militärische Nachrichten zwischen Berlin und Koblenz übertragen wurden. Von 1832 bis 1848 stand dort die vierte Station einer etwa 600 Kilometer langen Telegrafenlinie. Werner von Siemens' Erfindung des technischen Telegrafen machte die optische Nachrichtenübermittlung in der Mitte des 19. Jahrhunderts dann schließlich überflüssig. Geblieben ist bis heute der Name des Hügels.

Die Anhöhe wurde wenig später bereits wissenschaftlich genutzt. Schon im Herbst 1876 begann der Bau des Hauptgebäudes des Astrophysikalischen Observatoriums. Unterschiedliche Observatorien für Erd-, Wetter und Klimabeobachtung folgten. Unter anderem zog 1892 das 1870 in Berlin gegründete Königlich-Preußische Geodätische Institut dorthin, dessen Nachfolger heute das Helmholtz-Zentrum Potsdam ist. Es ist eine der weltweit führenden Geo-Forschungseinrichtungen. Geodäsie ist die Wissenschaft von der Vermessung und Aufteilung der Erde.

Das Geodätische Institut wurde nach seinem Umzug auf den Telegrafenberg in Potsdam zu einem Mekka der Geodäten. Maßgeblich verbunden ist die Entwicklung mit Persönlichkeiten wie Friedrich Robert Helmert (1843–1917), dem Begründer der modernen Geodäsie und erstem Direktor des Geodätischen Instituts, und dem bedeutenden Naturforscher Alexander von Humboldt. Letzterer hat auf seinen vielen Reisen die Welt mit seinen Möglichkeiten vermessen. Er war es auch, der die Gründung eines Geodätischen Instituts anregte. Nicht zu vergessen ist Humboldts Einflussnahme auf den preußischen König Friedrich Wilhelm IV., Observatorien zu bauen und beste Instrumente anzuschaffen.

Und diese sind heute in der Schau zum Teil erstmals der Öffentlichkeit zugänglich. Für die Ausstellung öffnete die Sammlung des Geoforschungszentrums ihre Vitrinen und präsentiert die historischen Messinstrumente in ihrer ganzen Pracht aus blankgeputztem Messing. Mit 120 Objekten wird die Geschichte der Vermessung der Welt erzählt. Unter anderem ein Universaltheodolit, der bei der Mitteleuropäischen Gradmessung eingesetzt wurde, oder aber spezielle Pendelapparate, mit denen man die Erdanziehung bestimmte. „Im ausgehenden 19. Jahrhundert wusste man bereits, dass die Erde keine Kugel ist“, sagt Johannes Leicht, Kurator der Ausstellung, „und dass sie eine unregelmäßige Form hat.“

Die zwischen 1898 und 1904 im Pendelsaal des Geodätischen Instituts ausgeführten Messungen galten seinerzeit als die genauesten und zuverlässigsten Absolutmessungen der Schwere. Der in Potsdam ermittelte Schwerewert der Erde wurde 1909 in London zum internationalen Bezugswert erklärt. Daraus ergibt sich unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Erdanziehung eine spezielle Form der Erdkugel, „Geoid“ genannt oder „Potsdamer Schwerekartoffel“. Als geformtes Modell kann man diese in der Schau auch in die Hand nehmen und genauer ansehen.

Ehrfürchtig steht man vor einer Kiste mit den Ergebnissen der Gauß'schen Landvermessung von 1821 bis 1823. Die leicht zerschlissenen Hefte hat der große Gelehrte einst in der Hand gehalten. Kurt Winkler, der Direktor des Hauses der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, freut sich, diese Ausstellung in seinem Hause zu haben. Einfach, weil an den gezeigten Objekten viele faszinierende Geschichten dranhängen. *Silvia Friedrich*

Die Ausstellung des Helmholtz-Zentrum Potsdams – Deutsches Geoforschungszentrum läuft bis 9. Juli im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Am Neuen Markt 9, Potsdam. Zur Ausstellung ist ein zweisprachiger Begleitband in Deutsch und Englisch erschienen: „Fokus Erde/Focus Earth“, Deutscher Kunstverlag, 25 Euro, in der Ausstellung 22 Euro





Links: Vermessung der Eruptionsdynamik am aktiven Vulkan Karymsky in Kamtschatka. Oben: die „Potsdamer Kartoffel“ zeigt die verbeulte Erde. Unten: Portal des Kutschstalls

Bilder (2): Helmholtz-Zentrum Potsdam, GFZ/T. Walter. Unten: Hagen Immel/HBPG

Wasser gegen Stress

Bayerns »flüssiges Gold« – Die Thermalbäder der »Gesunden Fünf«

Bayern ist nicht nur Bundesland der Berge, sondern versteht sich auch als Golf- und Thermenland. In der Gesundheitsregion im Städtedreieck Regensburg, Landshut und Passau wird heilkräftiges Thermalwasser gefördert, das für einen entspannten Start in den Frühling sorgen soll. Das „flüssige Gold“ lockt jedes Jahr tausende Erholungssuchende an, welche hier die positiven Effekte des heißen Wassers in Ruhe und im Einklang mit der Natur genießen. Die lässt sich beim Flussradeln sogar ganz entspannt erkunden. Durch die Täler von Abens, Isar und Inn führen steigungsarme Radwege für Naturgenießer.

Als Bohrtrupps vor mehr als 70 Jahren im Rottal nach Öl suchten, fanden sie etwas viel Wertvolleres: 56 Grad Celsius heißes, schwefelhaltiges Thermalwasser. Schnell erkannte man in der bayerischen Tourismusregion des Golf- und Thermenlandes den Nutzen dieser Entdeckung und gründete die Heilbäder Bad Füssing, Bad Griesbach und Bad Birnbach. Gemeinsam mit den aus der Römerzeit stammenden Kurbädern Bad Gögging und Bad Abbach spricht man heute von den „Gesunden Fünf“.

Die Wirkstoffkombination des niederbayerischen Sulfid-Schwefel-Heilwassers dient neben entspannendem Baden vor allem als therapeutisches Heilmittel. Die angenehme Wärme und der sanfte Druck des Wassers lösen Verspannungen und Blockaden. Das Thermalwasser lindert als heilendes Bad aber auch Schmerzen, senkt den Stresspegel, hilft gegen Mattigkeit, Schlaflosigkeit und weitere Erschöpfungs-Anzeichen, wie eine jüngst vom Bayerischen Landesamt für Gesundheit geförderte und von der Universität Würzburg begleitete Studie wissenschaftlich belegen will.

Auch orthopädische Beschwerden, Rheuma, Verdauungs-, Stoffwechsel-, Gelenk- oder Wirbelsäulenprobleme können mit dem Abtauchen ins sprudelnde Nass gelindert werden. Dabei lohnt es sich, alle Quellen aufzusuchen, denn keine gleicht der anderen. Während das heilende Wasser in Bad Füssing, Bad Gögging und Bad Abbach besonders schwefelhaltig ist, besitzt die Quelle in Bad Griesbach einen hohen Fluoridanteil. Und das Wasser in Bad Birnbach ist mit bis zu 70 Grad an der Quelle ungewöhnlich heiß.

Gerade im Frühling lockt die Kombination aus Radfahren und Thermalbaden viele Gäste in die Region, um mit neuem Schwung die warmen Tage zu begrüßen. Die Auen und Wälder rund um Abens, Isar und Inn lassen sich beim gemütlichen Flussradeln genussvoll erleben. Auf steigungsarmen Radwegen wird der Kopf stressgeplagte Städter schnell frei, und bei einer Rast im Wirtshaus oder Biergarten kann man die Seele baumeln lassen sowie Körper und Seele in „Fluss“ bringen. Frei nach dem Motto: erst Thermalwasser zum Bad einfließen lassen, dann mit reichlich Weizenbier nachkippen. *tws*

Das Heilbad Bad Füssing bietet für 385 Euro ein dreitägiges Stress-Management-Arrangement an. Infos und Buchung unter: www.bad-fuessing.de



Thermalkur in Bad Füssing Bild: Ostbayern Tourismus e.V.

Berliner Goldfinger

Ein »Großes Ahornblatt« aus Gold weniger

Gold ist vor Diebstahl in Banktresoren am besten aufgehoben. Die USA haben mit Fort Knox sogar ein eigenes Goldlager errichtet, in das bisher nur Mr. Goldfinger einbrechen konnte – jedenfalls im gleichnamigen „James Bond“-Film. Ganz reale Goldfinger haben sich Anfang vergangener Woche im Bode-Museum auf der Berliner Museumsinsel einen ziemlich schweren Goldbrocken unter die Nägel gerissen: die 100 Kilogramm schwere kanadische Goldmünze „Big Maple Leaf“ (Großes Ahornblatt).

Der Raub war wenig filmreif, das Bode-Museum ist ja auch kein Fort Knox. Die Diebe stiegen nachts von der S-Bahntrasse aus mit einer Leiter in ein offenbar nicht alarmgesichertes Fenster ein, gingen einen Stockwerk tiefer, zertrümmerten eine ebenfalls wohl ungesicherte Vitrine, in der die 3,7 Millionen Euro aus fast reinem Gold lagen, transportierten das Stück mit einer Schubkarre zurück zum Fenster, seilten den Batzen Gold ab und entkamen unerkannt mit einem Fluchtwagen.

Zu blöd, dass man nicht selbst auf die Idee gekommen ist, wenn es so einfach ist. Die Wächter müssen sich zwischen 3.20 und 3.45 Uhr nachts im Tiefschlaf befunden haben, wenn sie diesen Coup nicht bemerkt haben wollen. Auch der Leiter des Münzkabinetts, Bernhard Weisser, gibt sich zwei Tage nach dem Raub wenig aufgeregt. Gegenüber dem „Tagesspiegel“ freute er sich über die Aufmerksamkeit, die dieser Diebstahl dem Museum beschert und neugierige Besucher ins Haus gelockt habe. Und er ist erleichtert, dass nicht wirklich wertvolle Kunstgegenstände des Hauses wie Donatello- oder Tilman-Riemenschneider-Skulpturen entwendet wurden.

Tatsächlich besaßen die Diebe wenig Kunstsachverstand. Ihnen ging es um den Materialwert der Münze, die mit dem Konterfei von Kanadas Staatsoberhaupt Queen Elizabeth zwar nur fünfmal geprägt wurde, aber sonst keinen Sammlerwert besitzt. Als Ganzes werden sie diese kaum los. Und auch das Einschmelzen der Münze dürfte ein Problem sein, da sich ein so riesiger Schmelzofen dafür schwer finden lässt. Sie werden die Münze wohl in kleine Stücke zerteilen und dann versuchen, anonym zu verkaufen.

Der Besitzer der Münze, ein anonymer Dauerleihgeber, wird es verschmerzen können. Die Versicherungssumme wird schon dafür sorgen. Peinlich ist dieser Raub für Berlin und das Bode-Museum aber allemal. *Harald Tews*

Big Maple Leaf Bild: SMB

MELDUNGEN

Ein Gang ins Kloster Chorin

Chorin – In Brandenburg lohnt es sich, wieder ins Kloster zu gehen. In der früheren Zisterzienserabtei von Chorin bei Eberswalde wird vom 8. April an eine neue Dauerausstellung präsentiert. Anlass ist der 200. Jahrestag des Beginns der Denkmalpflege durch den Baumeister Karl Friedrich Schinkel, der ab 1817 das „bedeutendste und edelste Werk der Frühgotik im Gebiet des norddeutschen Ziegelbaus“ (Georg Dehio) rekonstruierte. In sanierten Räumen werden die Baugeschichte, das mittelalterliche Klosterleben, die nachreformatorische Nutzung und die Wiederentdeckung Chorins im 19. Jahrhundert gezeigt. Infos: www.kloster-chorin.org *tws*

Mit Stil im Park flanieren

Baden-Baden – Dem Lebensstil der feinen Gesellschaft im 19. Jahrhundert widmet sich die Ausstellung „Natur und Kulisse“, die noch bis zum 3. September im Museum LA 8 (Lichtentaler Allee 8) in Baden-Baden zu sehen ist. Mit Parks schuf sich das Bürgertum eine angemessene Kulisse zum Flanieren, wie auf vielen Gemälden und anschaulich auch im eigenen Kurpark zu sehen ist. Infos: www.la8.de *tws*

Als Pizzabäcker getarnt

Betroffene liefert Einblicke in Machenschaften der Mafia

Auf der Basis langjähriger Recherchen und vieler Dokumente italienischer und deutscher Behörden beinhaltet das Buch „Die Mafia in Deutschland“ die Lebensgeschichte von Maria G., einer der wenigen Kronzeuginnen, die mit der Mafia brachen und mit ihren Aussagen einen tiefen Einblick in deren Welt gewährte. Heute lebt sie nahe Stuttgart in ständiger Todesgefahr, hat sie doch die Omertà gebrochen – jenes Schweigegebot der Mafia.

Ihre Eltern kamen als Gastarbeiter aus Kalabrien nach Deutschland. Die kaum Zwölfjährige arbeitete schwarz im Akkord, zur Schule ging sie nicht. Jahre später traf sie den jungen Mafioso Pasquale, der sie in die Welt der 'Ndrangheta zog, der größten Verbrecherorganisation Italiens. Sie liebte ihn nicht, wollte aber ihrer Familie entfliehen. Bald erfuhr sie von seinem starken Förderer, der das Monopol über Lieferungen von Brot, Bier, Trinkwasser sowie den Spielautomatenmarkt besaß. Waren es dessen Beziehungen, die das Ehepaar wieder nach Stuttgart brachte?

In Duisburg kam es zu sechs Morden bei Fehden zwischen den Clans, die zur Tarnung 61 Restaurants betrieben. Die NRW-Landesregierung indes verkannte die Situation. Hinzu kam, dass in Italien ein Mafioso selber nachweisen muss, dass er sein Geld ehrlich erworben hat. In Deutschland hingegen haben die Ermittler den Beweis zu erbringen, das Vermögen sei durch Straftaten erzielt worden – was indes nur sehr selten gelingt. Zwar beschloss die Bundesrepublik, ebenfalls jene Beweislast-Umkehr einzuführen, geschehen ist bis heute aber nichts.

Von großem Vorteil für die Mafia ist die fehlende Zusammenarbeit der deutschen Behörden. Auf der einen Seite steht der Zoll als Bundesbehörde, auf der anderen Finanzverwaltung und Polizei als Landesbehörden. Ihre Neigung zu gemeinsamen Ermittlungen ist aber gering, da jeder sagt, das sei nicht sein Arbeitsgebiet.

1999 zog das Ehepaar wieder nach Italien, bei seiner Verhaftung brach Maria ihr Schweigen. Inzwischen war die 'Ndrangheta in den Kokain-Handel eingestiegen: Reiche Leute wurden entführt, das erpresste Lösegeld bildete das Startkapital. Heute hat sie einen Umsatz von 53 Milliarden Euro pro Jahr. Die Wege gehen über Antwerpen und besonders Hamburg oder auch via Spanien bis Kalabrien. Zumeist wird das Kokain in Containern versteckt, oft unter Obst und Gemüse, zuweilen ebenfalls in Holzmöbel eingebaut. Kommt es zu Beschlagnahmungen durch Zollbeamte, war vielleicht „das Schmiergeld zu gering“.

Maria war völlig in dieses Geschäft eingespannt, zunehmend hatte sie aber auch Angst vor einer Festnahme. Erneut zog das Ehepaar in die Bundesrepublik. Offiziell ging Maria Putz-Jobs nach, der Ehemann gab sich als einfacher Arbeiter, fuhr jedoch recht oft nach Kalabrien und wurde dort auch inhaftiert. Nach seiner Entlassung wollte Maria sich von ihm trennen, doch er drohte ihr den Tod an, „weil die Leute mich sonst nicht mehr respektieren“.

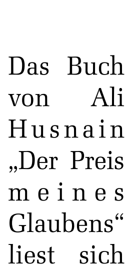
Der Leser erfährt von Machtkämpfen zwischen Clans am Bodensee und im schweizerischen Frauenfeld, der angeblich täglich bis zu 20 Kilogramm Kokain und Heroin liefern kann. Das Buch leitet über zu einem Auftragskiller der Mafia. Ein solcher Auftrag gilt oft als Bewährungsprobe. Für jeden durchgeführten Mord zahlt der Pate zuerst 2500 Euro – ein Menschenleben ist in diesen Kreisen von nur geringem Wert. Mafia-Mitglieder seien „reine Roboter“, stellen die Autoren fest, sie funktionierten ohne Gefühl, kennten weder Mitleid noch Skrupel. Entscheidend sei allein die Macht!

Maria stand vor der Alternative, entweder als Prostituierte oder bei der Mafia zu arbeiten. Zur Tarnung war sie in einem Restaurant beschäftigt, wichtig aber war sie als Drogen-Kurierin und als Fahrerin von Prostituierten zu einem bestimmten Luxus-Haus. Manche Polizisten seien von der Mafia infiltriert. Als Vermittlung diene eine Bar: Man hinterlege dort Informationen und finde weitere Anweisungen sowie ein „Honorar“.

Besonders in Deutschland investiere die 'Ndrangheta, weil hier „die Behörden naiv sind“. Selbst, wenn ein Mitglied verurteilt würde, sein Vermögen bliebe praktisch unangetastet. Äußerlich übten die Mitglieder ehrenhafte Berufe aus: Sie backen Pizza, betreiben Restaurants und arbeiten auf Baustellen. Besonders im Ruhrgebiet wasche die Mafia das Geld aus dem Drogenhandel, indem sie mit Hilfe von Scheinfirmen die Schwarzarbeiter bezahle.

Maria aber wanderte für immer nach Baden-Württemberg aus und will die Öffentlichkeit über die Mafia-Verbrechen informieren und hat so ganz wesentlich zum Entstehen dieses äußerst aufschlussreichen Buches beigetragen. *F.-W. Schlomann*

David Schraven, Maik Heuser, „Die Mafia in Deutschland“, *Econ-Verlag, Berlin 2017, gebunden, 288 Seiten, 18 Euro*



In London bedroht

Ein Konvertit aus Pakistan

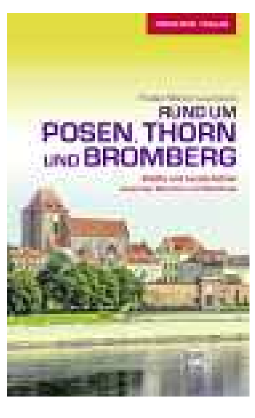
Das Buch von Ali Husnain „Der Preis meines Glaubens“ liest sich weithin anregend, auch wenn beim Leser Zweifel aufkommen. Auf der rückwärtigen Titelseite werden Ali Husnain und J. Chester, also der Ich-Erzähler und sein Ghostwriter, als „Pseudonyme“ geoutet. Den eitlen Autor, 1990 in Lahore (Pakistan) geboren, stört das nicht. „Ich heiße Ali Sayed Husnain Schah. Dieser Name weist auf eine denkbar hohe Herkunft hin, mit einem Stammbaum, der bis zur Geburt des Islam zurückreicht.“ Solches Wortgeklingel durchzieht das ganze Buch, und die Namen stehen für zwei Erbübel, die den indischen Subkontinent plagen: Zum einen die willkürliche Einordnung in fünf „Kasten“ – Priester, Krieger, Kaufleute, Knechte, „Unberührbare“ –, obwohl diese „in Pakistan nicht so ausgeprägt wie im indischen Kastensystem ist“. Zum zweiten ist es der ewig in Sunniten und Schiiten zerstrittene Islam, zu dem in Pakistan noch die primitiv-gewaltsamen Wahhabiten und Taliban kommen. Das alles betrifft „Ali Husnain“ nicht, er muss nicht arbeiten, nichts lernen, das taten seine „Mureed“ (Jünger), wie sie jeder Oberkasten-Parasit hat.

Hinter dieser Autobiografie eines muslimischen Luxus-Teenagers steht die Bewegung „Open Doors“, die seit 1993 mit einem „Weltverfolgungs-Index“ gegen die „derzeit größte Christenverfolgung aller Zeiten“ streitet. In der Ausgabe 2017 werden 50 Länder aufgelistet, darunter nur sechs nichtmuslimische. Pakistan steht auf Platz vier der Verfolger, was das Buch mitunter nicht bestätigt. Der sunnitische Ich-Erzähler besuchte eine katholische Schule, offenkundig eine elitäre, die hohes Schulgeld verlangte. Die Lehrer waren Christen, wie es Husnain auch einer wurde bei einem Verwandtenbesuch in London. Von Christenlehre lernte er wenig, hat sie zudem oft mit dem Koran verwechselt.

Sein religiöses Verständnis war dialogischer Art: „Jesus, ich brauche deine Hilfe!“ „Ich lasse nicht zu, dass du stirbst. Ich beschütze dich.“ Dagegen machten Islamisten mobil, attackierten ihn mit Messern, bedrohten ihn telefonisch, erließen ein Todesurteil (Fatwa) gegen ihn, weshalb er nach London floh und Asyl beantragte.

1,2 Millionen Pakistanis leben in England, wo sie nicht gerade beliebt sind, da sie wenig integriert und ungebildet sind. Auch Husnains Asylanträge wurden zunächst abgelehnt und erst akzeptiert, als er dem Gericht Originalmitschnitte islamistischer Drohungen vorspielte. *Wolf Oschlies*

Ali Husnain: „Der Preis meines Glaubens – Leben im Visier der Islamisten“, *Brunnen Verlag/Open Doors, Gießen 2017, broschiert,*



Warthe und Weichsel

Reisen zu ehrwürdigen Orten

Mit „Rund um Posten, Thorn und Bromberg“ hat der Trescher Verlag einen weiteren Reiseführer ehemaliger deutscher Gebiete im Osten herausgegeben. Die Kapitel sind in gewohnt ansprechender Weise gestaltet und illustriert. Für jede der vorgestellten Städte gibt es wichtige Informationen zur Stadtgeschichte und zu den wichtigsten Sehenswürdigkeiten.

Den Ausschlag für einen Reiseführer über Großpolen und Kujawen-Pommern gab die Tatsache, dass jährlich zwölf Millionen Touristen Polen besuchen, davon ein Drittel Deutsche. Den meisten sind Masuren, die Ostseeküste oder die Tatra bekannt, weniger jedoch der mittlere Westen oder Kujawen-Pommern.

Dem wollen Frieder Monzer und Lena Dydytch entgegenwirken. Die Autoren haben sich bemüht, die alten deutschen Namensformen zu verwenden. Allerdings sei es manchmal schwer gewesen, für kleinere Orte die alten Namen herauszufinden. So erklärt sich, dass im Buch deutsche und polnische Ortsbezeichnungen bisweilen durcheinandergehen. *MRK*

Frieder Monzer/Lena Dydytch: „Rund um Posen, Thorn und Bromberg. Städte und Landschaften zwischen Warthe und Weichsel“, *Trescher Verlag, 2. aktualisierte Auflage 2017, broschiert, 165 Seiten, 16,95 Euro*

»Inkompetent und dumm«

Autoren belegen britische Verschwörung, die zum Ersten Weltkrieg führte



„Schlafwandler? Von wegen!“ Dieser Beitrag bildet den Auftakt zum Sammelband „Sie wollten den Krieg“ von Wolfgang Effenberger und Jim Macgregor, zwei freien Buchautoren mit geschichtlichem Interessenschwerpunkt. Das Werk weist schlüssig nach, dass Deutschland keineswegs am Ersten Weltkrieg schuld war, wie die Historiker lange Zeit gebetsmühlenartig behaupteten, wobei sie die Lügen der Siegermächte in kritikloser wie fachlich blamabler Weise nachbeteten. Zugleich wendet sich die Publikation auch gegen die deutlich weniger deutschfeindlichen Thesen des Australiers Christopher Clark über die Inkompetenz und Dummheit aller damaligen Staatsführer in Europa, die quasi unabsichtlich in die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ hineingeschlittert seien.

Vielmehr wird dargelegt, dass das Schlachten von 1914–1918 aus den Machenschaften einer verbrecherischen Clique in London resultierte, an deren Spitze der britische Premierminister Henry Herbert Asquith, sein Außenstaatssekretär Edward Grey und Kriegsminister Richard Haldane standen. Zu diesem Trio kamen noch weitere Personen wie der englische Finanzminister David Lloyd George, Viscount Reginald Esher (ein äußerst rühriger pädophiler Netzwerker und die graue Eminenz bei Hofe in London), Maurice Hankey vom Committee of Imperial Defense, welches die konkreten Kriegspläne ausarbeitete, Arthur Nicholson, einflussreicher Unterstaatssekretär im Foreign Office, und natürlich Winston Churchill, der machiavellistische Erste Lord der Admiralität.

Diese Imperialisten wollten die Kontrolle über Europa und den Nahen Osten sowie am besten gleich noch den Rest der Welt, wobei sie sich aber von Deutschland behindert fühlten, dessen Wirtschaftskraft auf der Insel immer mehr für Entsetzen sorgte. Deshalb musste ein großer militärischer Konflikt her, um den vermeintlichen machtpolitischen Konkurrenten auszuschalten. Jeder der einzelnen Beiträge des Buches beleuchtet einen anderen Aspekt der britischen Verschwörung, welche zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs führte, wobei die von Helmut Roewer vorgelegte zusammenfassende Darstellung der späteren Desinformationskampagnen, die von der Urheberschaft der Briten ablenken sollten, besonders aufschlussreich ist.

Insgesamt ein empfehlenswertes Werk, das sehr gut parallel zu ähnlich gelagerten Darstellungen wie Roewers „Unterwegs zur Weltherrschaft“ oder Jörg Friedrichs „14/18“ gelesen werden kann. *Wolfgang Kaufmann*

Wolfgang Effenberger/Jim Macgregor (Hg.): „Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete“, *Kopp-Verlag, Rottenburg 2016, gebunden, 336 Seiten, 22,95 Euro*

Wie verlorene Kinder ihr Schicksal meisterten

Bettina Fügemann veröffentlicht Zeitzeugen-Berichte von Elternlosen, die nach dem Krieg in Sachsen-Anhalt unterkamen



In der Region Sachsen-Anhalt wurden von 1945 bis 1951 so viele Flüchtlinge und Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostprovinzen aufgenommen wie in kaum einer anderen Region Ost- und Westdeutschlands. Schon bei der ersten erhobenen Statistik nach dem Krieg im November 1945 betrug ihr Anteil mit knapp 600 000 Personen etwa 17 Prozent der Gesamtbevölkerung Sachsen-Anhalts. Das entsprach 23,4 Prozent aller in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) aufgenommenen Flüchtlinge und Vertriebenen.

Die 1956 geborene Autorin Bettina Fügemann aus Ballenstedt hat Berichte über die Schicksale von Kindern zusammengestellt, die bis kurz vor Kriegsende 1945 mit ihren Familien in Ostpreußen, Schlesien, Pommern und Estland lebten und die entweder auf der Flucht oder in den Elendsjahren nach dem Krieg verwaist oder verlassen zurückblieben. Wie Tausende andere anhanglose Kinder wurden sie bis Anfang der 1950er Jahre in die SBZ/DDR transportiert und zunächst überwiegend in Kinderlagern in Sachsen-Anhalt untergebracht. Für ihr Buch wählte Fügemann den Titel „Ich suche eine neue Mutti. Kinder in Sachsen-Anhalt als Opfer der Vertreibung 1945–1951“.

„Ich suche eine neue Mutti“ lautete auch die Überschrift eines Artikels über elternlose Kinder, der kurz vor Weihnachten 1947 in der mitteldeutschen Tageszeitung „Freiheit“ erschien. Der Artikel bezog sich auf die Ankunft eines Transports mit 630 Kindern aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten in Bernburg am 4. Dezember 1947. Die Suchdienst-Zentrale für vermisste Deutsche hatte sich bereits eingeschaltet, um über die Kindersuchdienstkartei Angehörige und Eltern dieser Kinder zu ermitteln.

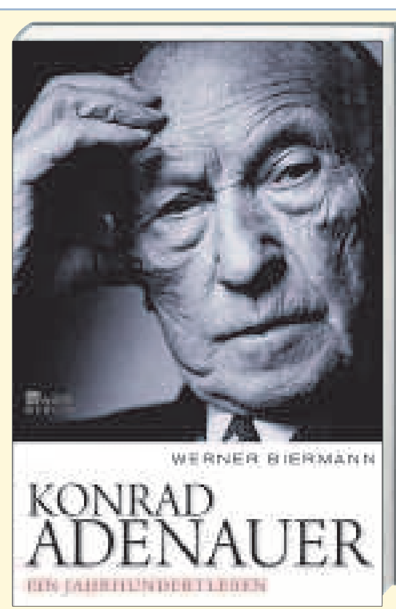
Mit den nun fast 80-jährigen Betroffenen, deren Geschichten sie in ihrem Buch schildert, hat die Autorin Gespräche geführt. Näheres teilt sie in ihrem Vorwort leider nicht mit, auch fehlen Originalzitate der Zeitzeugen. Zusätzlich recherchierte Fügemann in Archiven, um deren Wissens- und Erinnerungslücken zu kompensieren. Unterstützung fand sie bei der Kreisgemeinschaft Fischhausen. Als weitere wichtige Quelle zur Rekonstruktion von Lebensläufen nennt sie den DRK-Suchdienst. Zugang zu russischen Archiven erhielt sie nicht.

Zur Einführung gibt Fügemann einen allgemeinen Überblick über Transport- und Umsiedlungsaktionen nach Ostdeutschland, die bereits seit 1945 aus den polnisch und russisch verwalteten Gebieten eingeleitet wurden, sowie über die Kinderbetreuung in der SBZ. Im April 1947 lebten noch schätzungsweise 20 000 anhanglose Kinder in den polnisch verwalteten Gebieten, worauf der Hilfsdienst der Evangelischen Kirche 1947 aufmerksam machte. In die Verhandlungen über die Umsiedlungsmaßnahmen mit dem zuständigen polnischen Ministerium in Verbindung mit dem Polnischen Roten Kreuz schalteten sich auch der Caritasverband Berlin und die Hamburger Rückführungsstelle ein. Auch aus den dänischen Flüchtlingslagern gelangte eine große Zahl der dort nach dem Krieg internierten Flüchtlinge nach Sachsen-Anhalt, mehrheitlich Frauen und Kinder. Ein Teil der elternlosen Kinder wurde in Pflegefamilien aufgenommen.

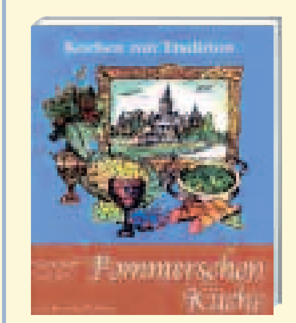
Kaum vorstellbar sind die schwierigen Umstände, unter denen Liselotte Bartels aus Groß-Heydekrug am Frischen Haff (geb. 1937) die Nachkriegsjahre als „Wolfskind“ in Litauen und Königsberg überstand. Liselotte kam 1948 in ein Kinderlager in Mecklenburg, wo sie von einer DRK-Schwester abgeholt und zum Vater nach Kiel gebracht wurde. Sie musste die deutsche Sprache wieder neu erlernen.

Georg Theodor Redenz wurde 1946 im Alter von einem Jahr mit seiner Familie aus Dessau nach Samara transportiert, wo sein Vater als Maschinenbauingenieur beim Aufbau der sowjetischen Luftfahrtfahrtindustrie eingesetzt wurde. Wie viele andere Familien von deutschen Spezialisten durfte auch Familie Redenz im November 1953 die Heimfahrt antreten. Nach gründlicher Überlegung trafen seine Eltern die Entscheidung, künftig in der Bundesrepublik Deutschland zu leben. Beide Geschichten stehen beispielhaft für eine große Anzahl ähnlicher Kinderschicksale, dennoch gehören sie nicht in den Rahmen, der durch den Buchtitel abgesteckt wird. *Dagmar Jestrzemski*

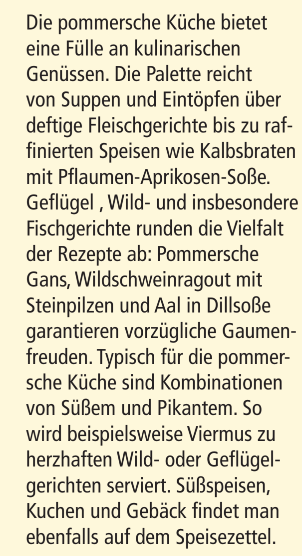
Bettina Fügemann: „Ich suche eine neue Mutti. Kinder in Sachsen-Anhalt als Opfer der Vertreibung 1945–1951“, *Mitteldeutscher Verlag, Halle 2015, broschiert, 96 Seiten, 9,95 Euro*



Werner Biermann
Konrad Adenauer
Ein Jahrhundertleben
Konrad Adenauer hat die Bundesrepublik Deutschland geprägt wie kaum ein Zweiter. Er setzte die soziale Marktwirtschaft durch, söhnte Deutschland mit Frankreich aus und verankerte den Bonner Staat im Westen. Werner Biermann erzählt dieses Jahrhundertleben, das von Bismarck bis zu den Beatles reichte. Auf der Grundlage bisher nicht beachteter Quellen, jahrelanger Recherchen sowie ausführlicher Gespräche mit der Familie schildert er den ebenso faszinierenden wie dramatischen Lebensweg Adenauers, seine Ideen und Ziele, seine Schwächen und Ängste. Besonderes Gewicht legt Biermann dabei auf das Leben vor der Kanzlerschaft: den politischen Aufstieg im Kaiserreich, die steile Karriere als Kölner Oberbürgermeister und prominenter Reichspolitiker in der Weimarer Republik und nicht zuletzt den jähen Absturz während des „Dritten Reiches" – der ihn beinahe das Leben gekostet hätte, als er 1944 verhaftet wurde. Dabei wird eines klar: Ohne sein in der Literatur bisher vernachlässigtes Vorleben ist der legendäre Kanzler nicht zu begreifen. Ein grandios geschriebenes Porträt – und ein fesselndes Panorama deutscher Geschichte von der Kaiserzeit bis zum Kalten Krieg. 656 Seiten
Nr. P A1149 Gebunden 29,95 €



Susanne Rohner
Das Beste aus der Pommerschen Küche
Kochen mit Tradition
Mit vielen original pommerischen Rezepten.
96 Seiten/Gebunden
Nr. P A0312 5,00 €



Die pommersche Küche bietet eine Fülle an kulinarischen Genüssen. Die Palette reicht von Suppen und Eintöpfen über deftige Fleischgerichte bis zu raffinierten Speisen wie Kalbsbraten mit Pflaumen-Aprikosen-Soße. Geflügel , Wild- und insbesondere Fischgerichte runden die Vielfalt der Rezepte ab: Pommersche Gans, Wildschweinragout mit Steinpilzen und Aal in Dillsoße garantieren vorzügliche Gaumenfreuden. Typisch für die pommersche Küche sind Kombinationen von Süßem und Pikantem. So wird beispielsweise Viermus zu herzhaften Wild- oder Geflügelgerichten serviert. Süßspeisen, Kuchen und Gebäck findet man ebenfalls auf dem Speisezettel.

Susanne Rohner
Das Beste aus der Ostpreußischen Küche
Kochen mit Tradition
Mit vielen original ostpreußischen Rezepten.
96 Seiten/Gebunden
Nr. P A0313 5,00 €

Die ostpreußische Küche bietet vielfältige kulinarische Genüsse. Die Palette reicht von einfachen Gerichten wie Suppen und Eintöpfen über herzhafte Fleischgerichte wie den berühmten Königsberger Klopsen bis zu raffinierten Speisen wie geschmorter Hammelkeule oder Entenbrust in Quittensoße. Wild-, Geflügel und Fischgerichte runden die Vielfalt der Rezepte ab: Rehkoteletts, gebackene Tauben und gefüllter Hecht garantieren unvergleichliche Gaumenfreuden.
Nicht gespart wird mit Buttermilch und Schmant und die Kartoffel hat ebenfalls ihren festen Platz in der ostpreußischen Küche genauso wie Süßspeisen und ostpreußisches Gebäck.



Violetta Rudat-Avidzba
Die Küche der 100-Jährigen
Mit abchasischer Küche lange leben und gesund bleiben
Dieses Kochbüchlein im Miniformat enthält circa 50 Rezepte aus dem Land der Langlebigen: von süß bis herzhaft, gesunde und mediterrane Küche aus dem Kaukasus gewürzt mit Lebensweisheiten sowie kurzen Geschichten zu Land & Leuten. 128 Seiten/Gebunden
Nr. P A1050 Gebunden 5,00 €

Jürgen Trabant (Herausgeber)
Wilhelm von Humboldt
Das große Lesebuch
Bildung, Freiheit und Liebe, Individualität, Nation und Menschheit sind die großen Begriffe, die Wilhelm von Humboldts Denken und Leben leiten. Das vorliegende Lesebuch gibt einen Einblick in die wichtigsten Themen und Handlungsfelder dieses großen Gelehrten und Politikers. Es versammelt zentrale Texte zu Humboldts Sprachdenken und dokumentiert sein leidenschaftliches Interesse an der Vielfalt menschlicher Lebensformen. Der Band zeigt Humboldt als preußischen Staatsmann und beleuchtet anhand einiger bewegender Briefe auch die private Seite dieses großen deutschen Denkers. 432 Seiten
Nr. P A1144 Taschenbuch 13,50 €





Sonderpreis € 9,95

Felix Dahn
Ein Kampf um Rom
Italien im 6. Jahrhundert: In Ravenna herrschen die Ostgoten um ihren weisen König Theoderich. Nach dessen Tod beginnt ein dramatisches Ringen mit dem oströmischen Byzanz um die Macht im Reich. Voller Erfindungskraft schildert Felix Dahn in seinem historischen Roman, der hier in einer vollständigen Ausgabe vorliegt, blutige Schlachten, dramatische Wendungen und üble Intrigen. Viele Generationen faszinierter junger Leser haben sich von diesem berühmten Klassiker in die urwüchsige Welt zur Zeit der Völkerwanderung hineinversetzen lassen. 1136 Seiten
Nr. P A1139 Gebunden 9,95 €

Hans Sachs/Hartmann Schopper
Das Ständebuch
Herscher, Handwerker und Künstler des Mittelalters
368 Seiten/Gebunden
Nr. P A1058 5,95 €

Ständebücher waren im Mittelalter und bis in die frühe Neuzeit weit verbreitet. Sie illustrieren und beschreiben die Aufgaben und die Bedeutung der geistlichen und weltlichen Herrscher, Künstler, Händler und Handwerker der mittelalterlichen Gesellschaft. Dieses besonders prachtvolle Exemplar von 1568 ist eine Gemeinschaftsarbeit des angesehenen Nürnberger Holzschneiders Jost Amman und des berühmten Dichters Hans Sachs, ergänzt durch eine Reihe von neulateinischen Versen von Hartmann Schopper. Das Werk vermittelt in Wort und Bild einen wunderbaren Einblick in die städtische Lebens- und Arbeitswelt des 16. Jahrhunderts. Mit 133 Holzschnitten illustriert ist dieses Werk einer außergewöhnliches Kleinod des Ständewesens im Mittelalter.

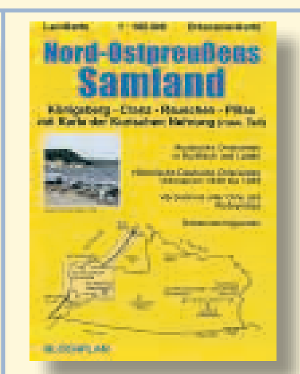
Rolf Reinicke
Ostseebilder
Traumküsten im Norden Europas
Eine Reise an eines der schönsten Meere der Welt Ein Buch eine Reise. Eine Reise in den Norden Europas, an eine Küste, die über 7000 Kilometer umfasst und durch ihre Vielfalt überrascht. Seit Jahrzehnten ist Rolf Reinicke an der Ostsee unterwegs: als Geologe, Autor, Fotograf. Die »Ostseebilder« sind sein Opus magnum. Der Ostsee-Experte zeigt das Abwechslungsreiche der Landschaften im Angesicht des Meeres und erzählt in anschaulichen Texten kurze Geschichten. Er folgt dem Lauf der Jahreszeiten, vom eisigen Winter über das Frühjahr mit der erwachenden Natur über den lichten Sommer bis zum frühen Herbst. Er berichtet vom Leben am Meer, von den Tieren, den Pflanzen, den Menschen, von Stürmen, Spuren im Sand. Und er macht mit jedem Bild und jedem Satz deutlich, warum nicht nur ihn der Lebensraum Ostsee fasziniert.
224 Seiten im Großformat
Nr. P A1075 Gebunden 39,95 €

Rico Nestmann
Kraniche
Graue Tänzer an Bodden und Meer
Kraniche sind mit ihrer Größe, Anmut und Schönheit eindringliche Sinnbilder für die Kostbarkeit der Natur auf unserer Erde. Der Schutz der Kraniche bewahrt zugleich eine Vielzahl anderer Tier- und Pflanzenarten sowie die Reinheit von Wasser, Boden und Luft in den ausgedehnten Territorien dieser Vögel. Im Flug zwischen den Brut- und Überwinterungsgebieten überqueren die „Vögel des Glücks" mehrere Länder und Rastplätze. Hier fressen und ruhen die Vögel zwischen den einzelnen Flugetappen. Mit dem vorliegenden Band wird die Faszination des Kranichzuges zwischen Bücherdeckeln lebendig. Mit ebenso einzigartigen wie eindrucksvollen Fotografien sowie kenntnisreichen Texten kann sich der Leser und Betrachter Auge in Auge mit den „Vögeln des Glücks" sehen und eines der faszinierendsten Naturschauspiele Mitteleuropas hautnah erleben. Aber der Bildband ist vor allem auch eine wahre Schatzkammer ebenso schöner wie eindrucksvoller Kranichfotografien. 136 Seiten
Nr. P A1078 Gebunden 19,95 €

Nord-Masuren
Heilsberg – Bartenstein – Rastenburg – Angerburg – Lötzen – Sensburg
Maßstab 1 : 100.000. Dt.-Poln. Hist. ostpr. Ortsnamen 1927–1945
Nr. P A1147 Karte 8,95 €

Rund um das Frische Haff
Königsberg bis Elbing
Braunsberg bis Bartenstein
Maßstab 1 : 100.000. Russische Ortsnamen in Kyrillisch u. Latein. Historische Deutsche Ortsnamen.
Nr. P A1013 Karte 8,95 €

Stadtplan Cranz/Rauschen
Stadtplan von 1935 und heute im Maßstab 1 : 10.000. Russische Straßennamen in Kyrillisch u. Latein. Straßenverzeichnisse Dt.-Russ./Russ.-Dt.
Nr. P A0739 Karte 6,95 €



Nord-Ostpreußens Samland
Königsberg – Cranz – Rauschen – Pillau
Maßstab 1 : 100.000. Russische Ortsnamen in Kyrillisch u. Latein. Hist. Ortsnamen 1928 bis 1945
Nr. P A0740 Karte 8,95 €



Nicholas Stargardt
Der Deutsche Krieg
Zwischen Angst, Zweifel und Durchhaltewillen – wie die Menschen den Zweiten Weltkrieg erlebten
Einzigartig und fesselnd erzählt der renommierte Oxford-Historiker Nicholas Stargardt in „Der Deutsche Krieg" aus der Nahsicht, wie die Deutschen – Soldaten, Lehrer, Krankenschwestern, Nationalsozialisten, Christen und Juden – den Zweiten Weltkrieg durchlebten. Tag für Tag erleben wir mit, worauf sie hofften, was sie schockierte, worüber sie schwiegen und wie sich ihre Sicht auf den Krieg allmählich wandelte. Gestützt auf zahllose Tagebücher und Briefe, unter anderem von Heinrich Böll und Victor Klemperer, Wilm Hosenfeld und Konrad Jarausch, gelingt Nicholas Stargardt ein Blick in die Köpfe der Menschen, der deutlich macht, warum so viele Deutsche noch an die nationale Sache glaubten, als der Krieg längst verloren war und die Gewissheit wuchs, an einem Völkermord teilzuhaben. Ein verstörendes Kaleidoskop der Jahre 1939 bis 1945 im nationalsozialistischen Deutschland. 848 Seiten
Nr. P A1143 Taschenbuch 16,99 €



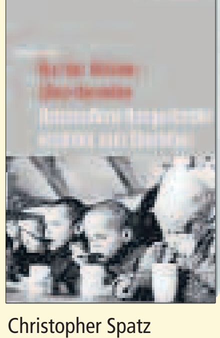
Gunter Nitsch
Eine lange Flucht aus Ostpreußen
Mit einem Vorwort von Arno Surminski. 384 Seiten
Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P A0315 12,95 €

Gunter Nitsch erzählt die Geschichte seiner Familie, die im Februar 1945 über das zugefrorene Frische Haff vor der Roten Armee flieht. Doch anstatt in den Westen zu gelangen, fällt sie in Palmnicken an der Ostsee den Russen in die Hände. Bis dahin verbrachte Gunter Nitsch, damals sieben Jahre alt, eine unbeschwerte Kindheit auf dem Bauernhof seines Großvaters in Langendorf im Herzen Ostpreußens. Dann aber bricht eine Hölle von Gewalt, Chaos und Hunger los. Die Helden der Erinnerung sind der Großvater und die Frauen der Familie. Von morgens bis abends schuften sie auf einer russischen Kolchose östlich von Königsberg. Die lange Flucht dauert dreieinhalb Jahre.



Johanna Ellsworth
Das Wiegenlied der Wolfskinder
Historischer Roman
276 Seiten/Kartoniert
Nr. P A1015 14,95 €

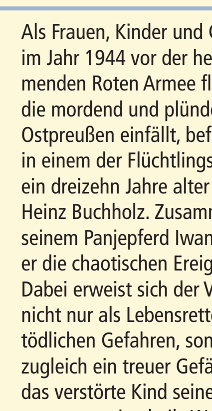
Winter 1944/45: Gemeinsam mit ihrer Mutter und Großmutter fliehen die Geschwister Gretel und Karlchen aus dem ostpreußischen Gerdauen vor den russischen Soldaten. Ihr Ziel ist Berlin, wo die Mutter Verwandte hat, doch erweist sich die Reise bald als Irrwanderung durch Ostpreußen, in der Zwangsarbeit, Hunger, Krankheit und Tod den Alltag bestimmen. Als die Lebensmittelrationen nach Kriegsende immer knapper werden, wird die achtjährige Gretel nach Litauen geschickt, um Gegenstände gegen Essen einzutauschen. Nach dem Tod der Mutter auf sich allein gestellt, verschlägt es die Geschwister zu einem litauischen Bauern, wo sie durch Zufall getrennt werden. Der historische Roman, basierend auf den Lebenserfahrungen von Zeitzeugen, ist Erlebnisbericht und spannungsreiche Fiktion zugleich und beleuchtet authentisch das (Über-)Leben deutscher Flüchtlingskinder nach dem Zweiten Weltkrieg.



Christopher Spatz
Nur der Himmel blieb derselbe
Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben
336 Seiten/Kartoniert
Nr. P A1032 16,95 €

Eine der größten humanitären Katastrophen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs spielte sich von 1945 bis 1948 im nördlichen Ostpreußen, in Königsberg und der weiteren Umgebung ab. Über 100.000 Menschen starben an Seuchen und Unterernährung. Die Übriggebliebenen waren oft Kinder. Ohne Eltern, ohne Familie, ohne ein Zuhause waren sie ganz auf sich gestellt. Manche landeten in sowjetischen Heimen, andere flohen auf eigene Faust nach Litauen, um ihr Leben zu retten. Christopher Spatz rekonstruiert das Leben der damaligen Bettelkinder und lässt die Betroffenen selbst zu Wort kommen. In mehr als 50 lebensbiografischen Interviews erzählen die zwischen 1930 und 1942 Geborenen, wie sie das Unmögliche schafften und überlebten. Ihre Erinnerungen sind ein erschütterndes Dokument. Die Geschichte der ostpreußischen Hungerkinder bietet berührende Einblicke in die Seelen seiner letzten Kinder.

Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
256 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0091 8,95 €



Als Frauen, Kinder und Greise im Jahr 1944 vor der heranstürmenden Roten Armee fliehen, die mordend und plündernd in Ostpreußen einfällt, befindet sich in einem der Flüchtlingstrecks ein dreizehn Jahre alter Junge, Heinz Buchholz. Zusammen mit seinem Panjepferd Iwan meistert er die chaotischen Ereignisse. Dabei erweist sich der Vierbeiner nicht nur als Lebensretter in tödlichen Gefahren, sondern ist zugleich ein treuer Gefährte, dem das verstörte Kind seine Erinnerungen an eine heile Welt – eine Kindheit in Ostpreußen, als noch Frieden herrschte – anvertrauen kann. Die große Flucht aus Ostpreußen – eine geschichtliche Katastrophe.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Weder Merkel noch Schulz

Hamburg – Die Besucher der *PAZ*-Internet-Seite wollen weder Angela Merkel noch Martin Schulz als Kanzler. In einer nicht repräsentativen Umfrage sprachen sich nur 2,1 Prozent für die CDU-Vorsitzende als Regierungschefin der kommenden Wahlperiode aus, der SPD-Kandidat liegt mit 2,3 Prozent hauchdünn vor der Amtsinhaberin. 95,6 Prozent stimmten für keinen von beiden. An der Umfrage haben 2571 Personen teilgenommen. *H.H.*

Soros-Stiftung hilft »Correctiv«

Wien – Das deutsche Recherchebüro „Correctiv“ erhält 100 000 Euro von der „Open Society Foundation“ des US-Milliardärs George Soros. Dies meldet die Wiener Zeitung „Standard“ die nach eigenen Angaben mit „Correctiv“ kooperiert. „Correctiv“ fahndet im Internet nach angeblichen Falschmeldungen. Kritiker werfen dem Büro vor, dabei stark linkslastig zu operieren. *H.H.*

ZUR PERSON

Nürnbergs »Mr. Arbeitsmarkt«

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz nannte ihn den „bundesweit besten Mann“ als Arbeits- und Sozialsenator. Das war 2011, als **Detlef Scheele** Senatsmitglied wurde. Jetzt soll der „beste Mann“, den Scholz schon in seiner Zeit als Bundesarbeitsminister von 2008 bis 2009 zum Staatssekretär befördert hatte, bundesweit dafür sorgen, dass mehr Arbeitslose eine Beschäftigung erhalten.

Seit dem 1. April ist Scheele Chef der Bundesagentur für Arbeit (BA), die zuvor Frank-Jürgen Weise aus einem trägen Behördenmonstrum in ein modernes Dienstleistungsunternehmen umgekrempelt hat. Ging der Bundeswehrreserveoberst Weise noch nach strategischer Effizienz vor, will Scheele zukünftig „arbeitsmarktpolitischer“ sein und Baustellen wie Dauerarbeitslosigkeit und Arbeitsmarkt-Integration für Asylanten angehen.



„Mister Arbeitsmarkt“, wie der 60-jährige Hamburger wegen seiner lebenslangen Tätigkeit in berufsqualifizierenden Einrichtungen genannt wird, dürfte ganz froh gewesen sein, als er im Oktober 2015 seinen Senatorenposten freiwillig räumte und in den Vorstand der BA nach Nürnberg wechselte. Damals war die „Flüchtlingskrise“ auf dem Höhepunkt, die er als Sozialsenator mit hätte lösen müssen.

Der ausgebildete Lehrer und Vater dreier Kinder, der seit 1980 SPD-Mitglied ist, legt seinen Fokus ohnehin mehr auf die Jugend. 2012 erfand er für Hamburg die Jugendberufsagenturen, die inzwischen auch andere Bundesländer eingeführt haben. Die Pläne des SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz für ein „Arbeitslosengeld Q“ für Menschen, die an einer Qualifizierungsmaßnahme teilnehmen, beurteilt Scheele skeptisch: Weiterbildung sei gut, aber besser sei es, „die Menschen so schnell wie möglich wieder in Arbeit zu bringen“. Mal sehen, ob es ihm gelingt. *H. Tews*



Die Blöden

Wie endlich wieder mehr hereinkommen, wofür die Deutschen wirklich arbeiten, und wann wir die Wahrheit über die EU erfahren / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Es gibt Sätze, die haften bleiben. So wie diese hier: „Wir haben es nicht in der Hand, wie viele Flüchtlinge kommen“ oder „Wir können die Grenzen nicht schließen“, gesprochen von der Kanzlerin im Jahre 2015. Dazu muss man wissen: Von „schließen“ hatte gar keiner geredet, die Frage war, ob wir unsere Grenzen wirksam kontrollieren und illegal Einreisende abweisen können. Genau dies, so der Hintersinn des Merkel-Zitats, „können“ die Verantwortlichen aber nicht.

Jetzt lesen wir etwas, das vor dem Hintergrund dieser historischen Feststellung ziemlich verstörend klingt: Die EU-Kommission und der Auswärtige Dienst der EU prüfen, wie EU-Beamte Libyens Südgrenze kontrollieren könnten, zusammen mit ihren libyschen Kollegen.

Diese Südgrenze ist etwa so lang wie der Weg von Paris nach Warschau. Zudem ist Libyen völlig zerrissen zwischen diversen Gruppen. Nicht einmal das Binnenland ist auch nur ansatzweise unter zentraler Kontrolle, weil heftig darüber gezankt wird, wer eigentlich Herr im Hause spielen darf.

Diese unwegsame Grenze eines solchen Tohuwabohus kontrollieren zu können, hält man trotz alledem für zumindest denk- und planbar. Die um ein vielfaches kürzere Südgrenze Bayerns zu sichern wurde uns dagegen für unmöglich erklärt. Dass heute nicht mehr Tag für Tag Massen ungefiltert über diese Grenze schwappen, ist den Balkanländern und Österreich zu verdanken.

Ungarn hatte dazu die Pionierarbeit geleistet. Bis heute lassen wir daher keine Gelegenheit aus, die Magyaren dafür aufs Heftigste zu beschimpfen. Im legendären Gespräch mit Maybrit Illner Ende 2015, wo Merkel den ersten der genannten Sätze kundtat, ließ sie geheimnisvoll durchblicken: „Ich habe einen Plan.“ Haben die Ungarn den etwa durchkreuzt? Anders ist die fortdauernd brodelnde Feindseligkeit gegenüber Budapest kaum zu erklären.

Seit dort kaum noch einer durchkommt, sammeln sich die einreisewilligen Afrikaner und Orientalen in dem Sammelsurium, das von Libyen übrig ist, nachdem Briten und Franzosen die staatliche Ordnung des Landes mit Hilfe der USA im Jahre 2011 erfolgreich und ziemlich restlos zerstampft haben.

Was also soll der Zirkus? Das mit der „Grenzkontrolle“ können die doch unmöglich ernst meinen! Wir dürfen uns beruhigen, das tun sie auch nicht. Wie verlautet, überlegen die EU-Innenminister gleichzeitig zu der Luftnummer mit der Grenzkontrolle mitten in der Sahara, wie man gleich vor Ort in Libyen aus „Wirtschaftsmigranten“ legale „Flüchtlinge“ machen kann.

Der zuständige EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos brütet schon seit Langem öffentlich über Möglichkeiten, wie man mehr legale Zugangswege nach Europa öffnen könnte. In Libyen warten Hunderttausende auf eine solche Gelegenheit, vor allem Schwarzafrikaner. Syrer sollen keine dabei sein.

> Geschickt gemacht: Sie reden von strengerer Kontrolle und meinen die organisierte Einreise

Die Operation hat wirklich Charme, egal, von welcher Seite man sie betrachtet: Den Europäern wird vorgegaukelt, die Politik lasse ihre Grenzen jetzt besser schützen. In Wahrheit aber wird ein Reiseweg geöffnet und der bockige Balkan mit seinen verrammelten Grenzen dabei schwungvoll umgangen. Der „Plan“ zündet wieder!

Allerdings wäre da noch Teil 2 des Plans, die „gerechte Verteilung“ der Asylsucher auf die verschiedenen EU-Staaten. Da hakt es bekanntlich gewaltig. Vor allem die Osteuropäer stellen sich quer.

Seit einiger Zeit raunt man ihnen daher düstere Drohungen zu, Brüssel könne ihnen die Zuschüsse kürzen, wenn sie ihr Land nicht für mehr Buntheit öffnen wollen. Indes: Der Erpressungsversuch ließ die Bedrohten bislang ärgerlich kalt.

Woran mag das liegen? Vielleicht daran, dass sie noch nicht genug Geld bekommen, um dafür ihre Überzeugungen zu verkaufen. Da sollte also nachjustiert werden, dachte sich unser neuer Außenminister Sigmar Gabriel. So fordert der glücklose einstige SPD-Chef, es müsse viel mehr deutsches Geld in die EU-Nehmerländer gepumpt werden als bisher. Dafür schlägt bekanntlich auch das Herz von SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz, der schon als EU-Parlamentspräsident zäh und wacker für Schuldenvergemeinschaftung und höhere Zahlungen an Griechenland und Co. gerungen hat.

Allerdings will man ja von den Deutschen gewählt werden. Wie können wir denen schmackhaft machen, dass sie noch mehr an andere EU-Länder abgeben sollen? Gabriel wäre nicht er selbst, wenn er dafür nicht eine Legende von beeindruckender Dreistigkeit ersonnen hätte.

Die geht so: Die Deutschen, sagt der Minister, würden ja selbst von den höheren Zahlungen an andere profitieren, weil die mit dem vielen Geld auch deutsche Waren kauften. Das sichere hierzulande Millionen von Arbeitsplätzen.

Ist es nicht wunderbar? Die Deutschen gehen also zur Arbeit, um Geld zu erwirtschaften, das dann andere umsonst bekommen, damit die dafür Sachen kaufen, für die die Deutschen zur Arbeit gehen. Diese Rechnung hinterlässt zwei Gewinner und einen Verlierer: Gewinner sind die deutsche Exportindustrie und die EU-Nehmerländer. Verlierer sind die deutschen Steuerzahler.

In den Chefetagen der Exportkonzerne kann man sich noch höhere Gehälter gönnen mit Blick auf die „sehr guten Zahlen beim Export“. In den Nehmerländern können sie sich Sachen kaufen, die ihnen diejenigen bezahlen, welche die Sachen selbst hergestellt haben. Nur die deutschen Steuerzahler sind die Blöden, denn die stehen da wie ein Bauer, der den Leuten Geld gibt, damit sie seine Kartoffeln kaufen. Auf diese Weise hat der Mann natürlich immer gut zu tun. Nur sollte er sich besser nicht fragen, was er davon hat.

Das allerbeste an der Sache ist, dass sie sich gewissermaßen selbst verstärkt. Alibi für die immer höheren deutschen Zahlungen an die anderen ist ja, dass der deutsche Exportüberschuss die Partner an die Wand drückt. Je mehr Geld diese Partner aber aus Deutschland bekommen, desto mehr deutsche Importe können sie sich leisten. Das wiederum macht die Handelsbilanz noch schiefer, was wiederum den Ruf nach noch höheren deutschen „Ausgleichszahlungen“ auslöst.

So kann es weitergehen, bis... ja, bis wann eigentlich? Es gibt ja so eine Weissagung darüber, wann die „europäische Integration“ an ihr natürliches Ende geraten werde. Darin heißt es, die Sache sei vorbei an dem Tag, an dem den Deutschen das Geld ausgeht. Kann das stimmen? Es wird spannend sein zu beobachten, wie sich die EU-Begeisterung unserer Partner entwickelt, wenn dieser Tag erreicht ist.

Wenn EU-Europa nicht auf einer Lüge fußt, müsste es in etwa so kommen an diesem fernen Wendepunkt: Die Freunde und Partner erkennen, dass sie Deutschland überstrapaziert haben. Sie beschließen ein Hilfspaket, mit dem der deutsche Staat so weit entlastet wird, dass er die durchschnittliche Steuer- und Abgabenquote deutscher Beschäftigter, die infolge der EU-Belastungen auf mittlerweile 78 Prozent gestiegen war, wieder unter 65 Prozent absenken kann.

Der deutsche Target-Saldo (in dem sich die quasi unbezahlten deutschen Exportüberschüsse spiegeln) von drei Billionen Euro (im Moment liegt er bereits bei einem Rekord von mehr als 800 Milliarden) wird durch Einzahlungen der Euro-Partnerländer ebenfalls massiv abgesenkt. Durch beide Maßnahmen sollen Deutschlands Bilanzen wieder ins Gleichgewicht gebracht werden und die deutschen Beschäftigten wieder zu einem gerechten Nettolohn für ihre Arbeit kommen.

Wir glauben an „Europa“, Tausende von uns gehen dafür mittlerweile sogar wöchentlich auf die Straße! Also sind wir sicher: Genauso wird es kommen, ohne Zweifel. Oder? Schalten Sie jetzt besser nicht das Licht ein. In dem Moment brechen die meisten Träume leider schlagartig ab.

MEINUNGEN

***Robert Halver**, Kapitalmarktanalyst der Baader Bank, erklärt im Netzportal „Finanzen100.de“ (30. März), warum **Griechenland** um buchstäblich **jeden Preis im Euro** gehalten wird:*

„Der Grexit wird nicht kommen. Dann müssten die Griechen wieder die Drachme einführen und müssten ihre Urlaubsparadiese und Feldfrüchte zu solchen Ramschpreisen anbieten, dass sich Portugiesen und Italiener verwundert die Augen reiben würden. Dann wollen die plötzlich auch raus. Der Grexit wäre also nur der erste Dominostein und deswegen werden sie bleiben, egal wie schlimm die Wirtschaft ist.“

***Tuvia Tenenbom**, israelisch-amerikanischer Autor des neuen Buches „Allein unter Flüchtlingen“, reibt sich im „Spiegel“ (31. März) die Augen über die **rasante Veränderung Deutschlands**:*

„Durch die Straßen zu laufen und so viele Menschen Arabisch sprechen zu hören: Das ist schon eine extreme Veränderung. Der ganze Westen bewegt sich in eine Richtung – Gott weiß wohin –, doch Deutschland bewegt sich zehnmal so schnell.“

***Roger Letsch** beobachtet auf seinem Blog „unbesorgt.de“ (2. April) die teils **wütenden Reaktionen** sogenannter „Islam-Experten“ **auf** das entlarvende Buch des Arabisch sprechenden Journalisten **Constantin Schreiber** („Inside Islam“, siehe auch S. 5), der 13 **Moscheen** in Deutschland besucht hat:*

„Schreiber ist wie das Kind aus Andersens ‚Des Kaisers neue Kleider‘, das den stolzierenden kaiserlichen Gockel der Nacktheit zeiht, während sich dessen Lakaien bemühen, die Eleganz des Gewands zu preisen, das den Kaiser gar vorzüglich kleide. Allesamt Experten. Experten der Beschwichtigung und der Lüge, des Schmeichelns und der vorteilhaften Prophezeiung, des ‚Später, später...wird schon, wird schon‘ und ‚Islam heißt Frieden‘.“

***Gunnar Heinsohn** beschreibt auf der „Achse des Guten“ (4. April) die Folgen des **importierten Antisemitismus** in Deutschland:*

„Gegenüber 16 Prozent Antisemiten in der Gesamtbevölkerung (2015) empfinden 56 Prozent der hiesigen Muslime antijüdisch ... Sollten auch sie (die ab 2015 eingereisten muslimischen Asylsucher) zu 56 Prozent antisemitisch sein, hätte Berlins Führung gegen die knapp 100 000 Juden im Land ein halbe Million Feinde zusätzlich ins Land geholt ... Ihre (der Juden) Abwanderung scheint begonnen zu haben, weil bereits 2005 die Mitgliedschaft in Deutschlands jüdischen Gemeinden mit gut 108 000 ihren Höhepunkt erreicht hat. 2015 sind es nicht einmal mehr 100 000.“

***Wolfgang Prabel** zieht auf seinem „Prabelsblog“ (3. April) in Zweifel, dass **orientalische Kulturen** jemals moderne, **prosperierende** Länder hervorbringen:*

„Auch wenn sie sich aus dem Rad des ewigen Stillstands herauswinden, wie die Türkei des vergangenen Jahrzehnts, irgendwann fallen sie in ihre Angewohnheiten zurück und ziehen die Frömmigkeit dem Wohlstand vor.“